

Eine Stadt, zwei Millionen Chancen.

*Das rot-grüne Regierungsübereinkommen für
ein soziales, weltoffenes und lebenswertes Wien*



#rotgrün2

Eine Stadt, zwei Millionen Chancen.

Das rot-grüne Regierungsübereinkommen für
ein soziales, weltoffenes und lebenswertes Wien



Inhalt

1. WIR SCHREIBEN EIN NEUES KAPITEL FÜR WIEN	4
2. WELTSTADT WIEN: FREI, FRIEDLICH, INTERNATIONAL.....	14
3. WIEN HAT CHANCEN: JOBS MIT ZUKUNFT, WIRTSCHAFT MIT VERANTWORTUNG	22
4. WIEN LERNT.....	45
Kindergärten und Schulen: Bildung von klein auf.....	45
Wissenschaft und Forschung: Innovation, Vernetzung, Kreativität	57
5. WIEN HILFT	66
Sozialer Zusammenhalt	66
Solidarische Gesundheitsversorgung.....	74
Bewegung in einer wachsenden Stadt.....	79
6. WIEN IST SICHER: PRÄVENTION, KOOPERATION, INFORMATION	81
7. WIEN WÄCHST: SAUBERE MOBILITÄT, INNOVATIVE PLANUNG.....	85
Stadtentwicklung, Wohnbau und Gemeinwesenarbeit.....	85
Wohnen in Wien: leistbar, ökologisch, vielfältig	88
Lebensqualität durch intelligente Mobilität.....	91
Energie: innovativ, effizient, nachhaltig	97
8. WIEN MACHT SICH STARK: STADT DER MENSCHENRECHTE	100
Stadt der Menschenrechte.....	100
Flüchtlinge und Asyl: Integration von Anfang an	102
Frauen in Wien: Sicher, selbstbestimmt, unabhängig	108
Wien unterm Regenbogen: Vielfalt und Akzeptanz.....	113
9. WIEN LEBT: UMWELT & KLIMA, GRÜNRÄUME UND MÄRKTE.....	116
10. WIEN HAT KULTUR: FÜR ALLE, MIT ALLEN.....	122
11. WIEN MISCHT SICH EIN: DEMOKRATISCH, TRANSPARENT, DIGITAL	130

1. WIR SCHREIBEN EIN NEUES KAPITEL FÜR WIEN

Die Wiener SPÖ und die GRÜNEN Wien vereinbaren, das vorliegende, gemeinsam erarbeitete Programm für Wien in den nächsten fünf Jahren zu verwirklichen und gehen zu diesem Zweck für die kommende Legislaturperiode eine Koalition ein. Damit findet die seit 2010 bestehende rot-grüne Zusammenarbeit, bis dato ein österreichweit einzigartiges Projekt, von 2015 bis 2020 ihre Fortsetzung.

Rot-Grün schreibt damit ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte unserer Stadt. Wien gehört zu jenen international viel beachteten Metropolen, die auf Grund ihrer Attraktivität an Menschen dazu gewinnen. Schon heute ist Wien die zweitgrößte Stadt im deutschsprachigen Raum. Jetzt machen wir uns gemeinsam auf den Weg zur Zwei-Millionen-Metropole.

Rot-Grün in einem wachsenden Wien heißt, die Stadt lebenswert für alle zu planen, zu bauen und zu gestalten. Wir arbeiten an einer sozialen, weltoffenen und lebenswerten Zukunft, in der alle Perspektiven für sich und ihre Familien sehen. Jeder Mensch in Wien hat alle Chancen, sein Leben selbstbestimmt und unabhängig zu gestalten. Zwei Millionen Chancen, auf die Wien stolz sein kann.

Weltstadt Wien: Frei, friedlich, international

Rot-Grün heißt, dass unser Wien eine freie, friedliche und internationale Stadt ist. Wien ist Sitz großer internationaler Organisationen, versteht sich als Drehscheibe der Diplomatie und engagiert sich für die Vermittlung bei internationalen Konflikten. Wir stehen für Menschenrechte, eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und für europäische Solidarität statt einer eingezäunten „Festung Europa“.

Wegen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben viele EU-Staaten ihre Budgets für Entwicklungshilfe gekürzt, während die Stadt Wien ihren Einsatz in diesem Bereich ungebrochen fortsetzt. Denn durch Unterstützung von Regionen und Städten mit Entwicklungsbedarf im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt kann dazu beigetragen werden, dass Menschen ihre Existenzgrundlage nicht verlieren und so auch nicht zur Flucht aus ihrem Heimatland genötigt werden.

Unser Ziel ist es, Wien als Standort für Investitionen und regionale Headquarter global zu positionieren. Europa muss sich von einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Sozial- und Umweltunion weiterentwickeln. Das bedeutet auch, das Selbstbestimmungsrecht der Städte und Gemeinden im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Daseinsvorsorge) zu wahren.

Wien hat Chancen: Jobs mit Zukunft, Wirtschaft mit Verantwortung

Rot-Grün bedeutet, dass alle Wienerinnen und Wiener die besten Chancen haben. Wir arbeiten für eine Stadt, in der jeder und jede ein gutes Leben führen kann. Dennoch steht Wien heute vor großen Herausforderungen: Die anhaltende, weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Wienerinnen und Wienern viel abverlangt. Dem gegenüber steht eine attraktive, wachsende Stadt, eine Stadt der Chancen. Wien setzt sich zum Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken, Arbeitsplätze zu sichern und für qualitatives Beschäftigungswachstum zu sorgen. Wir werden zusätzliche Investitionen vor allem in Wohnungen, Kindergärten und Schulen, in Gesundheit und Soziales ebenso wie in ökologische Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz sowie erneuerbare Energien vornehmen. Die Infrastruktur der Stadt muss mit der Bevölkerung „mitwachsen“. Das rechnet sich doppelt: Durch Investitionen wird die Konjunktur gestützt, zugleich werden nachhaltige Werte für künftige Generationen geschaffen. Wien wird sich auch weiterhin für eine „Golden Rule“ einsetzen, also für eine Ausnahme von Investitionen aus den Verschuldungskriterien, um hier den nötigen Spielraum zu erhalten.

Wir orientieren uns bei allen Maßnahmen am Konzept der „Guten Arbeit“. Gute Arbeit umfasst faire und existenzsichernde Löhne, Arbeitsplatzsicherheit, sozialen Schutz, Gesundheitsschutz, für Frauen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation. Ein breiter Niedriglohnsektor und eine stetige Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse sollen in Wien ebenso wenig Platz haben wie unfairer Wettbewerb durch Lohn- und Sozialdumping.

Wien lernt: Bildung von klein auf

Rot-Grün in Wien arbeitet für die beste Bildung für jedes Kind. Kindergärten bieten viel mehr als nur Betreuung. Sie sind elementare Bildungseinrichtungen, die unseren Kindern die Grundlagen für einen guten Start ins Leben mitgeben. Was hier gelingt, erspart in Zukunft hohe Kosten. Was misslingt, ist später nur noch mit viel mehr Aufwand aufzuholen. Die Stadtregierung setzt sich für eine größere

Akzeptanz der Kindergärten als Bildungsinstitution ein: Seit Jahren bekommt jedes Kind im Alter zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergartenplatz. In Zukunft erhalten alle Kinder unabhängig von ihrem Alter einen Kinderbildungs- und -betreuungsplatz. Das letzte verpflichtende Kindergartenjahr und die ersten beiden Volksschuljahre sollen zukünftig als gemeinsame Schuleingangsphase aufgefasst werden. Die Anzahl der SprachförderInnen wird verdoppelt.

Wien wird „Modellregion Inklusive Gemeinsame Schule“

Die frühe Trennung der Kinder mit zehn Jahren ist pädagogisch falsch, stark stigmatisierend und erzeugt bei Eltern, Kindern und LehrerInnen enormen Druck. Eine spätere Bildungswegentscheidung ist für alle von Vorteil. Daher wird Wien einen Vorschlag für eine „Modellregion Inklusive Gemeinsame Schule“ erarbeiten und die Bundesregierung ersuchen, diese zu ermöglichen. Begleitend soll der Stadtschulrat in Hinblick auf mehr Freiheit und Eigenverantwortung der Schulen sowie mehr Service und weniger Bürokratie reformiert werden.

Aufgrund des dynamischen Wachstums der Stadt verfügt Wien im Jahr 2020 über 1.000 LehrerInnen mehr. Diese personellen Ressourcen sollen verstärkt in jenen Schulen eingesetzt werden, in denen die größeren Herausforderungen liegen. Ein wichtiges Kriterium für die Personal- und Mittelzuteilung wird ein Sozialindex sein. Schulische Infrastruktur wie Sportplätze, Turn- oder Festsäle soll für die Nutzung durch die Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Wissenschaft und Forschung: Innovation, Vernetzung, Kreativität

Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation sind zentral für die Weiterentwicklung der Stadt. Die Erhaltung der hohen Lebensqualität, neue qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, die kulturelle Weiterentwicklung und soziale Herausforderungen sind nur zu lösen, wenn die Wissensstadt Wien ihr gesamtes innovatives und kreatives Potential nutzt.

Wien ist mittlerweile die größte deutschsprachige Universitätsstadt, beheimatet 30 Prozent aller Forschungsstätten in Österreich. Zehntausende WissenschaftlerInnen arbeiten und forschen hier. Wien lädt diese Menschen ein, sich verstärkt auch den drängenden Herausforderungen, vor denen unsere Stadt heute steht, wissenschaftlich zu nähern. Diese Herausforderungen reichen von wirksamen Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit über Fragen des Städte- und Wohnbaus bis hin zur Gestaltung wirksamer Bildungsprozesse und der Entwicklung intelligenter Integrationsmodelle. Wissenschaft und Innovation bringen Wien weiter und machen die Stadt groß.

Wien hilft: Sozialer Zusammenhalt, solidarische Gesundheitsversorgung

Rot-Grün in Wien bedeutet, dass sich alle auf ihre Stadt verlassen können, wenn sie Hilfe brauchen. Bei Krankheit oder sozialer Not halten wir zusammen und stehen uns gegenseitig bei. Dieser soziale Zusammenhalt ist die Stärke unserer Stadt. Wien hat ein dichtes soziales Netz. Wir werden jenen Menschen, die Hilfe benötigen, Lösungen künftig besser und effektiver anbieten. Vor allem junge BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) werden wir stärker unterstützen, damit sie ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben führen können. Mit der „Wiener Jugendunterstützung - Back to the future“ leiten wir eine Systemänderung ein. Im Mittelpunkt stehen Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote und Anreizsysteme, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihren Lebensunterhalt durch eine sinnvolle, bezahlte Beschäftigung zu bestreiten.

Wien steht für eine starke solidarische Gesundheitsversorgung. Um dies auch für die Zukunft sicherzustellen, treibt die Wiener Stadt- und Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode eingeleitete Reformen (Wiener Spitalskonzept 2030 und Medizinischer Masterplan) weiter voran und setzt in entscheidenden Bereichen neue Akzente. Die Stadt wird verstärkt auf die Bedürfnisse der PatientInnen eingehen: Es werden umfassende Anstrengungen unternommen, die Wartezeiten in den Spitalsambulanzen deutlich zu reduzieren. Nachdem die Stadt in den vergangenen Jahren die stationäre Pflegelandschaft komplett reformiert hat, entwickelt Wien mit dem Konzept „Pflege und Betreuung 2030“ nun eine integrierte Versorgung mit individuellen Pflege- und Betreuungsangeboten.

Wien ist sicher: Prävention, Kooperation, Information

Information, Transparenz und Präventionsarbeit helfen, Ängste abzubauen und Unsicherheiten in der Bevölkerung zu beseitigen. Daher sind ein regelmäßiger Informationsaustausch und eine gute Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Exekutive die Basis für Vertrauen und Sicherheit. Das Menschenrechtsbüro wird diese Zusammenarbeit weiterhin fördern.

Aktuelle Entwicklungen zeigen, wie wichtig der Einsatz der Zivilgesellschaft ist. Immer öfter organisieren sich Menschen über Soziale Medien oder als unabhängige Vereinigungen. Zukünftig wird die Einbindung spontaner Initiativen der Zivilgesellschaft in das Sicherheitsnetzwerk der Stadt Wien an Bedeutung gewinnen.

Die Stadt Wien wird sich dafür einsetzen, dass der Personalstand der Exekutive langfristig abgesichert und im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum weiter aufgestockt wird. Gleichzeitig soll besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass sich die Demografie der Bevölkerung verstärkt im Personal der Exekutive widerspiegelt und die Aufnahme insbesondere von Frauen und zugewanderten Menschen in den Exekutivdienst gefördert wird.

Wien wächst: Stadtentwicklung, Wohnbau, Gemeinwesenarbeit

Zwei Millionen Menschen werden im Jahr 2030 in Wien leben. Die Stadt wird dadurch jünger, vielfältiger und lebendiger und erhält neue Impulse in der Kultur, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und im Stadtleben. Wien hat es in der Vergangenheit geschafft, auch unter wechselnden Rahmenbedingungen eine lebenswerte Stadt zu planen und umzusetzen. Auch in den kommenden Jahren wird Rot-Grün die sich bietenden Chancen vorausschauend und aktiv nutzen. Soziale und ökologische Verantwortung bleibt dabei das Markenzeichen Wiens.

Wien bekennt sich als wachsende Stadt zum sozial nachhaltigen Wohnbau. Bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln bei Neubau und Sanierung stehen Leistbarkeit, soziale Durchmischung sowie langfristige, sozial gebundene Wohnungsbestände in Verbindung mit hoher baulicher Qualität im Vordergrund. Wir vereinbaren daher die Flächenbereitstellung und den Bau von 10.000 neuen Wohnungen jährlich sowie den Bau von mindestens 2.000 neuen Gemeindewohnungen in dieser Legislaturperiode.

Wohnen in Wien: Leistbar, ökologisch, vielfältig

Wien hilft jungen Menschen bei der Gründung eines eigenen Haushalts und erleichtert ihnen den Zugang zu geförderten Wohnungen, beispielsweise durch Stundung der Eigenmittel und eine Erhöhung der Fördersumme. Wiener Wohnen setzt sich zum Ziel, die KundInnenzufriedenheit zu erhöhen, die OrdnungsberaterInnen in den Gemeindebauten zu stärken und die Wohnqualität durch eine Sanierungsoffensive zu verbessern. Die Stadt wird aktiv gegen Spekulation mit Wohnraum vorgehen und den MieterInnenschutz ausbauen.

Lebensqualität durch intelligente Mobilität

Rot-Grün bekennt sich zu einer zukunftsorientierten, städtischen Mobilitätspolitik. Im Fokus steht eine ressourcenschonende Mobilität, die die Umwelt und Gesundheit der WienerInnen möglichst gering belastet und für alle leistbar, zugänglich und sicher ist. Bis 2025 sollen 80 Prozent der Wege der WienerInnen zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden. Der Radverkehrsanteil soll auf zehn Prozent steigen. Im Sinne einer fairen Aufteilung des öffentlichen Raums soll der Anteil der Flächen für den Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr bei allen Um- und Neubauprojekten im öffentlichen Raum steigen.

Zur zusätzlichen Attraktivierung der Ortskerne werden gemeinsam mit den Bezirken an zentralen Punkten in den 23 Bezirken verkehrsberuhigte Zonen eingerichtet. Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung soll nach Rücksprache mit den Bezirken vorangetrieben werden. Wien bekennt sich zur Notwendigkeit einer sechsten Donauquerung, die unter bestmöglicher Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes sowie ohne Beeinträchtigung des Nationalparkgebiets geplant werden soll.

Die 365-Euro-Jahreskarte hat eine besondere Bedeutung für Wien, die zu einer Rekordzahl von Öffi-NutzerInnen und weltweiter Beachtung geführt hat. Ziel der rot-grünen Stadtregierung ist es, diesen Tarif bis ins Jahr 2020 beizubehalten.

Energie: Innovativ, effizient, nachhaltig

Aus der Verantwortung für zukünftige Generationen bekennt sich Rot-Grün zu innovativen Lösungen zur Ressourcenschonung durch Energieeffizienz und Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Die Energiepolitik der Stadt beruht auf gleichwertigen Eckpfeilern zwischen den Erfordernissen des Umwelt- und Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit, der Energieeffizienz und der sozialen Gerechtigkeit.

Wien lebt: Umwelt & Klima, Grünräume & Märkte

Rot-Grün in Wien schützt Umwelt und Klima. Die ökologischen Herausforderungen bleiben groß, die Chancen sind einzigartig. Wir nutzen die nächsten Jahre, um die Stadt auf eine nachhaltige Basis für viele Generationen zu stellen. Metropolen wie Wien tragen besondere Verantwortung für den globalen Klima- und Umweltschutz. In den nächsten Jahren intensiviert die Stadt ihre Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen. Wien verpflichtet sich, bei der Entwicklung neuer Stadtteile gleichzeitig großzügige Grünräume zu schaffen sowie bestehende zu

bewahren und legt ein klares Bekenntnis zu einer starken, kommunalen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ab.

Die Wiener Märkte bieten gesunde, qualitativ hochwertige Lebensmittel mit gesicherter Herkunft. Notwendig ist dafür eine transparente Kette vom Feld bis auf den Teller. Die Stadt schützt KonsumentInnen durch Produkt- und Lebensmittelsicherheit sowie Hygienestandards auf höchstem Niveau. Wir achten weiterhin auf Branchenmix und Angebotsmöglichkeiten für Fairtrade-, Bio- und regionale Produkte. Die Angebote regionaler Nahversorgung sollen ebenso mitwachsen, wie die Stadt selbst. In Stadterweiterungsgebieten werden neue Märkte entstehen.

Wien hat Kultur: für alle, mit allen

Rot-Grün in Wien garantiert Kultur für alle, mit allen. Die Stadt hat offene, für alle zugängliche Kulturräume. Eine wachsende und diverse Stadt braucht kulturelle Angebote, die gesellschaftliche Bruchlinien thematisieren und sozialen Zusammenhalt fördern. An Kunst und Kultur besteht öffentliches Interesse. Sie sind daher nicht dem Marktmechanismus, sondern Qualitätskriterien verpflichtet. Dazu braucht es eine starke öffentliche Kulturfinanzierung. Wien steht für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks als Basis einer freien Gesellschaft. Nicht profitorientierte Aktivitäten haben ausreichend Platz in der Stadt. Und Wien braucht mutige Kulturbauten, die die Stadt als Kulturstadt des 21. Jahrhunderts definieren.

Wien mischt sich ein: Demokratisch, transparent, digital

Rot-Grün in Wien weiß, dass Offenheit und Transparenz bessere Entscheidungen ermöglichen. Eine demokratische Stadt ist transparent. Eine gute Verwaltung stellt Informationen zur Verfügung. Wien hat hier eine Rolle als Vorreiterin und möchte diese ausbauen. Insofern stellt die Aufhebung des Amtsgeheimnisses als Prinzip einen weiteren Schritt in Richtung digitale Demokratie dar.

Unser Anspruch ist, allen zu ermöglichen, unsere Stadt gemeinsam zu gestalten. „BürgerInnen-Räte“ sollen verstärkt in gesellschafts- und sachpolitische Fragestellungen eingebunden, digitale Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Die Wiener Stadtverwaltung setzt basierend auf der Digitalen Agenda Wien einen weiteren Schritt in Richtung Open Government und stärkt ihre Open-Data-Strategie.

Darüber hinaus wird im parlamentarischen Bereich konsequent an der Weiterentwicklung der Minderheitsrechte gearbeitet. Ein Runder Tisch zur Demokratiereform

soll Fragen von der Schuldemokratie bis zur Mitbestimmung der älteren Generation in Wien behandeln. Eine „Demokratiewerkstatt“ für politische Bildung und Mediennutzung wird als zusätzliches Angebot für Jugendliche geschaffen.

Ein faires Wahlrecht für alle.

Ein Viertel der Menschen, die in Wien leben, sind derzeit in unserer Stadt nicht wahlberechtigt. Insbesondere auf der Ebene der Kommunalpolitik ist es notwendig, allen Wienerinnen und Wienern Möglichkeiten zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung zu bieten. Rot-Grün setzt sich gegenüber dem Bundesgesetzgeber für ein Wahlrecht für EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörige auf Bezirks-, Gemeinderats- und Landtageebene ein.

Rot-Grün wird das Wiener Wahlrecht dahingehend weiterentwickeln, dass der bisher mehrheitsfördernde Faktor halbiert wird.

Rot-Grün spricht sich für die Abschaffung der nicht-amtsführenden StadträtInnen aus. Wien wird sich beim Bundesgesetzgeber dafür einsetzen, dass die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wien macht sich stark: Stadt der Menschenrechte

Rot-Grün macht Wien zur Stadt der Menschenrechte. Jede Wienerin und jeder Wiener - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität - ist gleich an Rechten und Würde. Es ist unsere politische Verantwortung, diesen weltoffenen Weg auch weiter zu verfolgen und ihn unter den Schirm einer klaren Haltung gegen Populismus, Ausgrenzung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und jede Form der Diskriminierung zu stellen – im Sinne des guten Zusammenlebens und der Zukunft aller. Wichtige PartnerInnen auf diesem Weg sind zivilgesellschaftliche Initiativen.

Flüchtlinge und Asyl: Integration von Anfang an

Zuzug ist das Fundament einer wachsenden Stadt, sei es Binnen,- EU,- oder Drittstaatszuzug. Die unterschiedlichen Voraussetzungen, die Menschen in unsere Stadt mitbringen, müssen von einer visionären Stadtpolitik anerkannt und gefördert werden. Dies muss von der ersten Stunde an passieren, denn Integration ab Tag 1 ist der Schlüssel zum Erfolg. Deshalb wird Rot-Grün dafür Sorge tragen, dass Integration nicht erst mit der Zuerkennung eines positiven Asylbescheides,

sondern bereits mit der Ankunft in Wien beginnt, egal ob als Flüchtling, ZuwanderIn oder als AsylwerberIn.

Um ZuwandererInnen besser und schneller in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, wird Wien eine wegweisende Rolle bei der Anerkennung von Abschlüssen aus Ländern der EU und aus Drittstaaten einnehmen. Rot-Grün wird 2016 ein spezielles Jugendcollege mit etwa 1000 Ausbildungsplätzen einrichten, das Jugendlichen möglichst rasch die Chance zum Besuch einer höheren oder berufsbildenden Schule, den Einstieg in eine Lehrausbildung oder auch zur Aufnahme einer Beschäftigung ermöglicht.

Frauen in Wien: Sicher, selbstbestimmt, unabhängig

Oberstes Ziel einer modernen Gesellschaft muss die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern sein. Frauen müssen in Wien sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können. Ein eigenständiges existenzsicherndes Einkommen ist dafür die notwendige Basis. Die bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind dabei eine zentrale Herausforderung. Um die Lohnschere ein für alle Mal zu schließen, müssen die Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein wichtiger Hebel, um Gleichstellungsmaßnahmen in den Wiener Betrieben zu initiieren.

Ausbau und Weiterentwicklung der städtischen Gewaltschutzeinrichtungen wie den Wiener Frauenhäusern und dem Wiener Frauennotruf sowie die Sicherstellung ausreichender Versorgung der Opferschutzeinrichtungen stärken das Gewaltschutznetz Wiens weiter.

Wien unterm Regenbogen: Vielfalt und Akzeptanz

Egal ob lesbisch, schwul, bi, trans, inter oder hetero – Wien steht zu dir! Unser Ziel ist es, Wien bis 2020 zur Regenbogenhauptstadt Europas zu machen, die für ihr gesellschaftliches Klima der Offenheit, Solidarität und Akzeptanz geschätzt wird. Vom Bildungsbereich über die Jugendarbeit bis zum Arbeitsplatz und zur Pflege – wir setzen uns für gleiche Rechte in allen Lebensbereichen ein, frei von Diskriminierung.

Regenbogenfamilien sind längst Realität in unserer Stadt, aber in unserer Gesellschaft immer noch nicht gleichgestellt. Mit einem Regenbogenfamilienzentrum schaffen wir Raum für Beratung, Austausch, Vernetzung und Unterstützung. Wien setzt damit auch ein gesellschaftspolitisches Zeichen für die Öffnung der Ehe

und der gleichberechtigten Möglichkeit der Adoption. Denn Familie ist, wo Liebe ist.

2. WELTSTADT WIEN: FREI, FRIEDLICH, INTERNATIONAL

Wien versteht sich als kosmopolitische Metropole, die für Internationalität, Freiheit und Weltoffenheit steht. Wien ist Sitz großer internationaler Organisationen, versteht sich als Drehscheibe der Diplomatie und engagiert sich für die Vermittlung bei internationalen Konflikten. Rot-Grün steht für Menschenrechte, eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und MigrantInnen und für Europäische Solidarität statt einer „Festung Europa“.

Unser Ziel ist es, Wien als Standort für Investitionen und regionale Headquarter global zu positionieren. Europa muss sich von einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Sozial- und Umweltunion weiterentwickeln. Das bedeutet auch, das Selbstbestimmungsrecht der Städte und Gemeinden im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Daseinsvorsorge) zu wahren.

Weltoffenheit als Erfolgsfaktor: Wien international

Internationalität, Freiheit und Weltoffenheit zählen zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren Wiens - sei es als Drehscheibe für internationale Beziehungen, als Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort, Tourismusmetropole oder als Stadt fürs Leben und Arbeiten.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt Wien setzt ihre Bemühungen fort, mit Hilfe aller zur Verfügung stehenden Instrumente der Stadtaußen- und Kommunikationspolitik das internationale Profil Wiens weiter zu schärfen: als kosmopolitische Metropole, als Modell nachhaltiger Entwicklung und des sozialen Ausgleichs sowie als Stadt des Wissens mit der größten Zahl an Studentinnen und Studenten im gesamten deutschsprachigen Raum.
- Die Stadtregierung wird sich für eine weitere Stärkung unserer Hauptstadt im weltweiten Wettbewerb um Investitionen, Talente und internationale Institutionen einsetzen.

Wien - Stadt des Friedens und der internationalen Diplomatie

Als Amtssitz internationaler Organisationen ist Wien eine Drehscheibe für globale Diplomatie, Förderung von Frieden, Abrüstung, Sicherheit und nachhaltige internationale Entwicklungen. Weltpolitisch bedeutsame internationale Konferenzen und Tagungen finden regelmäßig in Wien statt.

Eine Vielzahl von kriegerischen Auseinandersetzungen und Konflikten sowie politische und wirtschaftliche Krisen und Instabilitäten zeichnen unsere heutige Welt aus. Diese Entwicklungen sind Ursache dafür, dass sich derzeit rund 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befinden. Der Zerfall von Staaten und die Kriege im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika sind derzeit große Brennpunkte und haben die gesamte Region destabilisiert. Europa als Nachbarregion ist sehr stark davon betroffen, nicht zuletzt durch die massenhaften Fluchtbewegungen, die durch Terror und Kriege ausgelöst werden.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt Wien setzt sich angesichts dieser Besorgnis erregenden Entwicklungen in der Welt dafür ein, mehr denn je eine Stadt des Friedens und der internationalen Diplomatie zu sein. Wien engagiert sich für die Vermittlung bei internationalen Konflikten, der Beilegung von Kriegen, für eine atomfreie Welt, weltweite Abrüstung und für die Einstellung von Rüstungsexporten in Kriegsgebiete.
- Wien steht für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und MigrantInnen und für Europäische Solidarität statt einer „Festung Europa“. Dazu gehört auch die wichtige Rolle der Entwicklungszusammenarbeit und Flüchtlingshilfe in den betroffenen Ländern.
- Die Stadt Wien erteilt rechten und rechtsextremen Tendenzen eine klare Absage.

Wien - Stadt der Solidarität und des entwicklungspolitischen Engagements

Die Stadt Wien setzt weiterhin auf globale Solidarität und entwicklungspolitisches Engagement.

Wegen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben viele EU-Staaten

ihre Budgets für Entwicklungshilfe gekürzt, während die Stadt Wien ihren Einsatz in diesem Bereich ungebrochen fortsetzt.

Denn durch Unterstützung von Regionen und Städten mit Entwicklungsbedarf im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt, kann dazu beigetragen werden, dass Menschen ihre Existenzgrundlage nicht verlieren und so auch nicht zur Flucht aus ihrem Heimatland genötigt werden.

- Für die Stadt Wien ist dabei insbesondere die Stärkung und Förderung von Frauen durch Bildungsarbeit, sowie die Schaffung von Perspektiven für junge Menschen durch Jugendbeschäftigungsprojekte ein besonderes Anliegen. Denn nur so kann beispielsweise religiösem Fanatismus oder sonstigen Formen der Radikalisierung entgegengetreten werden. Der Zulauf von tausenden jungen Menschen in der gesamten Region um das Mittelmeer zu Terrororganisationen wie dem „IS“ ist vor allem Folge von Chancen- und Perspektivenlosigkeit junger Männer, insbesondere in unterentwickelten Regionen. Frauen sind die Leidtragenden der politischen Umwälzungen; viele frauenpolitische Errungenschaften sind in Gefahr.

Städtekooperationen - auch international

Städtekooperationen bieten eine Möglichkeit, Städte international durch Austausch und Kooperationsprogramme, insbesondere auf kultureller, städtebaulicher, technologischer und umweltpolitischer Ebene zu unterstützen. Auf diese Weise kann ein entwicklungspolitischer Beitrag für mehr Lebensqualität - nach dem Vorbild Wiens - geleistet werden.

Menschenrechtsstadt Wien

Mit der im Dezember 2014 verabschiedeten Wiener Deklaration „Wien - Stadt der Menschenrechte“ hat sich Wien als Stadt der Menschenrechte positioniert und erklärt, die Sensibilität für Menschenrechte in allen Bereichen der Gesellschaft voranzutreiben.

Daher vereinbaren wir:

- Für die Realisierung der Menschenrechte setzen wir unsere Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Inklusion, Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit. Ebenso sind Bildung als fundamentale Voraussetzung für die Entwicklung einer Menschenrechtskultur sowie die Themenbereiche Partizipation, Sicherheit und Menschenrechte wichtige Schwerpunkte. Das Men-

schenrechtsbewusstsein und das Wissen zu diesem Thema werden in der Stadtbevölkerung und -verwaltung gestärkt. Die Vernetzung und die Zusammenarbeit verschiedener relevanter AkteurInnen und der Gesellschaft werden weiterhin konsequent gefördert. Das Wiener Menschenrechtsbüro wird nachhaltig ausgestattet und strukturell verankert.

Internationale Themenschwerpunkte der Stadt Wien

Die Stadt Wien trägt als Initiatorin für internationale Konferenzen und Fachtagungen zu den Themen Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Konfliktlösungen, Flucht, Migration, Deradikalisierung dazu bei, inhaltliche Alternativen, insbesondere friedenspolitische, zu derzeitigen Entwicklungen in der Welt aufzuzeigen.

Wien – Stadt der starken Europapolitik

Europa muss sich von einer Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Sozial- und Umweltunion weiterentwickeln, wo Beschäftigung, Chancengleichheit, Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit der Bevölkerung Vorrang haben. Die „Europa 2020“-Ziele wie Armutsbekämpfung, Bildung und Klimaschutz sind zu stärken und weiterzuentwickeln. Neoliberalen Entwicklungen ist eine Absage zu erteilen.

Die demokratische Gestaltung Europas und die Minimierung der viel diskutierten Kluft zwischen „Brüssel“ und den BürgerInnen erfordern neben einer offensiven Europapolitik auch deren intensive Diskussion mit der Zivilgesellschaft und eine Weiterentwicklung direktdemokratischer Instrumente (z.B. europaweite Volksabstimmungen).

Daher vereinbaren wir:

- Die breite Basis der Europapolitik der Stadt Wien wird weiterentwickelt: Der 2010 eingerichtete Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgewertet, der Wiener Europadialog mit der Zivilgesellschaft weiterentwickelt.
- Das Rederecht für Mitglieder des Europäischen Parlaments im Landtag und Gemeinderat wird ausgeweitet. Der/die LandtagspräsidentIn bzw. der/die Gemeinderatsvorsitzende kann auf Vorschlag der Stadtregierung Mitglieder des Europäischen Parlaments und aus besonderen Anlässen auch internati-

onal renommierte Persönlichkeiten in den Landtag und Gemeinderat einladen.

Sozialer Zusammenhalt in einem sozialen Europa

Die Sicherung und Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen und das Prinzip der lokalen Selbstbestimmung („Subsidiarität“) bleiben weiterhin bestimmende Leitlinien der Wiener Europapolitik und wichtige Grundlagen des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft und von Europas Städten. Wiens Engagement in Städtenetzwerken und -kooperationen wird auch in Zukunft bestimmend sein, um die notwendigen Rahmenbedingungen zur Finanzierung wichtiger Investitionen der Daseinsvorsorge (etwa in den Bereichen des sozialen Wohnbaus, Gesundheit, Bildung, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Investitionen im Umweltbereich) zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang wird auf die Initiative für den sozialen Wohnbau und auf die Wiener Deklaration der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte - Eine starke Stimme in Europa vom 21.4.2015 - hingewiesen.

Daher vereinbaren wir:

- Weiters stellt sich die Stadt Wien gegen TTIP, CETA und TISA und setzt sich im Zusammenhang mit den Verhandlungen dafür ein, dass das Selbstbestimmungsrecht der Städte und Gemeinden im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Daseinsvorsorge) gewahrt bleibt und die öffentlichen Dienstleistungen aus den Verhandlungen ausgenommen werden. Diese Abkommen verstärken die Macht-Asymmetrie zugunsten global agierender Konzerne und höhlen ökologische, demokratische und soziale Standards aus. Es ist sicherzustellen, dass den wirtschaftlichen Interessen gegenüber anderen Schutzinteressen (z.B. Umwelt-, Sozialstandards, ArbeitnehmerInnenschutz und KonsumentInnenschutz) kein übergeordneter Stellenwert eingeräumt wird. Verfahren zur Streitbeilegung sind nach bewährten rechtsstaatlichen Prinzipien durchzuführen. Investitionsschutz- und Schiedsgerichtsbarkeitsklauseln, die diesen Prinzipien zuwiderlaufen, werden abgelehnt.

Städte und Gemeinden spielen auf europäischer Ebene eine wesentliche Rolle. Wien engagiert sich in der Konferenz der Gemeinden des Europarates, im europäischen Städtebund und in verschiedenen weiteren Institutionen.

Dieses Engagement gilt der Erarbeitung gemeinsamer Positionen in wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bereichen.

Wiener Lösungen für urbane Herausforderungen

Das Wiener Modell der Smart City bringt urbane Entwicklung, hohe Lebensqualität und Prosperität mit einer Ressourcen schonenden und vor allem sozial ausgewogenen Entwicklung in Einklang. Jährlich besuchen ca. 5.000 Delegierte aus aller Welt unsere Stadt, um sich vor Ort über Wiener Lösungen zu informieren. Die Stadt bietet heimischen Unternehmen und Forschungsinstitutionen die Möglichkeit, sich gemeinsam mit der Stadtverwaltung als innovative Entwicklungsstätte für smarte Technologien international zu präsentieren. Die gute Präsenz der Stadt und der einzelnen Akteurinnen und Akteure soll durch das Akkordieren von Auslandsaktivitäten verstärkt werden. Die klaren Strukturen bündeln bestehende Stärken mit dem Ziel, eine Strategie für die Stadt im internationalen Bereich zu entwickeln und unser Know-how über urbane Technologien sichtbar zu machen.

Vernetzung und Städtekooperationen

- **Urban Agenda: Eine starke Stimme für Städte in Europa**

Städte sind der Motor der europäischen Wirtschaft. Sie bieten Arbeitsplätze und Dienstleistungen und fungieren als zentrale Katalysatoren für Kreativität und Innovation. Fast 70% der EU-Bevölkerung leben in städtischen Gebieten. Städte haben aber auch wirtschaftliche, soziale, ökologische und demografische Herausforderungen zu bewältigen.

In Anbetracht dieser fundamentalen Bedeutung der europäischen Städte als Brennpunkte gesellschaftlicher Entwicklungen und Zentren der Innovation setzt sich die Wiener Stadtregierung in enger Abstimmung mit anderen Metropolen intensiv für die „Urban Agenda“ ein, also für die konsequente Einbindung der Städte in den politischen Willensbildungsprozess der Europäischen Union.

- **Europäische Netzwerke**

Die Stadt Wien wird sich weiterhin auf EU-Ebene für die Interessen von Städten einsetzen und an relevanten Initiativen mitwirken, in denen urbane Interessen vertreten werden; wie insbesondere im Ausschuss der Regionen, im Rat der Gemeinden und Regionen Europas und im Städtenetzwerk EUROCITIES.

Auch die Mitarbeit in weiteren Plattformen wie z.B. dem Europäischen Städtenetzwerk gegen Kernenergie und dem Europäischen Netzwerk "Gentechnikfreie Regionen" wird intensiviert.

- **Städtekooperationen**

Die Stadt Wien hat mit zahlreichen Städten Kooperationsverträge zu verschiedenen städtischen Themenfeldern abgeschlossen. Diese Abkommen sind oftmals Grundlage für Austauschprogramme, Entwicklungszusammenarbeit, Know-how-Transfer bis hin zu konkreten Lösungsansätzen und deren Umsetzungsschritten. Ein Schwerpunkt soll im Hinblick auf die EU-Beitrittsperspektive auf die Region des Westbalkans gelegt werden. Ziel ist es, künftige Kooperationen insbesondere im Zusammenhang mit den bevorstehenden Herausforderungen der „wachsenden Stadt“ weiter zu entwickeln.

- **Donauraumstrategie**

Das Wiener Engagement in der EU-Donauraumstrategie basiert auf einer langen Tradition der Zusammenarbeit in dieser wichtigen Region. Diese Tätigkeit soll erfolgreich weitergeführt und die Einbindung der Zivilgesellschaft intensiviert werden.

Eine „Europäische Sommerakademie der Stadt Wien“ wird mit den Zielen „capacity building“, Know-how-Transfer sowie der Diskussionsmöglichkeit für die Bevölkerung eingerichtet.

Wien – ein attraktiver Standort

Wien ist wirtschaftliches Kompetenzzentrum, Bildungs- und Ausbildungsstandort für viele junge Menschen aus benachbarten Ländern, bedeutende Kreativmetropole, regionaler Hub für Start-Ups und Verkehrsdrehscheibe für eine vielsprachige Großregion im Herzen Europas. Mehr als 300 internationale Unternehmen haben sich in Wien angesiedelt, wichtige internationale Organisationen wie UNO, UNIDO, IAEO und OPEC haben ihren Sitz in Wien.

Neben der günstigen Lage schätzen die Unternehmen die gute Infrastruktur, das hervorragende Ausbildungssystem und die hohe Anzahl gut ausgebildeter Arbeitskräfte.

Daher vereinbaren wir:

- Ziel ist es, unsere Stadt als Standort für Investitionen und regionale Headquarter global zu positionieren. Damit soll der Trend verstärkt werden, dass international tätige Unternehmen Wien als Standort wählen und als Drehscheibe für ihre Aktivitäten nutzen.

3. WIEN HAT CHANCEN: JOBS MIT ZUKUNFT, WIRTSCHAFT MIT VERANTWORTUNG

„Sichere Arbeitsplätze trotz anhaltender Wirtschaftskrise“

Wien steht heute vor großen Herausforderungen: Gestiegene Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wirtschaftswachstum und höhere Finanzierungsanforderungen. Die anhaltende, weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei und führt zu angespannten öffentlichen Haushalten. Auch die digitale Revolution bringt traditionelle Geschäftsmodelle immer mehr unter Druck und zerreißt alte Wertschöpfungsketten. Und Wien wächst und wird wieder eine 2-Millionen-Stadt! Dies bedeutet auch, dass weitere Investitionen notwendig sind, um die hohe Lebensqualität dieser Stadt zu erhalten und auszubauen. Das starke Bevölkerungswachstum erfordert große Investitionsanstrengungen in Infrastruktur, Wohnen, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung. Wien setzt sich zum Ziel, Arbeitslosigkeit zu senken, Arbeitsplätze zu sichern und für qualitatives Beschäftigungswachstum zu sorgen.

Investieren in die Zukunft:

Wir nutzen alle Möglichkeiten der Stadt Wien, als Kommune zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Daher vereinbaren wir:

- Direkte Wirtschaftsförderungen und indirekte Unterstützungen in Form von Investitionen und Aufträgen werden bestmöglich eingesetzt.
- Zusätzlich werden durch Strukturreformen aus dem laufenden Betrieb frei werdende Mittel der Stadtverwaltung für nachfragewirksame Investitionen genutzt.
- Wir werden zusätzliche Investitionen vor allem in Wohnen, Kindergärten und Schulen, in Gesundheit und Soziales ebenso wie in ökologische Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz sowie erneuerbare Energien vornehmen, denn die Infrastruktur der Stadt muss mit der Bevölkerung „mitwachsen“. Das rechnet sich doppelt: Durch Investitionen wird die Konjunktur gestützt und zugleich werden nachhaltige Werte für künftige Generationen geschaffen.

- Wien wird sich auch weiterhin für eine „Golden Rule“ einsetzen, also für eine Ausnahme von Investitionen aus den Verschuldungskriterien, um hier den nötigen Spielraum zu erhalten.

Lokale, soziale und ökologische Auftragsvergabe

Aufgrund von nachfragewirksamen und direkten Investitionen in Milliardenhöhe sichert die Stadt Wien jährlich zigtausende Arbeitsplätze.

Daher vereinbaren wir:

- Eine stärkere Berücksichtigung der Wiener Wirtschaftsbetriebe kann dafür sorgen, dass wesentlich mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert bzw. geschaffen werden.
- Die Vergabekriterien der Stadt Wien werden zugunsten einer lokalen, sozialen und ökologischen Wirtschaft adaptiert. So sollen etwa mit der Anwendung des Bestbieterprinzips alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um einerseits die Wiener Wirtschaft sowie Nachhaltigkeitsprinzipien und soziale Fairness zu stärken und andererseits den Verwaltungsprinzipien der Stadt Wien zu entsprechen.
- Um noch mehr Rücksicht auf die Struktur der Wiener Wirtschaft zu nehmen, sollen beispielsweise über die Zulassung von Bietergemeinschaften auch Kleinstunternehmen Aufträge der Stadt Wien lukrieren können.
- Weiters wird 2016 ein Arbeitskreis eingerichtet, der auf Basis der einschlägigen Rechtsnormen der EU und des österreichischen Bundesvergabegesetzes die rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Nutzung des Vergaberechts zum Beispiel zur besseren Integration von Menschen mit Behinderung oder von anderen besonders benachteiligten Personengruppen analysiert. Dabei sollen auch Vorschläge für die Durchführung eines entsprechenden Pilotprojekts zu Gunsten von ausgrenzungsgefährdeten Gruppen wie beispielsweise BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung erarbeitet werden.
- Rot-Grün bekennt sich auch bei der Vergabe von Aufträgen zu den Zielen des in Begutachtung befindlichen Bundes-Informationsfreiheitsgesetzes und wird in diesem Rahmen die Informationen aktiv anbieten.

Wien - die „lernende Stadt“:

Weiterbildung und Qualifizierung sind zentrale Instrumente, um die Qualifikationsstruktur der WienerInnen zu verbessern und so neue Beschäftigungschancen zu schaffen. Im Mittelpunkt steht die strategische Weiterentwicklung hin zur „lernenden Stadt“ für das individuelle Vorankommen der Einzelnen und zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes. Die Entwicklung und Umsetzung qualifikationsbezogener Strategien kann aber immer weniger in einzelnen Politikbereichen - wie z.B. der "Bildungspolitik", der "Integrationspolitik", der "Arbeitsmarktpolitik" - bewältigt werden, sondern erfordert das bereichsübergreifende Zusammenwirken verschiedener VerantwortungsträgerInnen und damit eine koordinierte Vorgehensweise.

Daher vereinbaren wir:

- Im Sinne der „lernenden Stadt“ werden die Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik, die Berufsausbildung, die berufliche Erwachsenenbildung und andere damit zusammenhängende Politikbereiche unter gemeinsamen Gesichtspunkten analysiert, strategische Handlungsoptionen entwickelt und Strategieentwicklungsprozesse initiiert.
- Der „Qualifikationsplan Wien 2020“ ist die zentrale Strategie aller beteiligten AkteurInnen, den Anteil formal gering qualifizierter Personen in Wien zu reduzieren.
- Auf Basis dessen wird der „Qualifikationspass“ eingeführt, mit dem die Weiterbildungen besser aufeinander abgestimmt und die WienerInnen bei der Weiterbildung optimal unterstützt werden.

Mit der „Wiener Ausbildungsgarantie“ sichert Wien die Ausbildung der jungen Menschen in der Stadt und sorgt dafür, dass Jugendliche beim schwierigen Übergang von der Schule in den Beruf bzw. in eine weiterführende Ausbildung nicht ins Straucheln kommen.

- Die "Wiener Ausbildungsgarantie" wird gemeinsam mit allen VerantwortungsträgerInnen auf Bundes- und Landesebene konsequent weiterentwickelt. Schwerpunkte sind dabei eine strukturierte, gendersensible und prozesshafte Berufsorientierung, "Drop out" Prävention, der Ausbau niederschwelliger Unterstützungsangebote und die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Inwiefern Elternarbeit in der Unterstützung von jugendlichen „Drop outs“ sinnvoll ist, wird mit ExpertInnen diskutiert.

- Wir achten darauf, dass für junge Mütter ohne Ausbildung Arbeits- und Inklusionsangebote entstehen.
- Im Rahmen öffentlicher Lehrwerkstätten wollen wir generationenübergreifende Zusammenarbeit unterstützen. Fachlich erfahrene, sozial kompetente PensionistInnen sollen durch ehrenamtliche Tätigkeit Wissen an die junge Generation weitergeben. Das wollen wir mit PartnerInnen auf Machbarkeit überprüfen.
- Die Stadt Wien begrüßt die Initiative des Bundes "Ausbildung bis 18". Bei der Umsetzung wird besonders auf Qualitätssicherung geachtet. Jugendliche sollen jene Ausbildung machen können, die ihrem Lebenskonzept entspricht. Dafür braucht es jugendadäquate und vor allem ausreichende Angebote. Wien wird unter dem Motto "Jeden Tag eine neue Chance" an der Entwicklung solcher Angebote aktiv mitwirken.

Fit für den Arbeitsmarkt der Zukunft:

Moderne Wirtschaftspolitik muss auch an der „Digitalen Agenda“ arbeiten. Die weltumspannende Sprache der Zukunft sind digitale Codes. Auf dieser Basis entstehen neue Branchen, Unternehmen und Jobs. Die dafür erforderlichen Schlüsselqualifikationen sollten vom Kindergartenalter an auf dem allgemeinen Bildungsplan stehen. Es soll auch erforscht werden: Wo entstehen neue Jobs, welche Jobs wird es in Zukunft nicht mehr geben und welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf Frauen und Männer? Diese Erkenntnisse sollen im Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

Arbeit – mehr als Einkommen

Arbeit ist mehr als nur eine zentrale Einkommensquelle: Durch Arbeit können Menschen Selbstbestätigung bekommen, sie werden in ein soziales Umfeld integriert, sie können Ideen verwirklichen. Mit der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ haben vor 80 Jahren Wiener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die vielfältigen durch Arbeitslosigkeit verursachten Phänomene erstmals empirisch erfasst. Wien wird die sich durch Arbeitslosigkeit ergebenden Herausforderungen stärker thematisieren und damit ins Bewusstsein rücken.

Daher vereinbaren wir:

- Wir wollen mit unserer Arbeitsmarktpolitik unsere Aktivitäten zur sozialen Inklusion verstärken, um besonders ausgrenzungsgefährdete Menschen zu erreichen.
- Auf Grundlage der Strategie Qualifikationsplan Wien 2020 wird im Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds (waff) eine Budgetposition vorgesehen, die für die Entwicklung und Umsetzung experimenteller und innovativer Projekte bestimmt ist. Dabei sucht der waff aktiv die Kooperation mit Initiativen und Einrichtungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bzw. beruflichen Erwachsenenbildung.

„Gute Arbeit für alle“

Der Wiener Arbeitsmarkt wird auch in den kommenden Jahren durch einen Zuwachs des Arbeitskräftepotenzials gekennzeichnet sein: durch Zuwanderung aus dem In- und Ausland, aber auch durch erreichte Verbesserungen wie etwa den Wiener Gratiskindergarten von 0-6 Jahren und aktivierende Maßnahmen wie die bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Die Gesellschaft droht auch bedingt durch die neue Welt des Arbeitens auseinanderzudriften - es kommt zusehends zu einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Einerseits führt die Verbreitung atypischer Beschäftigung zu einem quantitativen Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses. Und andererseits erhöhen Flexibilisierung, All-inclusive-Arbeitsverträge und Leistungsintensivierung immer stärker den Druck auf die einzelnen ArbeitnehmerInnen. Immer mehr Menschen sind dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt oder „working poor“.

Daher vereinbaren wir:

- Wir orientieren uns bei allen Maßnahmen am Konzept der „Guten Arbeit“. Gute Arbeit umfasst faire und existenzsichernde Löhne, Arbeitsplatzsicherheit, sozialen Schutz, Gesundheitsschutz, für Frauen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation.
- Ein breiter Niedriglohnsektor und eine stetige Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse sollen in Wien ebenso wenig Platz haben wie unfairer Wettbewerb durch Lohn- und Sozialdumping.
- Wien bekennt sich zu einem inklusiven und sozialen Arbeitsmarkt, der die Verwirklichungschancen der Menschen verbessert.

Gesellschaftlicher Dialog zu „Guter Arbeit“:

Die Kluft in der Gesellschaft darf nicht weiter wachsen und soll auch wieder geringer werden. Dazu braucht es einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Ursachen und Folgen dieser Entwicklung. Eine Lösung kann nur auf breiter Basis in der Gesellschaft unter Einbeziehung der SozialpartnerInnen, der Zivilgesellschaft und Privater erfolgen. Dabei sind auch die Unternehmen, die diese Praxis fördern und von ihr profitieren, in die Pflicht zu nehmen.

Daher vereinbaren wir:

- als ersten Schritt eine von der Stadt Wien initiierte Enquete zum Thema „Gute Arbeit“, die als Auftakt für eine intensive Diskussion dienen soll.
- Wien setzt sich so mit dem globalen Wandel der Arbeitswelt und ihren Folgen auf die Stadt und ihre Menschen in Kooperation mit Wissenschaft, Forschung, Politik und Praxis auseinander. Dabei geht es stets um die Erschließung von Potentialen für die Gestaltung einer menschengerechten Arbeitswelt, Ökologisierung der Wirtschaft, Arbeitszeitverkürzung und Nachhaltigkeit. Hierzu gehören auch Formen der Solidarischen Ökonomie und der Gemeinwohlorientierung, die sich bewusst einer reinen Profitlogik entziehen.
- Im Rahmen der Diskussion zu „Guter Arbeit“ gilt es auch, die Gruppe der längerfristig Ausgegrenzten und ihrer Lebenslagen zu berücksichtigen. Die Instrumente für Inklusion in den Arbeitsmarkt, die es dafür gibt, befürworten und unterstützen wir. In diesen Bereich soll weiterhin durch das AMS investiert werden. Wir kooperieren und planen gemeinsam und verstärken sektorenübergreifende Kooperationen zwischen NPO-, Profit-, und öffentlichem Bereich. Neue Angebote des erweiterten Arbeitsmarkts, die auch Langzeiterwerbslose in dauerhafte Beschäftigung führen, werden auf Machbarkeit geprüft.

Neue Berufsperspektiven ermöglichen

Ein wichtiger Beitrag für mehr Chancen auf „Gute Arbeit“ ist die Stärkung der individuellen Handlungsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen zur Verbesserung ihres Arbeitseinkommens und der Arbeitsbedingungen. Unselbständig beschäftigten WienerInnen steht schon heute im waff ein einzigartiges Unterstützungsangebot zur Verfügung: umfassende Information über berufliche Weiterbildungsangebote, kostenlose Beratung, wenn sich jemand beruflich verändern möchte und finanzielle Unterstützung bei berufsbezogener Aus- und Weiterbildung.

Daher vereinbaren wir:

- Diese Angebote sollen weiter ausgebaut werden.
- Das kostenlose Nachholen eines Lehrabschlusses wird dabei ebenso ein wichtiger Beitrag sein wie die Unterstützung von Betrieben, die soziale Innovationen zur Verbesserung von work-life-balance, Sabbaticals, altersgerechtes Arbeiten, betriebliche Frauenförderung oder Diversitätsmanagement verwirklichen wollen.

Impulse für die Gleichberechtigung

Nirgendwo in Österreich ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern weiter vorangeschritten als in Wien. Spezielle Weiterbildungsmaßnahmen, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Ganztageschulen und Gratiskindergärten, die Unterstützung alleinerziehender Mütter und ein umfassendes Gewaltschutznetz sprechen für Wien. Viele Meilensteine wie die Frauenförderung in der öffentlichen Auftragsvergabe konnten bereits erreicht werden, dennoch sind wir noch nicht am Ziel: Frauen werden in vielen Bereichen immer noch diskriminiert. Die Stadt setzt daher immer wieder neue Impulse, um diese Ungleichheiten zu beseitigen. So wurde vom Wiener Gemeinderat beschlossen, dass alle Anstrengungen zu unternehmen sind, damit bis Ende des Jahres 2018 der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten jener Unternehmen, die mehrheitlich im Eigentum der Stadt Wien stehen, auf zumindest 40 Prozent erhöht wird. Und auch in der Wiener Wirtschaftsförderung werden unter dem Titel "FemPower" Frauenförderung und Gender Mainstreaming konsequent weiter verfolgt. Unselbständig beschäftigte Frauen, die sich grundlegend beruflich verändern wollen, finden mit dem Programm „Frech“ umfassende Unterstützung. Gleiches gilt mit den speziellen Unterstützungsangeboten des waff für Wiedereinsteigerinnen. Wien ist bestrebt, das hohe Niveau des Wiener Beratungs- und Unterstützungsangebots für alle Frauen zu halten. Daher prüfen wir laufend, ob ergänzende Angebote für spezifische Ziel- und Altersgruppen erforderlich sind.

Besonderes Augenmerk auf Ein-Personen-Unternehmen:

Ein-Personen-Unternehmen (EPU) bilden mittlerweile die Mehrheit aller Wiener Selbständigen. Diese Entwicklung wird von der Stadt gefördert und beispielsweise durch Co-Working-Spaces und Public-Business-Places unterstützt. Für viele ist das Arbeiten als EPU nur ein Zwischenschritt zum Mehr-Personen-Unternehmen (MPU).

Daher vereinbaren wir:

- Es wird überprüft, wie das Ziel erreicht werden kann, dass EPU bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen können, ohne dass sie dafür ihren Gewerbeschein zurücklegen müssen.
- Die Stadt möchte so viel unternehmerische Kreativität und Innovationskraft wie möglich zulassen und unterstützen. Grenzen sollen nur dort gesetzt werden, wo der Schutz der KonsumentInnen und der ArbeitnehmerInnen, die Interessen der Bevölkerung oder der Umwelt dies erfordert. Regulierungen sind kein Selbstzweck. Sie dienen dazu, die verschiedenen Interessen gegeneinander abzuwägen.
- In der kommenden Legislaturperiode wollen wir auch klären, welche Regulierungen im bürokratischen Gefüge in welcher Form aktuell notwendig sind. Gemeinsam mit allen AkteurInnen werden wir bereits laufende Überprüfungsprozesse fortführen und zur Effizienzsteigerung und Verfahrensbeschleunigung sowohl interne als auch externe Abläufe evaluieren.

Betrug ist kein Kavaliersdelikt

Die hohe Qualität der in Wien erzeugten Produkte und Dienstleistungen braucht einen starken und ausreichend finanzierten öffentlichen Sektor. Für ausgezeichnete Leistungen sind modernste Infrastruktur, exzellente Bildung und Ausbildung und ein herausragender Wissenschafts- und Forschungssektor notwendig. Gleichzeitig sollen die Menschen von ihren Leistungen profitieren – durch ein Einkommen zum Auskommen und bestmögliche soziale Absicherung.

Daher vereinbaren wir:

- Ein Dumping über Steuer- und Abgabenbetrug werden wir nicht zulassen. Deswegen werden wir gemeinsam mit dem Bund weiter jede Art von Betrug bekämpfen, denn Betrug schadet nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch jedem ehrlichen Unternehmer und jeder ehrlichen Unternehmerin.

Faire Internet-Ökonomie

Im Bereich der modernen „Internet-Ökonomie“ orientiert sich Wien weiterhin am Konzept der „Guten Arbeit“ mit existenzsichernden Einkommen und hoher Beschäftigungsqualität. Für eine faire „Digital Urban Economy“ wird die Wiener Wirtschaftspolitik auf lokaler Ebene Maßnahmen setzen, um die Prinzipien der „Guten Arbeit“, von zeitgemäßem KonsumentInnenschutz und von fairem Wettbewerb zwischen der „alten“ und der „neuen“ Ökonomie sicherzustellen. Wien will auch im wirtschaftlichen Bereich keine „duale Stadt“ der Segmentierung sein, sondern: sowohl als auch, klein und groß, schnell und langsam, jung und traditionell.

Willkommenskultur und Standortmarketing:

Auch Maßnahmen zur Verbesserung der „Willkommenskultur“ sind erforderlich, denn wir wollen noch mehr kluge Köpfe und internationale Player nach Wien holen. Wie die mit der verstärkten Zuwanderung verbundenen Chancen genutzt werden, hängt auch davon ab, inwieweit zugewanderte Personen ihre Qualifikationen adäquat einsetzen können. Zur Präsentation des Wirtschaftsstandortes Wien und gezielter Ansprache potenzieller Investoren im Ausland wird im Rahmen des Markenbildungsprozesses „The Vienna Story 21“ auch ein neues internationales Standortmarketing verankert.

„Die vielfältige Wiener Wirtschaft fördern“

Wien ist heute ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort: Mehr Arbeitsplätze als je zuvor, 100.000 Unternehmen mit 800.000 unselbständig Beschäftigten, 200 multinationale Headquarter, 8.000 Unternehmensneugründungen pro Jahr – davon 650 technologieaffine Start-Ups - und mehr als die Hälfte aller internationalen Ansiedlungen in Österreich sind eine gute Ausgangsbasis. Darüber hinaus leisten UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund einen maßgeblichen Beitrag für den Wirtschaftsstandort Wien – sie machen heute rund ein Drittel aller Wiener Selbstständigen aus und schaffen zigtausende Arbeitsplätze. Und Wien ist das wirtschaftliche Zentrum Österreichs: Mehr als 260.000 PendlerInnen aus dem Umland finden in Wien Arbeit. Wien hat auch die höchste Produktivität in Österreich und im internationalen Vergleich eines der höchsten BRP pro Kopf. Innovationen sind wesentlich für die Erhaltung und den Ausbau unserer Lebensqualität und sie sind ein zentraler Beitrag zur Smart City. Mit „Innovatives Wien 2020“ hat der Wiener Gemeinderat eine neue, zukunftsweisende Innovationsstrategie beschlossen, an deren Zielen und Handlungsfeldern in den kommenden

Jahren gearbeitet wird. Wien nützt alle Handlungsfelder für eine soziale und ökologisch nachhaltige Stadt.

Bestmögliche Förderungen und Finanzierungspartnerschaften

Wir freuen uns über mutige UnternehmerInnen, die mit viel Einsatz, viel Risiko und viel Engagement zur Lebensqualität in Wien beitragen. Nur eine funktionierende Partnerschaft öffentlicher und privater AkteurInnen wird Wien weiterhin auf dem Erfolgsweg halten. Innovative Lösungen wird die Stadt auch in Zukunft bestmöglich unterstützen.

Daher vereinbaren wir:

- Im Bereich der Wirtschaftsförderung sollen die Unterstützungsmöglichkeiten flexibler werden und gleichzeitig niedrighschwellige Zugänge für den klassischen Handel und das Gewerbe gewährleistet bleiben.
- Das in Österreich relativ junge Instrument des „Crowd-Funding“ wird weiter aufmerksam beobachtet und in die kompetenten Beratungsangebote der Wiener Wirtschaftsagentur eingebaut.
- Weiters wird anhand internationaler Beispiele geprüft, ob bzw. unter welchen Umständen das Instrumentarium bedingt rückzahlbarer Zuschüsse angewendet werden kann.
- Über das Gemeinnützigkeitspaket des Bundes könnte künftig mehr Geld aus privat-gemeinnützigen Stiftungen die öffentliche Finanzierung von Forschung und Innovation ergänzen.

Betriebsflächen sichern

Betriebe und Industrie brauchen Raum.

Daher vereinbaren wir:

- Betriebsflächen im städtischen Bereich müssen durch qualitativvolles Reaktivieren untergenutzter bzw. brachliegender Flächen sowie durch ein neues Betriebszonenkonzept nachhaltig gesichert und Flächenvorhaltungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung ermöglicht werden.
- Für die Mobilisierung von Entwicklungszonen und neuen Betriebsansiedlungen müssen auch die Verkehrswege zur und durch die Stadt passend und entsprechend vielseitig sein. Bei allen Projekten im Bereich Planung und Stadtentwicklung ist insbesondere auf die wirtschaftlichen Erfordernisse der im jeweiligen Umfeld angesiedelten Unternehmen Rücksicht zu nehmen.

Wien als „Think Tank“ für die Produktion von morgen

Neben dem Dienstleistungssektor mit insbesondere dem Handel soll in Wien die urbane Produktion ausgebaut werden. Wien bekennt sich ausdrücklich zu seiner Industrie und wird die Betriebe weiterhin dabei unterstützen, ihre Produktion in Wien zu halten und auszubauen.

Daher vereinbaren wir:

- Mit der „Pilotfabrik Industrie 4.0“ ist ein erster Schritt getan, dass sich Wien als „Think Tank“ für den produzierenden Bereich in Österreich positioniert, wobei die klassischen Produktionsbetriebe verstärkt die Forschungsleistungen der Wiener Hochschulen und die Innovationskraft von jungen, innovativen Unternehmen am Standort nutzen.
- Mit den zukunftsweisenden Themen Stadt- und Umwelttechnologie beschäftigen sich in Wien über 9.000 Unternehmen mehr als 90.000 Beschäftigten u.a. in den Teilbereichen Energiewirtschaft, Abfallwirtschaft, Wasser und Stadtentwicklung. Dieser Bereich „Smart Solutions“ mit vielen sogenannten „Green Jobs“ soll auch weiterhin ein Schwerpunkt der Wiener Wirtschaftsförderung bleiben.

Green-Jobs und Ökologisierung der Wirtschaft

Ökologisches Wirtschaften und die nachhaltige Nutzung von natürlichen wie sozialen Ressourcen sind in einer wachsenden Stadt besonders wichtig.

Daher vereinbaren wir:

- aufbauend auf der Studie „Öko-Jobs in Wien – Bestandsaufnahme und Analyse“, das „Greening“ der Wiener Wirtschaft weiter vorantreiben. Dabei werden wir auch die Kreislaufwirtschaft in den Blick nehmen, um ökologische Aspekte mit lokalen Arbeitsplätzen zu verbinden.
- Mögliche Qualifizierungsoffensiven, auch im Rahmen des Europäischen Sozial Fonds (ESF), werden überprüft und nach Möglichkeit implementiert.
- Reparaturzentren helfen KonsumentInnen bei der Weiter- und Wiederverwendung von Geräten. Auch die Stadt selbst prüft eine Intensivierung der Reperaturtätigkeiten an Stelle von Neubeschaffungen.
- Die Stadt arbeitet mit Wiener Unternehmen zusammen und bezieht Forschung und Entwicklung ein, weil wir am Weg zur sozialen Umweltstadt alle klugen Köpfe brauchen.
- Im Bereich Klimaschutz und „Smart Energy“ wird unter Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung die Einrichtung eines Clusters geprüft.

ArbeitgeberInnenzusammenschlüsse (AGZ)

ArbeitgeberInnenzusammenschlüsse sind ein innovatives Modell, um zersplitterte, meist prekäre Jobs zu einem ordentlichen, fair bezahlten Arbeitsplatz zusammenzufassen. Sie schaffen zusätzliche Beschäftigung und sind dadurch arbeitsmarktpolitisch sehr erfolgreich und bringen Vorteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebe und die Stadt Wien.

Daher vereinbaren wir:

- Basierend auf bestehenden Modellen wird die Möglichkeit für Arbeitgeberzusammenschlüsse in Wien geprüft.

Wien als „Ort der Begegnung“

Wien positioniert sich als „Ort der Begegnung“. So soll etwa das außerordentlich hohe kreativwirtschaftliche Potenzial, durch das sich Wien von vielen anderen Städten Europas unterscheidet, gezielt mit der klassischen Industrie und dem Handwerk vernetzt werden. Insgesamt hat sich die Kreativwirtschaft immer mehr zu einer Querschnittsmaterie entwickelt. Auch neue Modelle des Arbeitens und Wirtschaftens - wie beispielsweise in den Co-Working-Spaces - entstehen hier.

Moderne Infrastruktur als Basis für Innovation

Zugängliche, zeitgemäße Infrastruktur ist ein entscheidender Standortvorteil. Sie ist die Grundvoraussetzung für Innovationen, insbesondere wenn bei gemeinsamer Nutzung von Büros, Labors und anderen Räumlichkeiten ein Gedankenaustausch entsteht, wie es erfolgreiche gemeinschaftlich genutzte Forschungsinfrastrukturen in Wien heute schon vorzeigen. Horizontale Verknüpfung über Sektoren, Branchen und Technologiefelder hinweg soll generell der Ansatzpunkt für Innovationen und die Wiener Wirtschaft von morgen sein.

Lebendige Grätzl:

- Wien bekennt sich zu den Technologien der Zukunft wie dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur etwa über mögliche Kooperationen im städtischen Umfeld, will diese aber zugleich zur Re-Regionalisierung als Garant für eine gut versorgte, lebendige Stadt nutzen.
- Die Belebung kleinteiliger städtischer Räume soll weiter aktiv vorangetrieben werden und neue Konzepte zur Leerstandsnutzung sollen für eine Attraktivierung der Erdgeschoßzonen überprüft werden.
- Eine in allen Bezirken stattfindende „Shop-Local“-Kampagne für Wiens NahversorgerInnen sorgt für mehr Bewusstsein für die Grätzelwirtschaft.
- Insbesondere in Nebenlagen sollen für freiberuflich Tätige wie beispielsweise TierärztInnen und Handwerksbetriebe wie etwa Reparaturwerkstätten Anreize zur Belebung der Erdgeschoßzonen geschaffen werden.
- Ebenso können leerstehende Gassenlokale in Neubaugebieten von Vereinen/Community-Organisationen zeitlich befristet, kostengünstig und zweckgebunden für eine kulturelle bzw. soziale Verwendung genutzt werden.

- Als Steuerungsinstrument zur Attraktivierung der Erdgeschoßzonen wird die Einführung einer Leerstandsabgabe überprüft.
- In neu entwickelten Stadtteilen wird geprüft, ob im Sinne der lokalen Nahversorgung die Einrichtung neuer Märkte möglich und sinnvoll ist.
- Die Stadt Wien strebt auf Basis der Evaluierung und Einbeziehung der Bezirke eine flexible Lösung für kleine Schanigärten an.

Wien als „Stadt der Chancen“

Innovationen sind essenziell, um im internationalen Standortwettbewerb zukunftsfit aufgestellt zu sein. Hier spielen kleine und flexible Einheiten eine wichtige Rolle, da sie oft schnellere und höhere Innovationsschritte schaffen.

Daher vereinbaren wir:

- Wien wird alle notwendigen Schritte unternehmen, um sich als „Top Start-Up City“ in Europa zu positionieren und ist hier bereits auf einem sehr guten Weg.
- Um den bei den technologieorientierten Start-ups derzeit noch eher geringen Frauenanteil zu erhöhen, werden wir - wie in der Wiener Wirtschaftsförderung allgemein – auch hier aktivierende Maßnahmen setzen.
- Das Zusammenspiel von neuer Technologie und Kreativindustrie zeigt sich besonders gut auch in der Wiener Gaming-Industrie mit vielen Chancen für EPU und wachsende Unternehmen. Wien soll daher zur „Games-City“ Europas werden.
- Neben den eher technologiegetriebenen Gründungen sind der Stadt Wien auch „Social Business Projekte“ zur Lösung gesellschaftlicher Probleme ein ganz besonderes Anliegen.

Wien wird Vorreiterin bei Social Entrepreneurship und gesellschaftlicher Innovation

Gesellschaftliche Herausforderungen werden auf viele Arten bewältigt, zunehmend adressieren auch UnternehmerInnen diese Herausforderungen. Social Business und damit Social Entrepreneurs streben nach der Lösung sozialer Herausforderungen mit unternehmerischen Mitteln und spielen auch in Wien eine immer größere Rolle.

Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt die Bedeutung dieser Unternehmensform in ihrer bestehenden Vielfalt erkannt und entsprechend reagiert.

Daher vereinbaren wir:

- Wien kennt das Potential von Social Business und wird Vorreiterin bei Social Entrepreneurship und gesellschaftlicher Innovation.

Die Wirtschaftsagentur Wien wird mit PartnerInnen aus diesem Bereich den bereits eingeschlagenen Weg, auf Social Business und Social Entrepreneurship zu fokussieren, als einen wichtigen Aspekt der Wiener Wirtschaft, weiterentwickeln.

Wien als Tourismusmetropole und Kongresshauptstadt

Wien erfreut sich bei TouristInnen und KongressbesucherInnen ungebrochener Beliebtheit. Die Erfolgsstrategie, die Wien zum globalen Magneten für Städtetourismus gemacht hat, soll fortgesetzt werden. Dafür ist nicht zuletzt das gastfreundliche, tolerante und weltoffene Klima der Stadt verantwortlich. Und Wien will seine Stellung als international gefragte und hervorragend erreichbare Top-Destination weiter ausbauen.

Unsere Stadt als Gastgeberin von internationalen Kongressen und Großveranstaltungen wie beispielsweise im Medizin-, Forschungs- und Sportbereich sowie als Drehort von TV- und Filmprojekten trägt zur Wirtschaftsbelebung und zur weltweiten Sichtbarkeit bei. Solche Unternehmungen sind daher auch in Zukunft bestmöglich zu unterstützen und zu fördern. Die weltweit bedeutende Position Wiens als Kongressstadt darf nicht gefährdet werden.

Das Modell der Wiener Wirtschaftspolitik

Wiens Wirtschaft ist vielfältig: Produktion und Dienstleistung, Tradition und Innovation, analog und digital. Diese Vielfalt macht Wiens Wirtschaft stärker, krisenfester und eröffnet viele Chancen. Um das für die Zukunft zu sichern, muss die eigenständige Wiener Standortpolitik fortgesetzt werden. Sie grenzt sich bewusst von der neoliberalen Austeritätspolitik ab. Das „Wiener Modell“ fördert die Wiener Wirtschaft durch funktionierende Infrastruktur und Daseinsvorsorge, stellt den sozialen Zusammenhalt sicher und bekennt sich zur Vielfältigkeit unserer Stadt.

Wirtschaft braucht stabile Rahmenbedingungen und Sicherheiten, um sich entfalten zu können. Arbeit braucht eine Orientierung an „Guter Arbeit“, um die Lebensqualität der Menschen sicher zu stellen. Die Förderung von Innovation ist immer schon Aufgabe öffentlich finanzierter Einrichtungen und der öffentlichen Hand, es braucht jedoch auch das Engagement der privaten AkteurInnen.

Regionale Konjunkturpolitik

Zentraler Ansatzpunkt der regionalen Konjunkturpolitik ist, dass die positiven volkswirtschaftlichen Wirkungen von öffentlichen Ausgaben in Bezug auf Arbeitsplätze und Wertschöpfung entsprechende Investitionen in Infrastruktur, Forschung, Innovation und Wirtschaft rechtfertigen. Unsere Konjunkturpolitik hat ein eindeutiges Ziel: Wir nutzen das Investitionspotential der Stadt zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Ausbau der Infrastruktur.

Innovation aus Tradition

Der Wiener Weg der Innovation aus Tradition zeigt sich an den Strategien für die Zukunft unserer Stadt: Smart City Wien Rahmenstrategie 2050, Stadtentwicklungsplan 2025, Qualifikationsplan Wien 2020, Innovatives Wien 2020, Tourismusstrategie 2020 und die Leitlinien der Wiener Wirtschaftspolitik. Die Stadt Wien hält dabei immer am Ziel fest, nachhaltige Rahmenbedingungen zu schaffen, die zugleich die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Dimension berücksichtigen - denn diese Kombination ist der wesentliche Standortvorteil unserer Stadt. Nun gilt es, an der Umsetzung der Strategien nicht nur für, sondern gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt zu arbeiten.

Stadtverwaltung auf der Höhe der Zeit

Wien bekennt sich zur innovativen Stadtverwaltung, denn Innovationen werden oft durch die öffentliche Hand vorangetrieben oder überhaupt ermöglicht. Wir wollen dafür auch die Innovationskultur im Magistrat der Stadt Wien weiterentwickeln. Und wir wollen die Finanzkraft der Stadt für Innovationen nutzen – sie soll noch öfter Leitkunding für innovative Lösungen „Made in Vienna“ sein.

Leistungsfähige Strukturen und zeitgemäße Transparenz

Die Finanzierung der zahlreichen Aufgaben der Stadt Wien wird in den nächsten Jahren auf Grund der nach wie vor verhaltenen Wirtschaftsentwicklung eine Herausforderung darstellen.

Die Stadt Wien stellt sich dabei aber gegen die europaweit herrschende Austeritätspolitik und tätigt bewusst Investitionen, um die Konjunktur zu stützen und damit die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, vor allem am Arbeitsmarkt, abzufedern.

Zugleich wird damit den Erfordernissen entsprochen, die das Bevölkerungswachstum von jährlich 25.000 bis 30.000 Personen an die Stadt stellt: Wohnraum, Kindergärten, Volksschulen, aber auch Infrastruktur wie Wasserversorgung bzw. Abwasserentsorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenanstalten, Geriatrie, soziale Versorgung und viele andere Leistungen müssen ausreichend zur Verfügung gestellt werden.

Diese Investitionen leisten nicht nur für die heutige Lebensqualität der Stadt einen wichtigen Beitrag, sondern schaffen nachhaltige Werte für künftige Generationen.

Die Finanzierung der Infrastruktur in Wien ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine große Herausforderung. Trotzdem sind in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen gelungen. Dies bei weiterhin verhaltenen Konjunkturaussichten im selben Umfang zu finanzieren, ist sehr ambitioniert.

Daher vereinbaren wir:

- Wien wird sich weiterhin für eine „Golden Rule“ einsetzen, also für eine Ausnahme von Investitionen aus den Verschuldungskriterien, um hier den nötigen Spielraum zu schaffen.
- Um den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 für die

folgenden Jahre nahe zu kommen, braucht es die Beibehaltung einer fairen Mittelausstattung (resultierend u. a. aus den Zahlungsströmen des neu zu verhandelnden Finanzausgleichs) sowie sogenannte Gegensteuerungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Gleichgewichts:

- Die sehr verhaltene Entwicklung der Wirtschaft erfordert weiterhin gezielte öffentliche Investitionen, die sich auf längere Sicht für die öffentlichen Haushalte rechnen.
- Strukturmaßnahmen und aktive Wirtschaftspolitik sollen in Zusammenwirken mit den externen Rahmenbedingungen (z. B. Konjunktur- und Beschäftigungssituation, Einnahmen aus dem Finanzausgleich) dazu beitragen, dass das Budget in den künftigen Jahren möglichst ausgeglichen werden kann.
- Rot-Grün setzt sich für eine grundlegende Reform der Grundsteuer ein, die sowohl die tatsächlichen Verkehrswerte als Grundlage der Besteuerung heranzieht als auch den sozialen Wohnbau begünstigt.

Strukturreformen im Magistrat Wien

Die Herausforderung der wachsenden Bevölkerungszahlen bewältigen die MitarbeiterInnen der Stadt und ihrer Unternehmen mit hohem Engagement und Fachwissen, und das seit Jahren trotz umfangreicherer und gestiegener Aufgaben mit de facto gleichem Personalstand.

Daher vereinbaren wir:

- Um diese Qualität aufrechtzuerhalten, wird es zu Strukturveränderungen im Magistrat kommen. Diese umfassen gemeinsame Strukturen, Optimierungen der Organisationsformen und Bündelungen in folgenden Bereichen: Facility Management, Gebäudemanagement, Logistik, Labors, Infrastruktur insbesondere von Bildungsneubauten, IKT, KAV, Personalbereich, Märkte und Stadtteilarbeit.
- Um zu einer besseren Planungssicherheit und Vorhersehbarkeit zukünftiger Erfordernisse bzw. Entwicklungen zu kommen, wird der Prozess der Erstellung des Budgetvoranschlags der Stadt Wien neu gestaltet und zeitlich gestrafft. Dazu beitragen wird die Etablierung von mehrjährigen Finanzrahmen für zukünftige Voranschläge sowie ein entsprechendes Berichtswesen.

- Die Stadt Wien muss sich auf Grund ihres dynamischen Wachstums sowie der Veränderung von Gesellschaft und Wirtschaft permanent mit der Reform ihrer bestehenden Strukturen auseinandersetzen. Rot-Grün bekennt sich dabei zu kontinuierlichen und konkreten Reformschritten. Das Alltagswissen der MitarbeiterInnen ist dafür wichtig und wird strukturiert in den Prozess einfließen.

Normen durchforsten, Verfahren kürzen

Die Stadt Wien möchte so viel unternehmerische Kreativität und Innovationskraft wie möglich zulassen und unterstützen. Regulierungen sind kein Selbstzweck, sondern bilden den Rahmen für ein gutes Zusammenleben und ein faires Zusammenarbeiten und dieser Rahmen soll immer wieder zeitgemäß angepasst werden.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt strebt die Reduktion von Verfahren in der Verwaltung, die Kürzung von Verfahrensdauern und die Überarbeitung und Vereinfachung von Normen an.
- Ähnliches gilt auch für Abgaben, Gebühren und Steuern, die in den Hoheitsbereich der Stadt oder des Landes Wien fallen. Diese sind ebenfalls kein Selbstzweck, sondern leisten einen Beitrag – zum Teil zweckgebunden – für die Infrastruktur der Stadt, die wiederum den BürgerInnen und UnternehmerInnen zu Gute kommt.
- Die Abgaben, Gebühren und Steuern werden zur zeitgemäßen Anpassung einer Überprüfung unterzogen, mit dem Ziel einer möglichst BürgerInnen- und UnternehmerInnen-freundlichen Gestaltung sowie zur Steigerung der Treffsicherheit.

Weiterentwicklung des Haushaltsrechts

Die Strukturreformen werden von einer Weiterentwicklung des Haushaltsrechts des Magistrats begleitet. Die Wiener Stadtregierung bekennt sich nachdrücklich zu den Grundsätzen der Transparenz, Berechenbarkeit, Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit.

Daher vereinbaren wir:

- Das System des kameralen Rechnungswesens wird – in Abstimmung mit Bund und Ländern – in Richtung eines sogenannten „Drei-Komponenten-Rechnungssystems“ weiterentwickelt. Damit soll eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) von Ländern, Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährleistet werden. Das soll für noch mehr Transparenz sorgen, vor allem beim Vergleich aller Gebietskörperschaften. Dafür auf Landes- und Gemeindeebene erforderliche Rechtsvorschriften werden zügig ausgearbeitet, angepasst und umgesetzt.
- Die bisherige Politik der Transparenz bei Budget- und Finanzierungsangelegenheiten, die den Rechnungsabschluss bzw. Voranschlag um einen detaillierten Finanzschuldenbericht und einen Beteiligungsspiegel ergänzen, wird fortgesetzt.
- Es wird ein Subventionsbericht über alle Förderungen des Magistrats vorgelegt.

Weiterentwicklung Beteiligungsmanagement

Den kommunalen Unternehmen Wiens kommt gerade in Zeiten der anhaltenden Wirtschaftskrise und der von der Stadt explizit verfolgten antizyklischen Investitionspolitik eine entscheidende Rolle zu.

Daher vereinbaren wir:

- Um die Abläufe und die Wirksamkeit strategischer Steuerung durch die Eigentümerin Stadt Wien weiter zu verbessern, wird das Beteiligungsmanagement weiterentwickelt.
- Der Öffentlichkeit werden neben den Jahres- und Geschäftsberichten der kommunalen Unternehmen verstärkt auch Informationen der Stadt Wien selbst zur Verfügung stehen.
- Noch mehr Transparenz soll zukünftig ein jährlicher Beteiligungsbericht schaffen, der alle direkten Beteiligungen der Stadt Wien an Kapitalgesellschaften in einem Set aus ökonomischen Kennzahlen darstellt. Dabei werden auch so genannte Soft Skills der Beteiligungsunternehmen wie z.B. der spezifische Beitrag zur Daseinsvorsorge oder der kulturelle bzw. wirtschaftliche Auftrag berücksichtigt.

- Darüber hinaus hat sich die Stadt Wien zum Ziel gesetzt, ihr Beteiligungscontrolling gemeinsam mit ExpertInnen weiter zu entwickeln.

Zukunftsorientierte Personalpolitik

Die wachsende Stadt ist eine große Herausforderung für die MitarbeiterInnen der Stadt Wien. Ziel ist es, dass die Stadt ihre Services und Dienstleistungen auch zukünftig in hoher Qualität zur Verfügung stellen kann.

Ein frühzeitiges Ausscheiden von MitarbeiterInnen aus dem Prozess der Erwerbsarbeit in Folge psychischer oder physischer Erkrankung bedeutet Verlust von Expertise und volkswirtschaftliche Belastungen. Auf der individuellen Ebene bringt es finanzielle und soziale Nachteile. Das Schaffen von Arbeitsbedingungen, die ein gesundes und erfüllendes Arbeiten altersunabhängig ermöglichen, ist der Stadt Wien ein wichtiges Anliegen.

Die Stadt Wien übernimmt Verantwortung als innovative und vorbildliche Arbeitgeberin. Die aktive Beteiligung und Einbindung der Bediensteten bzw. der Personalvertretungen ist für ein gelingendes Miteinander von großer Qualität und Bedeutung. Gerade in Zeiten während beziehungsweise nach einer Wirtschaftskrise muss für eine offensive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik gesorgt werden. Personalkosten sind ein entscheidender Budgetposten, der ca. ein Drittel des Gesamtbudgets umfasst. Einseitige Maßnahmen führen nur kurzfristig zu einer Entschärfung, daher ist eine nachhaltige Reformierung unumgänglich.

Die bereits begonnene Dienstrechts- und Besoldungsreform „Arbeiten für Wien“ ist ein wichtiger Meilenstein für eine moderne und zeitgemäße Personalpolitik der Stadt Wien. Ziel ist ein objektives, gendergerechtes, diskriminierungsfreies und transparentes Bewertungssystem. Weg vom Senioritätsprinzip bei den Gehaltsverläufen hin zu höheren Einstiegsgehältern mit abgeflachter Gehaltskurve. Weg von den umfangreichen und intransparenten Zulagen und Nebengebühren hin zu einer gerechten und nachvollziehbaren Entlohnung mit Leistungsanreizen und mehr Durchlässigkeit und Mobilität.

Zu den wesentlichen Elementen einer Personalentwicklung gehören die Schaffung von flexiblen Arbeitszeitmodellen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die kontinuierliche Weiterentwicklung des bisherigen Besoldungssystems. Diese sind ebenso wichtige Bausteine, wie das Ziel, MitarbeiterInnen länger gesund im aktiven Dienst halten zu können. Eine Balance von beruflichen und familiären Aufgaben wird durch die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsumfeldes beeinflusst.

In Wien wird Diversität gelebt: durch ein diversitätsorientiertes Personalmanagement wird unserer sozialen und demographischen Realität Rechnung getragen.

Die Stadt Wien hat eine klare Haltung zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern sowie zur Frauenförderung und dem Verbot von Diskriminierung. Diese Haltung ist im Wiener Gleichbehandlungsgesetz verankert. Die Stadt Wien setzt flankierende Maßnahmen gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing oder sexueller Belästigung. Das gleichstellungspolitische Ziel ist und bleibt die Beseitigung jeglicher sachlich nicht begründbarer Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Um mit den sich ständig ändernden personalpolitischen Herausforderungen bestmöglich mithalten zu können, müssen Strategien evaluiert, Strukturen, Systeme und Prozesse entsprechend angepasst werden. Eine optimale Koordination und möglichst flache Führungsstruktur der strategischen, logistischen und operativen Personalbereiche ist hierzu Voraussetzung.

Daher vereinbaren wir:

- Das „Haus des Personals“ wird geschaffen: Durch die Bündelung von Personalzuständigkeiten unter einem Dach sowie durch die Neuorganisation und Modernisierung der Geschäftsfelder im Personalbereich wird modernes Personalmanagement erleichtert.
- „Arbeiten für Wien“: Die Dienstrechts- und Besoldungsreform wird fortgesetzt. Im Zuge der Umsetzung strebt die Stadt Wien einen Mindestlohn von 1.600 Euro an.
- Der Employer-Branding-Prozess wird weitergeführt. Bewerbungsprozesse werden evaluiert und neuausgerichtet, die Möglichkeit eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens wird dabei berücksichtigt. Ein wesentlicher Schritt ist die Verankerung von Gehaltstransparenz in allen internen und externen Stellenausschreibungen.
- Änderung der gemeinderätlichen Personalkommission in ein angemessenes Instrument mit einem effizienten und aussagekräftigen Berichtswesen.
- Wissensmanagement: Eine neue Wissensmanagementplattform wird eingerichtet.
- Ein nachhaltiges und ganzheitliches betriebliches Gesundheitsmanagement inklusive Strukturbereinigungen zur Reduzierung von Schnittstellen und einer Bündelung der Verantwortlichkeiten wird implementiert. Auf Basis der Ergebnisse der Evaluation psychischer Belastungen der Bediensteten der

Gemeinde Wien werden neue Angebote entwickelt. Eine flächendeckende Betreuung durch GesundheitslotsInnen als MultiplikatorInnen zur Frage der Gesundheit am Arbeitsplatz wird angestrebt.

- Das Diversitätsmanagement der Stadt Wien wird kontinuierlich als eine wesentliche Grundlage für eine moderne und erfolgreiche Stadtverwaltung weiterentwickelt.
- „Arbeitsplatz der Zukunft“ im Magistrat: Durch neue Arbeitszeitmodelle bzw. -formen unter Berücksichtigung neuer technischer Möglichkeiten schafft Wien gute Arbeitsplätze für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Die Möglichkeit zur Altersteilzeit wird geschaffen.
- Aktive Frauenförderung und Gleichstellungspolitik: Das Ergebnis des jährlich zu erstellenden Berichtes zur Einkommenstransparenz soll weiterhin als Grundlage für die Zielvorgaben des Gleichstellungsprogramms dienen, um die ungleiche Verteilung von Frauen und Männern und den damit verbundenen Einkommensunterschied auszugleichen und die Einkommensschere zu schließen.
- Um finanzielle Risiken bei vorzeitiger Elternkarenz abzufedern, wird die Weiterentwicklung des Babymonats evaluiert.
- Die Stadt Wien spricht sich für Eigenleistungen und gegen Privatisierungen aus.

4. WIEN LERNT

Kindergärten und Schulen: Bildung von klein auf

Die großen Herausforderungen im Bildungsbereich liegen im dynamischen Wachstum der Stadt und im gesellschaftlichen Wandel der Zeit. Die vorhandenen Bildungseinrichtungen sollen für die neuen Gegebenheiten bestmöglich gestaltet und ausgestattet sein. Bildungsangebote können und sollen neben der bestmöglichen Vorbereitung auf das Berufsleben dazu beitragen, ungleiche sozioökonomische Startvoraussetzungen auszugleichen und ein hohes Maß an Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Einer der Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge ist es daher, zeitgemäße, inklusive, vielfältige und wohnortnahe Bildungsangebote bereitzustellen.

Die Stadt muss Bildungsinnovationen ermöglichen – sogar forcieren, denn nur dadurch schaffen wir Bildungsorte, die unsere Kinder glücklich machen, ihre Neugier und ihr Interesse erhalten und fördern.

Eltern müssen sich sicher sein, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind und qualitätsvolle Bildung erhalten. PädagogInnen sind LernbegleiterInnen und achten die Individualität der Kinder, stärken und fördern ihre Talente und ein gemeinsames Miteinander und motivieren sie zum Lernen. Kein Kind darf zurück gelassen werden. Bildungseinrichtungen sind Orte, an denen Neues ausprobiert werden darf und die insbesondere von den Verwaltungsstrukturen dazu bestärkt und unterstützt werden. Der Ideenreichtum von Kindern und Jugendlichen wird durch Bildungsformate, die die Kinder motivieren und bestärken, gefördert.

Bildungsgerechtigkeit

Um allen Kindern und Jugendlichen die besten Zukunftschancen zu ermöglichen, ist eine umfassende und qualitativ hochwertige, elementare und schulische Bildung und Betreuung von größter Wichtigkeit. Bildungsangebote, ob im Kindergarten oder in der Schule, leisten außerdem einen großen Beitrag zu einer sozial durchmischten Stadt:

Daher vereinbaren wir:

- Kindergärten bieten viel mehr als Betreuung. Sie sind elementare Bildungseinrichtungen, die unseren Kindern die Grundlagen für einen guten Start ins Leben mitgeben und eine fundierte Basis für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und für glückliche Lebensentwürfe legen. Was hier gelingt, erspart in Zukunft hohe Kosten. Was misslingt, ist später nur mehr mit viel mehr Aufwand aufzuholen. Die Stadt setzt sich für eine noch größere Akzeptanz der Kindergärten als Bildungsinstitution ein.
- Sicherstellung von qualitativ hochwertigen Kindergartenplätzen für alle Kinder, die einen Platz benötigen: Bereits seit Jahren bekommt jedes Kind im Alter zwischen 3 bis 6 Jahren einen Kindergartenplatz (unabhängig von der Erwerbstätigkeit der Eltern). In Zukunft erhalten alle Kinder unabhängig von ihrem Alter und der Erwerbstätigkeit der Eltern einen Kinderbildungs- und -betreuungsplatz. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, wird die Schaffung elementarer Bildungseinrichtungen weiterhin massiv vorangetrieben und gemeinsam mit privaten Trägerorganisationen werden Modelle entwickelt, wonach ein städtischer oder ein privater Platz angeboten werden kann. Die Betreuungsquote der 1-3Jährigen wird auf rund 70% angehoben.
- Qualität sichern: Der Wiener Bildungsplan verpflichtet alle Kindergärten zur Einhaltung hoher pädagogischer Standards. Die Einhaltung dieser wird verstärkt überprüft. Kindergärten, die Unterstützung bei der Umsetzung benötigen, bzw. TrägerInnen, die einen neuen Kindergarten gründen, werden seitens der Stadt durch die Angebotserweiterung des One-Stop-Shops unterstützt. Zudem erhalten jene Kindergärten, die aus pädagogischer Sicht vor größeren Herausforderungen stehen, Unterstützungsmaßnahmen, wie beispielsweise ein Mentoringprogramm. Die Gesamtzahl an SprachförderInnen wird daher von derzeit 120 auf 240 verdoppelt. Die Sprachförderung, die bisher allen fünfjährigen Kindern vorbehalten war, wird zukünftig bereits auf alle vierjährigen Kinder ausgedehnt.
- Inklusion: Die Stadt bekennt sich zur größtmöglichen Inklusion im Bildungsbereich und wird in den kommenden Jahren den Ausbau von inklusivgeführten Kindergärten und Schulen weiter vorantreiben. Entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention muss es jedem Menschen grundsätzlich möglich sein, jede staatliche Bildungseinrichtung zu besuchen. Inklusion im elementaren Bildungsbereich ist Ziel der Wiener Stadtpolitik. Insbesondere bei der Nachmittagsbetreuung/Tagesbetreuung werden die Plätze für Kinder mit Behinderung ausgebaut. Die Stadt setzt sich zum Ziel, ein flächendeckendes Angebot zur Verfügung zu stellen.

- Ausbildung von Personal für die Elementarpädagogik: Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die neuen Entwicklungen in der Kinderbildung und –betreuung und wissenschaftliche Erkenntnisse machen es erforderlich, dass auch die Ausbildung und Weiterbildung der KindergartenpädagogInnen laufend weiterentwickelt wird. Es wird verstärkt auf die Arbeitsrealität in Wiener Kindergärten Rücksicht genommen. Auch neue Erkenntnisse im Bereich der Elementarpädagogik werden vermehrt in den Alltag der Einrichtungen einfließen. Es handelt sich in der Regel um eine Arbeit in sprachlich und kulturell heterogenen Gruppen. Angehende PädagogInnen, die bereits entsprechende Kompetenzen mitbringen, weil sie etwa selbst eine zweite Sprache sprechen, sollen besonders ermutigt werden, diesen Beruf zu ergreifen.
 - In den nächsten Jahren soll daher ein Modell entwickelt werden, in dem eine durchgängige Bildungskarriere im elementarpädagogischen Bereich möglich wird. Im besten Fall: vom Assistenten bzw. der Assistentin bis zum Leiter bzw. der Leiterin mit akademischer Ausbildung.
 - Daneben werden die Möglichkeiten für den Quereinstieg in pädagogische Berufe ausgebaut.
 - Darüber hinaus soll die qualitativ hochwertige und wissenschaftlich gestützte Ausbildung der AssistenzpädagogInnen weiter vorangetrieben werden. Das durch die Ausbildung vermittelte Berufsbild der AssistenzpädagogInnen soll zur weiteren Qualitätssteigerung in der elementaren Bildungsarbeit beitragen.
 - Zusätzlich sollen mit der Novellierung der gesetzlichen Bestimmungen die Ausbildungsdauer für KindergruppenbetreuerInnen deutlich erhöht und Inhalte angepasst werden.
 - Der gesellschaftlichen Realität sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen soll auch durch die gezielte Förderung von männlichen Pädagogen Rechnung getragen werden: Pädagogen haben, wie Pädagoginnen, eine spezielle gruppendynamische Funktion und sind wichtige Bezugspersonen.
- Diversität als Chance nutzen: Wien nutzt die Chancen seiner Vielfalt. Mit Diversität wird in den Bildungseinrichtungen konstruktiv umgegangen. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen wird diese Herausforderung als Chance genutzt. Der Umgang mit Diversität wird verstärkt in den Curricula der Aus-, Fort- und Weiterbildung von PädagogInnen verankert.

- An Wiener Pflichtschulen muss die Geschichte von und über Frauen ebenso präsent sein, wie die von Männern. In allen Fächern sollen die Leistungen von Frauen ebenso gelehrt werden, wie die von Männern. Die Stadt unterstützt diese Projekte.
- Modellregion für eine Inklusive Gemeinsame Schule: Die frühe Trennung der Kinder mit 10 Jahren ist pädagogisch falsch, stark stigmatisierend und erzeugt bei Eltern, Kinder und LehrerInnen enormen Druck. Eine spätere Bildungswegentscheidung ist für alle von Vorteil.
 - Die Stadt wird eine Projektstudie in Auftrag geben, die den Rahmen und die Bedingungen für die Einführung einer Modellregion klärt. Auf dieser Grundlage wird ein Vorschlag für eine Modellregion Gemeinsame Inklusive Schule Wiens mit starker individueller Förderung entwickelt und die Bundesregierung ersucht, diese zu ermöglichen.
 - Erste Schritte in Richtung gemeinsamer inklusiver Schule, die im eigenen Bereich umgesetzt werden können, werden davon unabhängig offensiv angegangen. Dazu wird eine Steuerungsgruppe eingerichtet.
- Verstärkte Maßnahmen gegen Schulabbruch: Alle Jugendlichen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb sollen sie keinesfalls aufgrund familiärer Zwänge ihre Bildungslaufbahn unter- oder abbrechen müssen. Wien setzt einen Schwerpunkt auf die Sensibilisierung für diese Thematik und wird diese Agenda verstärkt in den Curricula der Aus-, Fort- und Weiterbildung von PädagogInnen verankern. Auch auf Grund der hohen volkswirtschaftlichen Kosten bei frühem Schulabbruch und der Empfehlungen der FachexpertInnen wird Wien weiterhin verstärkt in präventive Maßnahmen investieren. Diese sind deutlich erfolgversprechender als kostenintensive Maßnahmen zur Reintegration jener Jugendlichen, die das Schul- und Ausbildungssystem bereits verlassen haben.
- Alle Kinder früh fördern: Kinder sind von Geburt an wissbegierig und neugierig. Dieser Wunsch nach Entfaltung der eigenen Begabungen und Fähigkeiten soll von klein auf gefördert werden. Gleichzeitig ist das Wissen um die Wichtigkeit früher Förderung und elementarer Pädagogik bei den Menschen noch nicht allgemein anerkannt. Oft besuchen daher gerade jene Kinder keinen Kindergarten, die davon besonders profitieren würden. Deren Eltern sollen über die Wichtigkeit früher Förderung informiert werden. Die Stadt Wien entwickelt dafür ein niederschwelliges Beratungsangebot mit zielgerichteten Informationen.

- Kooperative Platzvergabe: Dadurch wird die Vergabe von städtischen und privaten Kindergartenplätzen mittels eines einheitlichen EDV-Systems ermöglicht. Dieses System bietet für Eltern und Kindergärten einen gesamtgesellschaftlichen Überblick. Mehrfachmeldungen können vermieden und die Platzvergabe im laufenden Kindergartenjahr besser koordiniert werden. Auch den Wünschen und Bedürfnissen der Eltern soll in diesem System bestmöglich entsprochen werden. Im Jahr 2016 wird mit dem Testbetrieb begonnen.
- Schnittstelle zwischen Kindergarten und Schule verbessern:
 - Kinder sollen beim Eintritt in die Volksschule über gute Sprachkompetenzen verfügen. Aufbauend auf den derzeitigen Strukturen zur Sprachförderung wird diese bereits auf alle vierjährigen Kinder ausgedehnt und der Einsatz der SprachförderInnen verdoppelt. Dies umfasst eine begleitende Förderung der Erstsprache und der Bildungssprache Deutsch. Mehrsprachigkeit ist eine Chance und wichtige Ressource, die gefördert werden muss. Sie eröffnet beste Bildungschancen für die Kinder und bietet einen optimalen Zugang ins spätere Berufsleben.
 - Der Übergang vom Kindergarten in die Volksschule ist eine wichtige Schnittstelle im Bildungssystem. Die Stadt setzt sich daher dafür ein, dass das letzte verpflichtende Kindergartenjahr und die ersten beiden Volksschuljahre zukünftig als gemeinsame Schuleingangsphase aufgefasst werden. Damit eine Stigmatisierung von Kindern ausgeschlossen werden kann, muss bei der Erarbeitung der notwendigen bundesweit geltenden gesetzlichen Basis für einen förderbezogenen Datenaustausch zwischen Kindergarten und Volksschule auf entsprechende Sensibilität geachtet werden. Das neue Übergangmanagement zwischen Kindergarten und Volksschule ermöglicht zukünftig ausreichend individuelle Förderung und Zeit, Lernziele zu erreichen.
- Unterricht in Volksgruppensprachen stärken: Die Stadt setzt sich im eigenen Wirkungsbereich das Ziel, verstärkt bilinguale Bildungsangebote für anerkannte Volksgruppen anzubieten. Wien setzt sich überdies beim Bund dafür ein, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Regelunterricht in der Volksgruppensprache an Wiener Schulen vermehrt unterrichtet werden kann.
- Förderung 2.0: Grundsätzlich ist es die Aufgabe der jeweiligen Bildungseinrichtung, für die Entwicklung und Lernerfolge der SchülerInnen Sorge zu

tragen. Diese Eigenverantwortung der Standorte soll gefördert werden, ein Abschieben und Beschämen (Stigmatisieren) der Kinder und Jugendlichen muss so gut es geht vermieden werden. Trotzdem braucht es unter den gegebenen Rahmenbedingungen, die stark vom Bund vorgegeben sind, externe Unterstützung wie die Förderung 2.0.

- 15.000 SchülerInnen in Wiener Volksschulen und rund 10.800 SchülerInnen aus neuen Mittelschulen und AHS-Unterstufen haben im abgelaufenen Schuljahr die Gratis-Nachhilfe der Stadt in Anspruch genommen. Mit diesem Angebot ist es gelungen, den Schulen und insbesondere den SchülerInnen ziel- und bedürfnisorientiert Zusatzleistungen anzubieten. Eine Gesamtevaluierung wird für das Jahr 2017 in Auftrag gegeben.
- Darüber hinaus bieten viele ehrenamtliche Initiativen Nachhilfe für Kinder an. Die Stadt unterstützt diese Initiativen, leisten sie doch oftmals einen großen Beitrag zur Integration von Kindern und Jugendlichen.
- Berufsschulen: Österreichs duales Ausbildungssystem ist weltweit anerkannt. Gerade in den letzten Jahren setzte Wien viele Initiativen, um Lehrberufe attraktiver zu machen. Die Lehre mit Matura ermöglicht den Jugendlichen ein durchlässiges Ausbildungssystem und bietet noch bessere Zukunftschancen. In Wiens Berufsschulstandorten werden laufende Investitionen getätigt und eine Modernisierung vorangetrieben.

Wachstum der Stadt – Bildungsinfrastruktur & PädagogInnen

Das dynamische Wachstum Wiens führt dazu, dass auch immer mehr Kinder und Jugendliche in der Stadt leben. Mehr Kinder und Jugendliche bedeuten auch einen höheren Bedarf an Kindergärten und Schulraum. Neue Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu bauen, in die Jahre gekommene zu sanieren und zu modernisieren sowie an verschiedenen Standorten Erweiterungen durchzuführen, sind daher zentrale Aufgaben für die nächsten Jahre.

Daher vereinbaren wir:

- Platz für Bildung an allen Orten der Stadt: Vor allem in den Stadterweiterungsgebieten wird die Stadt für die BewohnerInnen weiterhin wohnortnahe Bildungsinfrastruktur schaffen. Priorität haben dabei vor allem neue Campus-Bauten in Form des Campus plus-Modells, die Nutzung von Erdgeschoßzonen für Bildungseinrichtungen („Mini-Campus“), aber auch die Erweiterung von bestehenden Standorten:
 - Sowohl für Kindergärten als auch für Pflichtschulen wird geprüft, wo Erweiterungen möglich sind, aber auch die Weiterentwicklung zu einem Campus, wenn es die Rahmenbedingungen zulassen. Weiteres soll es laufend Sanierungen von Schulen und Kindergärten geben: Besonderes Augenmerk wird dabei auf neue pädagogische Anforderungen sowie ökologisch verträgliche und sinnvolle Maßnahmen gelegt, die bei der Sanierung gleich mitberücksichtigt werden können. Die im Oktober vorgestellte Bildungsinfrastrukturinitiative „Bildungshorizont 2015-2025“ ist die Grundlage für die Umsetzungsschritte der nächsten Jahre.
- Ganztätig gut betreut: Vereine helfen dabei.
 - Die Mehrfachnutzung von Infrastruktur ist ein wichtiger Schwerpunkt. Dies umfasst nicht nur die Nutzung von Erdgeschoßflächen für „Mini-Campus“-Standorte, sondern auch die Öffnung von Sportanlagen, Festsälen, Aulen und Schulfreiflächen für die Bevölkerung. Damit können Schulen auch verstärkt zur sozialen und kommunikativen Entwicklung von Stadtteilen beitragen.
 - Die Stadt Wien bekennt sich dazu, Freiräume in und um Schulen und Kindergärten zu schaffen.
 - Insgesamt sollen leer stehende Flächen im ganzen Stadtgebiet noch besser in die Planung von Bildungseinrichtungen einbezogen werden: Dadurch können Raumressourcen in der ganzen Stadt besser genutzt und der lokale Bedarf noch genauer abgedeckt werden.
- Freude am Lernen braucht Raum – innovative Bildungsarchitektur: Die erforderliche Bildungsinfrastruktur wird bereitgestellt, um optimale Verhältnisse für zeitgemäße Pädagogik zu schaffen.

- Die künftigen NutzerInnen, wie SchülerInnen, Schulleitung, LehrerInnen werden in die Planungen miteinbezogen. Wien bereitet sich daher auch bei sämtlichen Bauvorhaben auf die gemeinsame Schule bzw. Kindergarten der Zukunft vor. In der Verwaltung werden klare Regelungen und Handlungsanleitungen verankert, die eine solche Vorgehensweise sicherstellen.
- Innovationen in Planung und Umsetzung machen eine Überprüfung der bestehenden technischen und planerischen Vorgaben möglich.
- Die Erkenntnisse aus dem Campusprogramm sollen künftig auch bei Erweiterungen und Sanierungen umgesetzt werden. Dazu gehört unter anderem auch – wenn möglich – die Auflösung von klassischen Klassen/Gang-Strukturen.
- Beim konsequenten Ausbau ganztägiger Betreuungsformen ist insbesondere auch die Qualität der Freiräume in die Planung einzubeziehen.
- Bestehende Abläufe für Planungs- und Bauvorhaben bei Sanierungen, Um- und Neubauten werden evaluiert. Ziel ist eine zeitliche Straffung ohne Qualitätsverlust sowie die Überprüfung von Vorschriften und Normen dahingehend, ob erwünschte Schutzziele nicht kostengünstiger erreicht werden können.
- Einsatz von PädagogInnen an Schulen:
 - Aufgrund des dynamischen Wachstums der Stadt verfügt Wien im Jahr 2020 über ein Mehr von 1.000 LehrerInnen. Ihr Einsatz soll zielgerichteter sein. Diese personellen Ressourcen sollen verstärkt dort eingesetzt werden, wo die größeren Herausforderungen liegen.
 - Die VertreterInnen der Landesregierung werden sich in den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen für eine stärkere Aufgabenorientierung des Finanzausgleichs und die Aufhebung der derzeitigen Deckelungen beispielsweise für Sprachförderung und des Sonderpädagogischen Förderbedarfs einsetzen.
 - Ein wichtiges Kriterium für die Mittelzuteilung soll ein Sozialindex bilden.

Kindergärten und Schulen, in denen Kinder glücklich lernen

Kindergärten und Schulen sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche ihre Potentiale entfalten sollen. Ihr Ideenreichtum muss durch geeignete Bildungsformate gefördert werden. Motivation, Förderung, Stärkung und Individualisierung stehen im Vordergrund.

Daher vereinbaren wir:

- Ausbau von Ganztagschulen und Tagesbetreuung: Die verschränkte Ganztagschule und die ganztägige Betreuung von Kindern in Schulen wird weiter ausgebaut. Die Kinder müssen ganztägig bestens betreut werden. Eltern müssen sich sicher sein können, dass ihr Kind gut aufgehoben und gefördert wird.
- Kooperationsmodelle in der Schule: Die Stadt unterstützt die Zusammenarbeit von Schulen und Musikschulen, Sportvereinen, Volkshochschulen (VHS), Büchereien, Jugendzentren etc., um ein breit gefächertes und attraktives Bildungs- und Freizeitangebot für SchülerInnen bereit zu stellen. Für eine mögliche und gute Umsetzung wird die Stadt Wien die dementsprechend notwendigen bundesgesetzlichen Änderungen forcieren.
- Talente und Individualisierung fördern und stärken: Die individuelle Förderung der Kinder entsprechend ihrer Interessen und Talente ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Wien unterstützt Projekte und Fortbildungen zur Individualisierung an Schulen (neue Lehr- und Lernformen, Projektunterricht etc.).

Neue Pädagogische Modelle – Neue Strukturen

Schulen benötigen mehr Gestaltungsräume für die Umsetzung neuer pädagogischer Modelle, um auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen besser eingehen zu können.

Daher vereinbaren wir:

- Schulautonomie stärken und ausbauen:
 - Schulen benötigen mehr pädagogische, organisatorische und personelle Frei- und Gestaltungsräume. Die Gestaltungsmöglichkeiten orientieren sich an den Bedürfnissen der SchülerInnen, der SchulpartnerInnen (Eltern, Schülervertretung) sowie dem schulischen Umfeld. Für die Umsetzung sind flexiblere Strukturen wichtig und not-

wendig. Der wichtigste Erfolgsfaktor für eine gute Bildungsinstitution ist ein engagiertes Team. In Wien gibt es zu wenige Menschen, die sich für eine Schulleitung interessieren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Unter anderem ist es daher notwendig, diese herausfordernde Aufgabe wieder attraktiver zu gestalten.

- Zudem bedarf es einer professionellen Leitung, die Mitsprachemöglichkeit bei der Personalauswahl erhält. Da Schulleitungen viele Managementaufgaben zu erledigen haben und ihre Leitungsaufgabe auch auf die pädagogische Arbeit fokussieren müssen, ist es künftig notwendig, Unterstützungspersonal zur Verfügung zu stellen.
- Einsatz von psychosozialer Unterstützung an und für Schulen
 - Schulen brauchen vermehrt Unterstützung für die Bereiche Lernbegleitung und -diagnostik, Mobbing, Gewalt, Schulabstinz, Drop-Outs etc. Gerade SchulsozialarbeiterInnen, PsychologInnen, PsychagogInnen, MediatorInnen etc. leisten hier einen wichtigen Beitrag. Die Stadt erwartet sich für diese Bereiche die notwendigen Weichenstellungen seitens des Bundes. Doch Wien geht hier auch eigenständig neue, innovative Wege. Die bestehenden psychosozialen Unterstützungssysteme sollen besser miteinander kooperieren und bestenfalls in interdisziplinären Teams miteinander arbeiten. Dafür braucht es eine neue übergeordnete Koordinierungsstelle für die bestehenden psychosozialen Unterstützungssysteme, insbesondere betrifft dies Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Jugendcoaching und Sozialpädagogik. Gleichzeitig muss dieser wichtige Bereich zur Unterstützung von PädagogInnen, SchülerInnen, Schulleitungen und Eltern ausgebaut werden. Wien setzt sich daher zum Ziel, bis ins Jahr 2020 100 Personen (Vollzeitäquivalente) in diesem Bereich einzustellen, wobei die Errichtung der dafür notwendigen administrativen Strukturen sowie ein wesentlicher Teil des personellen Ausbaus bereits 2016 erfolgt.
- Bundeseinheitlicher Qualitätsrahmenplan in der Elementarpädagogik: es bedarf eines einheitlichen Bundesrahmengesetzes für elementare Bildungseinrichtungen, um den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgenfrei zu ermöglichen, aber vor allem allen Kindern die gleichen qualitätsvollen Voraussetzungen zu bieten. Wien hat sich bereits im November 2009 im Gemeinderat für einen solchen Qualitätsrahmenplan ausgesprochen und wird diesen auch künftig bei bundesweiten LandesreferentInnen-Tagungen einfordern.

- Auf Bundesebene ist derzeit eine Schulreform geplant, die zum einen die Stärkung der Elementarpädagogik und der Schulautonomie zum Inhalt hat. Zum anderen soll die Zuständigkeit der Schulverwaltung konzentriert, die Schulbehörde professionell geführt und das Service für Kinder, Eltern und LehrerInnen verbessert werden. Damit können die Schulen neue pädagogische Lehrmethoden anwenden, vernetztes Lernen fördern und auf die Bedürfnisse der SchülerInnen verstärkt Rücksicht nehmen. Die Stadt Wien wird diese Reform des Bildungssystems unterstützen und die Umsetzung forcieren.
- Einrichtung einer Bildungsanwaltschaft: Rot-Grün installiert eine eigenständige und weisungsfreie Bildungsanwaltschaft. Diese ist Anlaufstelle im Bildungsbereich und wird mediatorisch tätig sein, um Konflikte zu vermeiden bzw. beizulegen. Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt in der Vorbereitung der Modellregion Wien für eine Gemeinsame Schule und dem Vorantreiben zeitgemäßer Pädagogik gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien. Kinder sind aktiver Teil der Demokratie: Demokratie in der Praxis zu erleben, ist die beste Art, ihren Wert zu erfahren. Demokratisch gesinnte Menschen sind immun gegen autoritäre Radikalisierungstendenzen. Wien setzt sich daher zum Ziel, so umfassend wie möglich Demokratie und Mitbestimmung zu fördern: durch eine Stärkung der SchülerInnenmitbestimmung, im Schulalltag, durch das Einbeziehen von Kindern in Entscheidungen im Alltag aller Bildungsinstitutionen, durch politische Bildung und soziale Projekte an den Schulen sowie eine Ausweitung der Kinder- und Jugendparlamente auf alle Bezirke.

Miteinander in der Stadt

Wien ist eine Großstadt, in der Menschen jeden Alters, unterschiedlicher Herkunft und mit verschiedenen Interessen zusammenleben. Genau diese Vielfalt und Weltoffenheit macht die Attraktivität unserer Stadt aus.

Daher vereinbaren wir:

- Schaffung von Bildungszentren: Die Volkshochschulen sind zentrale Orte für Weiterbildung und Ausbildung in der Stadt und leisten einen bedeutenden und innovativen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Wien setzt sich für eine Weiterentwicklung dieser umfassenden Bildungszentren ein.
- Städtische Büchereien sind ein wichtiger Bestandteil der außerschulischen Bildungslandschaft. Die Stadt bekennt sich zu deren großer Bedeutung und setzt sich für die Weiterentwicklung und Modernisierung ein.

- **Adaptierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit:** Die aufsuchende Jugendarbeit, wie beispielsweise die Parkbetreuung, sind wichtige Pfeiler dieser Bereiche und werden weiterhin Schwerpunkte in der Kinder- und Jugendarbeit sein. Aufgrund der sich dynamisch verändernden Zusammensetzung der Zielgruppe steht die offene Kinder- und Jugendarbeit in Wien vor der Herausforderung, die Angebotszeiten und -formen laufend zu adaptieren. Durch das größere Angebot und die verstärkte Inanspruchnahme von Nachmittagsbetreuung und den Ausbau der Ganztagschule verändern sich die Zeitstruktur und damit das Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen. Die bislang schon bestehenden Anknüpfungspunkte der schulischen Nachmittagsbetreuung mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden für eine Weiterentwicklung der Kooperationsformen insbesondere mit dem Schulwesen genützt.
- **Teilhabe und Mitbestimmung von Jugendlichen:** Die Stadt setzt sich für eine Politik mit allen und für alle Jugendlichen in Wien ein. Wir wissen auch um die wachsende Diskrepanz und das Auseinanderdriften der Anliegen unterschiedlicher Gruppen in unserer Stadt. Aus diesem Grund wird Wien einen stärkeren Schwerpunkt für Mitsprache und Teilhabe von Jugendlichen setzen. Dafür stehen auch die Förderinstrumentarien der Stadt zur Verfügung.
- **Mit einer neuen Bürgerdienst-App** können alle WienerInnen jederzeit von unterwegs, direkt und unmittelbar ein Anliegen, ein Gebrechen oder eine Störung melden, die dann so rasch wie möglich bearbeitet werden können. Zusammen mit dem intensiven Ausbau von WLAN-Hotspots und der Bürgerdienst-App wird die Wiener Stadtverwaltung zum modernsten Dienstleistungsbetrieb für alle BürgerInnen.
- **Das Service des Bürgerdienstes** wird ausgebaut und durch den Mobilen Bürgerdienst weiter intensiviert. In enger Zusammenarbeit mit den Bezirken wird der mobile Bürgerdienst Anlaufstelle vor Ort sein, wo kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für jede Art von Anfragen und Beschwerden zur Verfügung stehen.

Bildungsinnovation ermöglichen

- **Wien ist die Stadt der Bildungsinnovation:** Im Mittelpunkt von Bildung muss der lernende Mensch stehen. Bildungsorte müssen daher begeistern und den Ideenreichtum von Kindern entfalten. Wien ist voll mit Bildungsorten, an denen neue Wege beschritten werden: ob mit Theaterprojekten, Musik-

vermittlung, Medienarbeit, Naturwissenschaft, Kunst, Wald und Outdoorpädagogik, sozialem Engagement, interkulturellen Projekten oder durch unzählige andere fortschrittliche pädagogische Zugänge. Dieses Engagement soll vor den Vorhang geholt und stärker öffentlich gemacht, engagierte PädagogInnen bestärkt und unterstützt und gute Projekte miteinander vernetzt werden. Wien ermöglicht Bildungsinnovation und treibt sie aktiv voran.

- Mediennutzung und neue Technologien: Der Wiener Bildungsserver fördert Medienerziehung mit Hilfe des Internet in Schule und außerschulischer Jugendarbeit und leistete Pionierarbeit für ganz Österreich. Das Wiener Bildungsnetz ist in allen Pflichtschulen in Wien vertreten und mittlerweile ein wesentlicher Bestandteil des Schulalltags. Um auch künftig mit den innovativen Entwicklungen Schritt zu halten, wird der Wiener Bildungsserver evaluiert und weiterentwickelt.

Wissenschaft und Forschung: Innovation, Vernetzung, Kreativität

Wien ist eine Stadt des Wissens. Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation sind zentral für die Weiterentwicklung der Stadt. Die Erhaltung der hohen Lebensqualität, neue qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, die kulturelle Weiterentwicklung und soziale Herausforderungen sind nur zu gewährleisten bzw. zu lösen, wenn die Wissensstadt Wien ihr gesamtes innovatives und kreatives Potential nutzt. Unsere Stadt hat die besten Voraussetzungen, eine europäische Forschungsmetropole zu werden. Wien ist damit gut für kommende Herausforderungen gerüstet, denn die Wirtschaft der Zukunft wird eine wissensbasierte sein.

Wien ist mittlerweile die größte deutschsprachige Universitätsstadt, beheimatet 30 Prozent aller Forschungsstätten in Österreich und kann auf eine Forschungsquote von 3,6 Prozent des BRP verweisen. Zehntausende WissenschaftlerInnen arbeiten und forschen hier. Wien lädt diese Menschen ein, sich verstärkt auch den drängenden Herausforderungen, vor denen unsere Stadt heute steht, wissenschaftlich zu nähern. Diese Herausforderungen reichen von wirksamen Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit über Fragen des Städte- und Wohnbaus bis hin zur Gestaltung wirksamer Bildungsprozesse und der Entwicklung fruchtbringender Integrationsmodelle. Wissenschaft kann und soll zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen und sich in die gesellschaftliche Debatte dazu einbringen.

Auch wenn weite Teile in die Kompetenz des Bundes fallen, so verfügt die Stadt Wien dennoch auch selbst über eine ausgeprägte Förderlandschaft. Der Magistrat als Auftraggeberin und Förderstelle, Wiens Stiftungen und Fonds tragen zu einer erfolgreichen Wissenschafts- und Forschungslandschaft bei. Weil Wissenschaft und Forschung für Wien wichtig sind.

Wissenschaft in einer Hand: Bündelung der Wissenschaftsagenden

Wiens Wissenschafts- und Forschungscommunity soll es in Zukunft noch einfacher haben, die passenden AnsprechpartnerInnen in der Stadt für ihre konkreten Anliegen zu finden. Denn Wien bietet auch in den Bereichen Wissenschaft und Forschung ein breites Portfolio an Unterstützungsmöglichkeiten, das nicht immer in seiner Gesamtheit wahrgenommen wird.

Daher vereinbaren wir:

- Es werden die Wissenschaftsagenden einschließlich der Förderung der Grundlagenforschung in Zukunft stärker als bisher gebündelt. Das schafft Transparenz und ermöglicht effektive und effiziente strategische Planung und Umsetzung. Ziel der Bündelung ist ein „Wissenschafts-Cluster“ innerhalb der Stadt Wien von relevanter Größe, der in einer dafür geeigneten Struktur eingerichtet wird. Diese Stelle dient als kompetente Ansprechpartnerin für die Wiener Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen, Privatuniversitäten), die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und für Forschungsförderer wie den privat-gemeinnützigen Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF). Ihr obliegt auch die Koordination der städtischen Aktivitäten im Bereich Wissenschaftsvermittlung. Außerdem werden hier Analysen zu wissenschaftsbezogenen Fragen wie etwa die Entwicklung universitärer Ausgründungen und wissenschaftsnaher Start-Ups, der Einfluss von Studierenden auf städtische Entwicklungsprozesse oder die Bleibeabsichten ausländischer AbsolventInnen erstellt oder in Auftrag gegeben, die z. B. in Form von Studien Grundlage für strategische Entscheidungen der Stadt sein können. Weiters werden darüber thematische Jahresschwerpunkte in der Wissenschafts- und Forschungspolitik der Stadt Wien koordiniert, die stadtübergreifend die Aufmerksamkeit erhöhen und den Output in den für die Wien relevanten Themenfeldern vergrößern sollen.
- Die Arbeit des Beauftragten der Stadt Wien für Universitäten und Forschung hat in der vergangenen Legislaturperiode den Bedarf für eine Stelle gezeigt, die Ansprechpartnerin für Institutionen und AkteurInnen in der Wissen-

schaft und Grundlagenforschung ist. Daher werden diese Aufgaben inklusive der dafür nötigen Ressourcen in die neue Struktur übergeführt.

Transparente und nachvollziehbare Wissenschafts- und Forschungsförderung

- Was bei wissenschaftlichen Arbeiten national und international üblich ist, soll auch für die Stadt als Wissenschaftsförderer gelten: Wien wird seine für den Wissenschafts- und Grundlagenforschungsbereich bestehenden Förderinstrumente evaluieren, insbesondere den Forschungsförderungsfonds der Stadt Wien. Besonders effiziente und effektive Instrumente sollen ausgebaut werden. Wo nötig, wird eine Neugestaltung durchgeführt.
- Für Subventionen und in der Förderung von Projekten im Wissenschaftsbereich wie beispielsweise Publikationen, Konferenzen oder Podiumsdiskussionen, Stipendien etc. wird ein Modell erarbeitet. Dieses soll die flexible Vergabe auf Basis transparenter Richtlinien und eines nachvollziehbaren Kriterienkataloges und bei Bedarf dem Heranziehen externer Expertise nachvollziehbar machen. Die Entscheidung über die Subventionsvergabe selbst obliegt aber auch weiterhin dem Gemeinderat und damit der Politik.
- Die Stadt bemüht sich hinsichtlich der monetären Unterstützung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, dem verständlichen Wunsch nach mehr Planungssicherheit – etwa durch mehrjährige Subventionen – zu entsprechen. Eine Maßnahme dazu ist die rechtzeitige Festlegung breiter thematischer Jahresschwerpunkte in der Wiener Wissenschafts- und Forschungspolitik.
- Forschung und Lehre an den Hochschulen liegen zwar im Aufgabenbereich des Bundes, sollen aber von der Stadt weiter punktuell unterstützt werden, um die dortigen Rahmenbedingungen zu verbessern. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Förderung des Nachwuchses wie z.B. durch das über den WWTF abgewickelte „Vienna Research Groups“-Programm gelegt werden. Fortgesetzt werden soll auch das Universitätsinfrastrukturprogramm UIP, das den Universitäten die jährlich an die Stadt Wien zu entrichtende Grundsteuer refundiert.
- Auch die Wiener Fachhochschulen werden weiter durch die Fachhochschulförderung der Stadt Wien unterstützt. Ein künftiger Schwerpunkt soll dabei auf Forschung und Entwicklung liegen, wobei erstmals auch die Entwicklung von Anträgen im Rahmen von Horizon 2020 förderbar sein soll.

- Darüber hinaus unterstützt die Stadt Wien in Erwartung einer Neudefinition des Gemeinnützigkeitsbegriffs durch das Gemeinnützigkeitspaket des Bundes den Wiener Wissenschafts- und Technologieförderfonds (WWTF) über sogenannte Matching Funds beim Einwerben von Drittmitteln.
- Ein Jahresbericht zu Wissenschaft und Forschung in Wien macht die Forschungsförderung für InteressentInnen nachvollziehbar und transparent. Er nennt die Forschungsinhalte, Förderziele, Erfolge sowie die Höhe der eingesetzten Fördermittel und macht so auch den Nutzen für Wien sichtbar.

Noch mehr Sichtbarkeit für Wissenschaft und Forschung in Wien

Wissenschaft und Forschung müssen noch stärker sichtbar gemacht werden, wenn wir eine wissensbasierte Stadt der Zukunft sein wollen. Wien soll nicht nur für ein reiches kulturelles Erbe stehen, sondern auch für eine Stadt des Wissens, eine Stadt der Wissenschaft, der Forschung und der Innovation. Grundlage dafür ist insbesondere die FTI-Strategie „Innovatives Wien 2020“, die am 23. September 2015 im Wiener Gemeinderat beschlossen wurde. Mit dieser wird die Bedeutung der exzellent arbeitenden Menschen an den Hochschulen und an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die große Vielfalt an wissenschaftlichen Disziplinen in Wien bekräftigt.

Daher vereinbaren wir:

- „Innovatives Wien 2020“ wurde für den Zeitraum von 2016 bis 2020 erarbeitet. Die in dieser Zeit konkret umgesetzten Maßnahmen zur Erreichung der strategischen Ziele „Wien als Stadt der Chancen“, „Wien als Ort der Begegnung“ und „Innovative Stadtverwaltung“ werden im Rahmen einer jährlich stattfindenden „Innovationskonferenz“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Bei diesen Konferenzen werden auch in diesem Zusammenhang relevante Themen wie zum Beispiel Wissenschaftskommunikation als eine Ausprägung von „Wien als Ort der Begegnung“ zentral behandelt.
- Innovation findet auch in der Stadtverwaltung statt. Diese Innovationsleistungen sollen in Zukunft noch stärker sichtbar gemacht werden. Zum Beispiel soll das Wiener Forschungsfest, das Innovationsleistungen von Wiener Unternehmen und Forschungseinrichtungen erlebbar macht, auch für Innovationen des Magistrats z.B. durch einen eigenen Call eine Plattform bieten.
- Zur stärkeren Sichtbarmachung der in Wissenschaft und Forschung tätigen Menschen soll ein jährlich stattfindender Empfang im Rathaus die in Wien lebenden und arbeitenden Forscherinnen und Forscher willkommen heißen

und ihre Leistungen würdigen. Außerdem wird die Vergabe der verschiedenen Preise, die Wien als Auszeichnung für wissenschaftliche Leistungen vergibt, neu gestaltet. Diese sollen in ihrer neuen Form noch mehr dazu beitragen, herausragende Leistungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich besonders hervorzuheben.

- Auch die Festlegung breiter thematischer Jahresschwerpunkte in der gesamten Wiener Wissenschafts- und Forschungsförderlandschaft wird noch mehr Aufmerksamkeit bringen.
- Aber auch die WienerInnen selbst sollen sich mit der „Wissensstadt Wien“ identifizieren können und sie zunehmend als wichtigen Teil ihres Wohnortes wahrnehmen. Dazu soll ein Bild entwickelt und kommuniziert werden, das Wien für ForscherInnen im In- und Ausland noch stärker als attraktiven Wissenschafts- und Forschungsstandort positioniert. Der Wiener Wissenschaftsball kann dazu als eine Kommunikationsplattform dienen.
- Die Wiener Hochschulen als die zentralen Player in der Wissenschaft sollen im öffentlichen Raum noch präsenter werden. Daher werden die Wiener Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten im öffentlichen Verkehrsnetz wie beispielsweise in U-Bahn-Stationen durch Schaukästen, Hinweisschilder oder Umgebungspläne noch prominenter sichtbar gemacht.
- Eine mehrsprachige Service-Plattform der Universitätsstadt Wien und gegebenenfalls auch ein zentral gelegener Info-Point bieten StudentInnen aus dem In- und Ausland gezielte Informationen über den Universitätsstandort Wien und helfen bei praktischen Fragen zum Studium sowie zum Leben in Wien.
- Wissenschaftsvermittlung und Wissenschaftskommunikation findet in Wien bereits in vielen unterschiedlichen Formaten und auf vielen Ebenen statt. Dennoch gibt es Zielgruppen, die bisher kaum in Kontakt mit Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation gekommen sind. Bestehende Forschungseinrichtungen und Vermittlungsprogramme wie z.B. die Wiener Vorlesungen sollen mit ihren Inhalten daher verstärkt in dezentralen und publikumsträchtigen Ballungszentren in den Bezirken auftreten und Formate weiterentwickelt werden, um neue Zielgruppen anzusprechen.
- Wissensvermittlung in den Bezirken soll strategisch gemeinsam mit Initiativen in den Bezirken erfolgen. Dezentrale Initiativen können verstärkt gefördert werden, wobei dies finanziell und durch eine gezielte Vernetzung mit Dritten geschieht.

Schwerpunkte der Wiener Wissenschafts- und Forschungspolitik

Wien ist offen für Neues, Innovatives und Unbekanntes und erkennt die Notwendigkeiten, gerade die Schnittstellen von Forschungsschwerpunkten zu screenen und Zukunftschancen zu ergreifen. Ambitioniertes Ziel der Wiener Forschungsförderung muss sein, Wien als führenden Wissenschaftsstandort in Europa zu etablieren. Die Stärkefelder und Schwerpunkte der bisherigen Forschungsförderung müssen dafür weiter ausgebaut werden, um auch international sichtbar zu sein.

Daher vereinbaren wir:

- Zu diesen Stärkefeldern zählen ganz klar die Life Sciences. Wissenschaftliche Cluster in diesem Bereich sollen durch ein starkes Branding Orientierung und Zugehörigkeit für Beschäftigte, BesucherInnen und Studierende schaffen. Dazu zählen etwa der „Campus Vienna Biocenter“ oder der „Medical Hill“, der mit AKH, MedUniWien, St. Anna Kinderspital und CeMM eine einzigartige Ballung von patientenorientierter, biomedizinischer Forschungskompetenz und Know-how im Gesundheitsmanagement darstellt.
- Ein weiterer FTI-Schwerpunkt in Wien sind die digitalen Technologien, weshalb die Stadt den Aufbau des „ICT Center Vienna“ im Stärkefeld Informations- und Kommunikationstechnologien begrüßt.
- Von genau so hoher wissenschaftlicher Bedeutung sind Mathematik und Physik – daher ist die Errichtung eines gemeinsamen Zentrums für optische Technologien, das die Aktivitäten in der Quantenforschung bündelt, für Wien wichtig.
- Mobilität ist für Städte einer der wesentlichen Faktoren, um die Klimaziele zu erreichen. Wien hat große Erfahrung im Bereich der automotiven Forschung sowohl bei Antriebstechnologien wie auch Schienenverkehrsmittel. Dieser Schwerpunkt der Wiener Forschung soll auch künftig zur Erreichung der städtischen Klimaziele weiter verfolgt werden.
- Im Energiebereich sollen Forschungs- und Innovationsprojekte forciert werden, die die Erreichung der „Smart City Wien“-Ziele unterstützen. Dazu werden Forschungsprojekte mit Universitäten weitergeführt und Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit - auch mit Start-Ups - evaluiert. Insbesondere im Bereich innovativer Wärme- und Kältesysteme werden teils aufbauend auf den Erfahrungen der Aspern Smart City Research Gesellschaft Forschungsaktivitäten vorangetrieben.

- Zur Lösung der „Grand Challenges“ braucht es ganz besonders auch die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften einschließlich der künstlerischen Fächer, die einen wesentlichen Beitrag zu reflektierten, nachhaltigen und sozial robusten Innovationsprozessen leisten können und traditionell ein wichtiges Asset der Wiener Forschungslandschaft darstellen.
- Wien bekennt sich insbesondere aus der Geschichte heraus zur moralischen Verantwortung auch für demokratie- und gesellschaftspolitisch bedeutende Wissenschaft. In Anerkennung der Arbeit des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW) für die Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte und auch aktueller Entwicklungen im Bereich Nationalsozialismus und Faschismus wird der Fortbestand dieser für Wien so wichtigen Institution sichergestellt. Denn das DÖW ist noch mehr als ein Ort der wissenschaftlichen Auseinandersetzung – es ist ein lebendiger Ort der Erinnerung.
- Über Österreich hinaus strahlt auch das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), das als Leuchtturminstitution des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Wien weltweit wahrgenommen wird. Die Stadt Wien anerkennt die hier stattfindende wissenschaftliche Arbeit in der Erforschung sozialer Ungleichheit, der Ausprägungen und Auswirkungen des Kapitalismus oder der Dilemmata demokratischer Herrschaft.
- Um eine ebensolche internationale Einbettung auch in anderen Themenfeldern zu erreichen, unterstützt die Stadt Bemühungen zur Bildung eines Konsortiums mit Wiener Beteiligung für die Bewerbung um eine „Knowledge and Innovation Community“ (KIC) des European Institute of Technology (EIT).

Rahmenbedingungen für beste Wissenschaft und Forschung in Wien

- Gender Mainstreaming und Frauenförderung sind der Stadt ein wichtiges Anliegen, das auch durch Anreize im Vergaberecht und bei Förderungen umgesetzt wird.
- Moderne Forschungsinfrastrukturen sind eine Notwendigkeit, die von der Stadt unterstützt werden. Diese werden verstärkt in Form von gemeinschaftlich genutzten Infrastrukturen wie Labors oder Testräumen forciert, um die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Einheiten zu fördern und eine hohe Auslastung zu erreichen.
- Innovation muss in allen Bildungseinrichtungen vorangetrieben werden – vom Kindergarten bis zu den Universitäten. Das Spektrum reicht dabei von neuen pädagogischen Modellen bis zu baulichen Maßnahmen, die Neugierde und Forschergeist unterstützen und damit Basis für die Zukunft sind.
- Die Willkommenskultur für Menschen mit internationalem Background muss erweitert werden, um Wien als Standort für ForscherInnen noch attraktiver zu machen. Die zum Teil sehr hohen Qualifikationen von bereits länger Zugewanderten, aber auch von neu zu uns kommenden Menschen, müssen genutzt werden. Die Anerkennung von akademischen Graden (Nostrifizierung) muss erleichtert werden.
- Um für internationale Studierende attraktiv zu bleiben, ist auch die Investition in Wohnraum ein wichtiger Schritt. Die demografische Entwicklung, der Wohnungsmarkt und die Attraktivität Wiens als Studienort deuten darauf hin, dass mittelfristig der Bedarf an Wohnraum steigen wird. Mit innovativen Modellen wie z. B. mobilen Studierendenwohnheimen und Baukonzepten, die auch eine Nachnutzung etwa für ältere Generationen zulassen, tätigt Wien weitsichtige Investitionen und kommt den aktuellen Bedürfnissen von Studierenden entgegen.

Innovationskultur in der Stadt stärken

Mit der neuen Wiener FTI-Strategie „Innovatives Wien 2020“ hat sich Wien vorgenommen, nicht nur optimale Voraussetzungen zur Entfaltung des Innovationspotenzials in der Metropolregion sowie ein innovatives Milieu zu schaffen, sondern bekennt sich als innovative Stadtverwaltung auch zur Rolle der Stadt als Gestalterin, Nachfragerin und Nutzerin von Innovationen.

Die innovationsfördernde öffentliche Beschaffung ist ein wichtiger Hebel, um innovative Wiener Unternehmen zu unterstützen und Innovation in der Stadt voranzutreiben. Dafür müssen tatsächliche und vermeintliche Hemmnisse geklärt, sowie Sensibilisierung und verstärkte Informationsmaßnahmen innerhalb des Magistrats geleistet werden. So soll die Innovationskultur innerhalb der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren gestärkt werden.

- Neben den Ideen der MitarbeiterInnen im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens soll dabei mit Hilfe von „Open Innovation“ auch das Wissenspotenzial der Bevölkerung stärker genutzt werden.

Mehr Mittel für Wissenschaft

- Die Stadt Wien wird vom WWTF eingeworbene Drittmittel verdoppeln (Resolutionsantrag des Wiener Gemeinderates vom 25. 11. 2014).
- Die Regierungspartner kommen überein, die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften wieder gezielt zu fördern. Die Förderung richtet sich dabei insbesondere an NachwuchsforscherInnen.

5. WIEN HILFT

Sozialer Zusammenhalt

Die Stadt gehört uns allen.

Die Frage, wie eine Großstadt wie Wien mit jenen Menschen umgeht, die Hilfe und Unterstützung brauchen, ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einer Stadt zentral. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und der damit verbundenen Gefahr, arbeitslos zu werden, braucht es ein dichtes soziales Netz, auf das sich die Wienerinnen und Wiener verlassen können.

Wir wissen um die wachsende Diskrepanz und das Auseinanderdriften der Anliegen unterschiedlicher Anspruchsgruppen in unserer Gesellschaft. Wir lassen niemanden zurück. Daher müssen wir in Zukunft besser und effektiver jenen Menschen Lösungen anbieten, die Hilfe benötigen.

Rot-Grün nimmt diese Verantwortung wahr und steht gerade in Krisenzeiten an der Seite der Wienerinnen und Wiener. Wir achten auch auf jene Gruppen, die stigmatisiert oder marginalisiert werden, etwa obdach- und wohnungslose Menschen, sucht- und drogenerkrankte Menschen oder Menschen mit Mehrfachproblematiken. Wir verleugnen nicht die Probleme, die auch eine wohlhabende Stadt wie Wien hat, sondern packen sie an.

In eine Notlage kann jede und jeder einmal geraten – dafür braucht sich niemand zu schämen. Hier ist es Aufgabe der Stadt, Hilfe und Unterstützung anzubieten. Die Leistungen sind aber keine Almosen, sondern Ansprüche mündiger Menschen.

Unser sozialpolitisches Handeln basiert auf Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten und Würde geboren.“ Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen setzen wir uns auf Basis der Menschen- und Grundrechte für den gesellschaftlichen, solidarischen Zusammenhalt ein.

Wiener Mindestsicherung: Armut bekämpfen – Zukunft sichern

Die derzeit europaweit angespannte wirtschaftliche Lage, von der auch Österreich betroffen ist, hat Auswirkungen auf die soziale Lage der Wienerinnen und Wiener. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt steigt, prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu.

Immer mehr Menschen haben kein Auskommen mit ihrem Einkommen und sind auf Unterstützung durch soziale Leistungen angewiesen. So liegt der Anteil jener Menschen, die ausschließlich von der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) leben, bei unter 10 Prozent. Über 90 Prozent der BMS-BezieherInnen haben in irgendeiner Form ein Einkommen, das alleine nicht zum Leben ausreicht.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt Wien bekennt sich zur bedarfsorientierten Mindestsicherung als ein sozialpolitischer Meilenstein. Die BMS läuft jedoch Gefahr, ihre ursprüngliche „Trampolinfunktion“ zu verlieren. Diese muss wieder hergestellt und eine Verfestigung in Armut verhindert werden.
- Für uns gibt es keine Alternative zur Investition in Bildung und Unterstützung, um MindestsicherungsbezieherInnen erfolgreich und nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren und zu verhindern, dass Menschen über längere Zeit auf die Mindestsicherung angewiesen sind.
- Für eine optimale Betreuung und Unterstützung arbeitssuchender Jugendlicher und junger Erwachsener wird eine noch engere Verschränkung von WAFF, dem AMS Wien, der Wirtschaft, den SozialpartnerInnen und der Stadt Wien angestrebt.

Wiener Jugendunterstützung – Back to the Future

Die Anzahl junger Menschen, die auf Leistungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) angewiesen sind, hat im Gefolge der Krise in den letzten Jahren zugenommen. Auch eine bloß kurzfristige Beschäftigung ohne beruflich verwertbare Ausbildung verbessert die Perspektiven der Jugendlichen langfristig nicht, was zu einer Verfestigung in der BMS führt.

Daher vereinbaren wir:

- Wir wollen die Ausbildungs- und Erwerbsorientierung der BMS noch stärker in den Mittelpunkt rücken, um eine Verfestigung des BMS-Bezuges so früh wie möglich zu vermeiden. Ziel ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch Bildung, Stärkung der Eigenverantwortung und die Schaffung von Angeboten sinnvoller, bezahlter Beschäftigung. Wien wird daher für junge BMS-BezieherInnen ab Erreichen der Volljährigkeit bis zum vollendeten 24. Lebensjahr zusätzlich schrittweise Bildungs- und Beschäftigungsangebote schaffen. Für diese Systemänderung wird zu Beginn des Jahres 2016 eine Machbarkeitsstudie erstellt, ein Projektdesign entwickelt sowie eine wissenschaftliche Begleitung beauftragt.
 - Vor einer geförderten Beschäftigung ist das primäre Ziel die Ausbildung und Lehre zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Im Rahmen einer Erhebungsphase werden individuelle Bedürfnisse, Fähigkeiten sowie bisherige Berufserfahrungen und Erwerbshemmnisse abgeklärt.
 - Nach einer Orientierungsphase wird mit jedem/r arbeitslosen jungen MindestsicherungsbezieherIn ein Bildungs- und Beschäftigungsziel vereinbart. Solange kein ausreichendes Bildungs- und Beschäftigungsangebot für diese Zielgruppe vorhanden ist, orientiert sich das Programm an jenen Personen, die daran freiwillig teilnehmen. Konkrete Maßnahmen sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung werden in einer Betreuungsvereinbarung festgehalten.
 - Besteht durch Weiterbildung, Qualifizierung oder Arbeitsvermittlung keine realistische Chance auf Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, wird die Teilnahme an einem Beschäftigungsprogramm vorgeschlagen. Die Tätigkeiten sollen für die BezieherInnen einen Mehrwert darstellen (Erfahrung sammeln, Stärkung des Selbstwertgefühls, Schaffung von Perspektiven).
 - Durch Anreizsysteme (frei verfügbares Taschengeld bei Besuch der Orientierungsphase/Freibeträge) sowie durch ein Gegenleistungsprinzip in Form der Auszahlung der Leistung im Nachhinein und nur bei aktiver Mitwirkung im Rahmen der abgeschlossenen Betreuungsvereinbarung, soll die Eigenverantwortung gestärkt werden. Wird das Ziel der Orientierungs- und Ausbildungsphase nicht regelmäßig und zielstrebig verfolgt, scheiden die Menschen aus dem Programm „Wiener Jugendunterstützung – Back to the Future“ aus und unterliegen den Regelungen der BMS, darunter auch den dadurch verschärften Sanktionsbestimmungen.

- Zur Vermeidung von Abbrüchen wird das Angebot durch Sozialarbeit und damit durch einen raschen Informationsaustausch mit den Jugendlichen unterstützt.

Wiener Energieunterstützung – Energiearmut bekämpfen

Die Stadt Wien hilft mit der Wiener Energieunterstützung gezielt, Energiearmut zu bekämpfen und setzt weiterhin auf ein niederschwelliges Angebot mit aufsuchenden Elementen und sozialarbeiterischer Unterstützung für betroffene Personen. Das „Team Wiener Energieunterstützung“ der Magistratsabteilung 40 fungiert als Drehscheibe in Kooperation mit der Umweltberatung Wien und in enger Zusammenarbeit mit NGOs, Ombudsstellen und EnergieberaterInnen, um rasch und unbürokratisch zu helfen. Ansuchen können dezentral in den Sozialzentren der Stadt Wien gestellt werden.

Bessere Hilfestellung für Selbstständige

Durch den Zugang zur bedarfsorientierten Mindestsicherung werden Personen in finanziellen Notlagen nach einer genauen Überprüfung des Einzelfalls unterstützt. Auch in der wachsenden Gruppe der „prekär Selbstständigen“ können individuelle Notlagen auftreten, wobei diese von der Kompensation des unternehmerischen Risikos abzugrenzen sind.

Daher vereinbaren wir:

- Wien bekennt sich im Sinne der raschen Hilfestellung zur Prüfung einer bestmöglichen Vorgehensweise beim Zugang zur Wiener Mindestsicherung für „prekär Selbstständige“.

Fördertopf für innovative und experimentelle Sozialprojekte

Im Bereich des FSW wird ein Fördertopf für innovative und experimentelle Sozialprojekte geschaffen. Der FSW wird nach noch festzulegenden Richtlinien und Kriterien für die Auslobung solcher Projekte einen Call durchführen. Externe ExpertInnen können in Form eines Beirates beigezogen werden. Die Entscheidung über die Beauftragung obliegt dem FSW. Damit unterstützt die Stadt Wien auch zivilgesellschaftliches Engagement.

Hilfe in besonderen Lebenslagen

Menschen, die sich in einer Notlage befinden, erhalten im Einzelfall und nach individueller Prüfung „Hilfe in besonderen Lebenslagen“. Es wird eine Stelle in einer bestehenden Struktur zur Überprüfung der korrekten Abwicklung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten eingerichtet.

Kind sein – aufwachsen in Wien

Die Stadt wächst, mehr Kinder leben in Wien. Unabhängig davon, wie unterschiedlich die Lebensumstände der Kinder sind, bekennt sich Wien, dass alle Kinder in unserer Stadt die besten Chancen bekommen sollen. Dazu braucht es Rahmenbedingungen, die besonders jenen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Halt und Schutz geben, die aufgrund ihrer familiären und/oder persönlichen Lebensumstände benachteiligt sind.

Aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen wächst auch der Anteil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die in Wien ein neues Zuhause gefunden haben. Der Bedarf an gut ausgebildetem Fachpersonal wird vor diesem Hintergrund steigen.

Daher vereinbaren wir:

- Daher ist es erforderlich, die Zusammenarbeit und Organisation der bereits bestehenden Einrichtungen neu zu ordnen und die vorhandenen Ressourcen zielgerichtet zu bündeln.
- Dazu zählt die Sicherstellung des Schulbesuchs für alle Kinder, die Schaffung neuer Anstellungsmodelle für Krisenpflegeeltern und die (Weiter-)Entwicklung neuer ganzheitlicher Betreuungsmodelle für Kinder- und Jugendliche sowie junger Erwachsener, die entweder nicht im familiären Umfeld leben können oder aufgrund ihres gesundheitlichen Zustandes besonderer Betreuung und Unterstützung bedürfen.
- Die Pflegeelternarbeit wird durch die Entwicklung eines neuen Anstellungsmodells für Krisenpflegeeltern gestärkt. Fremduntergebrachte Kinder und Jugendliche sollen verstärkt bei Pflegeeltern untergebracht werden.
- Die Weiterentwicklung der MAG ELF soll bis 2017 unter Beteiligung der MitarbeiterInnen fortgesetzt werden, damit Kinder und deren Bezugspersonen bestmögliche Unterstützung bekommen. Bis Anfang 2017 soll das Konzept fertig gestellt werden. Die Umsetzung beginnt im 1. Halbjahr 2017. Mit modernen Familienzentren wird es kompetente Anlaufstellen für alle

Fragen rund um das Thema Familie geben.

- Verstärkte präventive Angebote für Bezugspersonen von Minderjährigen stärken deren Erziehungskompetenz und helfen Kindern und Jugendlichen, in einem entwicklungsfördernden Umfeld aufzuwachsen. Dazu braucht es auch die Kooperation aller Beteiligten, um Übergangsmodelle zu entwickeln. Damit soll es gelingen, den Anteil der fremduntergebrachten Kinder und Jugendlichen in Wien auf unter 1 Prozent zu senken.
- Kinder und Jugendliche mit Behinderung benötigen individuelle Förderungen für deren Entwicklung. Die bestehenden Strukturen werden weiterentwickelt, im Mittelpunkt steht das Wohl des Kindes und des Jugendlichen.
- Rot-Grün setzt sich für eine würdige nationale Gedenkzeremonie für Opfer von Gewalt in Einrichtungen der Jugendwohlfahrt ein, unter Einbeziehung Betroffener auf Landes- und Bundesebene. Sollte dies jedoch bis Ende 2017 auf Bundesebene nicht realisierbar sein, sorgt die Wiener Landesregierung für einen entsprechenden Schritt auf Wiener Ebene.
- Rot-Grün unterstützt Bestrebungen zur Schaffung einer umfassenden Bundeskompetenz für den Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe. Dazu wird die Wiener Stadt- und Landesregierung einen Vorschlag für eine bundesgesetzliche Regelung auf den Weg bringen. Dies soll auch die modulare, österreichweit einheitliche Ausbildung quer durch sämtliche Gesundheits- und Sozialberufe mit horizontaler und vertikaler Durchlässigkeit ermöglichen und Karriereplanungen erleichtern. Sollte bis Ende 2016 keine bundesgesetzliche Regelung auf den Weg gebracht werden, erfolgt eine landesgesetzliche Regelung (auf Basis des erarbeiteten Entwurfes „Gesetz über die Berufe und Ausbildungen der sozialen Arbeit“).
- Ein besonderes Augenmerk wird auf den Schutz und die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gelegt. Um größtmögliche Qualität zu erreichen, wird ausschließlich mit den Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik gearbeitet. Die Verfolgung von Menschenhandel obliegt ausschließlich den Strafverfolgungsbehörden.
- Seit Februar 2015 erhalten alle Wiener SchülerInnen an rund 340 halbtägig geführten und offenen Pflichtschulen über das „Gratis-Bio-Schulfruchtprogramm“ einmal pro Woche Obst und Gemüse von bio-zertifizierten LieferantInnen. Das bestehende Programm soll evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit – Politik gegen Ausgrenzung

Trotz dem sehr hohen Anteil an Gemeindewohnungen und gefördertem Wohnraum ist die Stadt Wien mit prekären Wohnungssituationen, Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit konfrontiert. Jene Menschen, die davon betroffen sind, brauchen besondere Unterstützung und Hilfsangebote.

Daher vereinbaren wir:

- Strategien zur Prävention und Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit mit KooperationspartnerInnen werden weiter entwickelt und Schwerpunkte gesetzt. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Weiterentwicklung von „Housing First“ und des Angebots für junge Obdachlose, Menschen mit Mehrfachproblematiken und Frauen, die oft von verdeckter Wohnungslosigkeit betroffen sind.

„Recht auf Recht“ – Sozialstadt Wien

Wien hat ein großes soziales Netzwerk. Vielen Menschen fällt es jedoch schwer, sich darin zurechtzufinden. Regelungen und Strukturen sind oft undurch- und unüberschaubar. Dazu kommt, dass sich viele Menschen zurückziehen, wenn der existenzielle Druck steigt – aus Angst, aus Scham, aus Unsicherheit. Das führt dazu, dass sie oft nur unzureichend darüber informiert sind, welche sozialen Ansprüche und Leistungen es gibt.

Daher vereinbaren wir:

- Rot-Grün stellt sich dieser Herausforderung und bietet zukünftig mit „Recht auf Recht“ verstärkt Information, Beratung und auch Begleitung für jene Menschen, die Hilfe und Unterstützung im Sozialsystem benötigen. „Recht auf Recht“ besteht aus ExpertInnen, die themenübergreifend, niederschwellig und mehrsprachig arbeiten und den Information und Beratung suchenden Menschen verpflichtet sind. Sie werden im FSW angesiedelt und bieten dezentrale Ansprechmöglichkeiten in den Bezirken. Ziel ist es, Menschen, die sich im Dickicht der Institutionen und Regelungen nicht zurechtfinden, einen Weg zu ihrem Recht zu zeigen und sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Landesaktionsplan Chancengleichheit

Menschen mit Behinderung(en) haben ein Recht darauf, am gesamten gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die zügige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention garantiert ein selbstbestimmtes, inklusives Leben für alle. Frühförderung, inklusive Bildung in Kindergarten und Schule, alternative Wohnformen, persönliche Assistenz, persönliches Budget und umfassende Barrierefreiheit – nicht nur im öffentlichen Raum – sind zentrale Elemente moderner Behindertenpolitik. Die bereits bestehende Monitoringstelle überwacht die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention. Selbstbestimmung, Inklusion, Chancengleichheit und Barrierefreiheit bilden die Grundlagen, um gemeinsam mit Initiativen, NGOs und Betroffenen weitere Schritte zu planen.

Daher vereinbaren wir:

- In einem Landesaktionsplan Chancengleichheit wird festgeschrieben, wann welche Umsetzungsschritte gesetzt werden und wie deren Finanzierung erfolgt. Aufgrund der geschäftsgruppenübergreifenden Thematik ist diese Zuständigkeit in der Magistratsdirektion angesiedelt. Dadurch ist sichergestellt, dass der Landesaktionsplan als gemeinsam getragenes Projekt sowohl des Landes, der Gemeinde, der Bezirke als auch von allen anderen städtischen Bereichen umgesetzt wird. Die Basis der Umsetzung ist die UN-Behindertenkonvention und die bereits erarbeiteten Ergebnisse der Arbeitsgruppen.
- Die Stadt Wien wird ihr Angebot zur barrierefreien Kommunikation (etwa „Leichter Lesen“) ausbauen, damit die Menschen leichter und schneller Zugang zu Informationen erhalten.

Grätzlzentren – Begegnungsorte für alle

Wien wird älter und jünger zugleich, der Anteil jener Wienerinnen und Wiener, die im Ausland geboren sind, steigt. Gleichzeitig nimmt die Komplexität der Gesellschaft zu, die Diskrepanz zwischen den Anliegen der unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen wächst. Der gesellschaftliche Zusammenhalt einer Stadt hängt wesentlich davon ab, wie mit jenen Menschen umgegangen wird, die Probleme haben, sich in diesem System alleine gut zurecht zu finden.

Engagement, Begegnung und Dialog fördern das gesellschaftliche Miteinander und sichern den sozialen Frieden. Dezentrale und niederschwellige Begegnungszonen bauen Anonymität ab, fördern nachbarschaftliches Zusammenleben und ermöglichen Solidarität.

Daher vereinbaren wir:

- Das Projekt „Grätzelzentren – Begegnungsorte für alle“ ist geschäftsgruppenübergreifend zu sehen und erfolgt unter dem Titel „Gemeinwesenarbeit“. Dafür werden bestehende Angebote überprüft, adaptiert und daraus ein neues, gemeinsames Projekt entwickelt.

Solidarische Gesundheitsversorgung

Wien steht für eine starke solidarische Gesundheitsversorgung. Das AKH und die weiteren Gemeindespitäler bilden die wesentlichen Eckpfeiler dafür. Im Zentrum steht der Anspruch, für alle Menschen unabhängig von Einkommen, Alter, Herkunft oder Geschlecht die bestmögliche medizinische Versorgung und Betreuung sicherzustellen. Die Stadt wird aber diesbezüglich in den kommenden Jahren immer größer werdenden Herausforderungen standhalten müssen, so zum Beispiel dem europaweiten schleichenden Privatisierungsdruck auf die öffentlichen Gesundheitssysteme. Es gilt, die nachhaltige Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems als auch Qualität und Umfang der angebotenen Leistungen für die PatientInnen sowie die Situation der Beschäftigten abzusichern.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, vereinbaren wir:

- Die Wiener Stadt- und Landesregierung stellt bereits seit 2011 mit der Umsetzung des Wiener Spitalskonzeptes 2030 die maßgeblichen Weichen für die bauliche, organisatorische und strukturelle Zukunft der Gemeindespitäler. In der kommenden Legislaturperiode wird das Reformprojekt weiter vorangetrieben, in dessen Rahmen das AKH und sechs weitere Gemeindespitäler gemeinsam und auf einander abgestimmt die medizinische Versorgung der WienerInnen sicherstellen.
- Es bedarf weiterer struktureller und organisatorischer Veränderungen im Wiener Spitalswesen, um diesen Herausforderungen begegnen zu können. So muss sich der Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) hinsichtlich seiner Kosten und Effizienz verbessern. Mit einer Palette an aufeinander abgestimmten Maßnahmen wird die Stadt- und Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode sicherstellen, dass Leistungsspektrum und Qualität auch in Zukunft der Erwartungshaltung der breiten Mehrheit der Wiener Bevölkerung entsprechen.
- Dazu gehört der Medizinische Masterplan 2030 mit seinen interdisziplinären berufs- und fachübergreifenden Schwerpunktsetzungen sowie die ent-

sprechende Transformationsplanung. Auch der Psychiatrische und Psychosomatische Versorgungsplan 2030 (PPV) wird in den kommenden Jahren erstellt und damit der „Masterplan Psychiatrie“ für den KAV realisiert.

- Einen wichtigen Stellenwert nehmen der Abschluss und die Umsetzung der klinischen und nicht-klinischen Masterbetriebsorganisation des KAV ein, die moderne Prozesse zum Ziel haben. Damit sich die zeitgemäßen Abläufe und Strukturen auch im Baulichen wiederfinden, werden die Neubauprojekte der Wiener Spitäler, allen voran der Bau des Krankenhauses Nord, weiter vorangetrieben.
- Einen Schwerpunkt bildet auch die Realisierung der Einsparungspotentiale im Bereich der Sachkosten. Im Bereich besonders innovativer und teurer Medikamente wird in Abstimmung mit der Sozialversicherung verstärkt auf die Abgabe in spezialisierten Zentren gesetzt.
- In der kommenden Legislaturperiode wird das Wiener Spitalskonzept 2030 in wichtigen Bereichen weiterentwickelt. Die Stadt Wien ist sich bewusst, dass die 30.000 MitarbeiterInnen des KAV den Erfolg des Wiener Spitalskonzeptes 2030 gestalten und von den tiefgreifenden Veränderungen der letzten und der kommenden Jahre unmittelbar betroffen sind. Daher wird im Spitalskonzept der Fokus zukünftig gezielt auch auf die medizinische Kernleistung und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen gelegt. Insbesondere sollen Arbeitsbelastungen besser verteilt und das Know-How der MitarbeiterInnen vertieft einbezogen werden. Gezielte Maßnahmen sollen das Qualitätsdenken fördern. Dadurch sollen das Selbstverständnis der in den Gesundheitsberufen Beschäftigten und die Anforderungen des Systems im Interesse der PatientInnen wieder stärker zusammengeführt werden.
- Die MitarbeiterInnen des KAV erwarten sich zu Recht, entsprechend ihrer Ausbildung und Qualifikation eingesetzt zu werden. In der Praxis ist dies derzeit nicht immer der Fall. Die Wiener Stadt- und Landesregierung wird daher entsprechende Maßnahmen setzen, insbesondere um die Ausbildungssituation junger Menschen in Medizin und Pflege zu verbessern und die Attraktivität des KAV als Arbeitgeber zu gewährleisten.
- Um eine nachhaltige Betreuung und Pflege daheim sicherstellen zu können und die zu Pflegenden und Angehörige bestmöglich zu unterstützen, wird das Aufnahme- und Entlassungsmanagement weiter ausgebaut. Zu diesem Zweck werden neue Elemente an der Schnittstelle zwischen Pflege und Sozialarbeit (z.B. District Nurse) entwickelt.

Die Zufriedenheit der PatientInnen verbessern

Die wachsende Stadt stellt das Gesundheitssystem vor zahlreiche Herausforderungen. Strukturen und Abläufe werden den Anforderungen oft nicht mehr gerecht. Deshalb sinkt in vielen Bereichen trotz des weiterhin sehr hohen Niveaus die Zufriedenheit der PatientInnen mit verschiedenen Leistungen des Gesundheitssystems. Die Stadt Wien wird daher verstärkt auf die Bedürfnisse der PatientInnen eingehen, PatientInnenströme besser lenken und das Thema PatientInnensicherheit in den Mittelpunkt stellen. Der in der Gesundheitsreform im Rahmen des Zielsteuerungssystems eingeschlagene Weg der engen Kooperation mit der Sozialversicherung muss dabei fortgesetzt und intensiviert werden.

Daher vereinbaren wir:

- Mit den Wiener Gesundheitszielen 2025 hat die Wiener Stadt- und Landesregierung den Anspruch formuliert, dass alle WienerInnen bis zum Jahr 2025 um eineinhalb Jahre länger in guter Gesundheit leben. Die Gesundheit der Bevölkerung kann dabei aber nur durch gebündelte Anstrengungen in allen Politikfeldern wirksam und nachhaltig gefördert werden. In den kommenden Jahren wird dies durch so genannte „Health-in-all-Policies“ realisiert werden.
- Die PatientInnen müssen optimalen Zugang in zeitlicher sowie räumlicher Hinsicht zu den für sie notwendigen Leistungen haben. Das Angebot muss sich dabei an den Bedürfnissen der PatientInnen orientieren. Um dies sicherzustellen, müssen Bedarf und Wirkung im Mittelpunkt stehen. Daher werden Instrumente zur Wirkungsmessung und Möglichkeiten entwickelt, die PatientInnenströme zu steuern, damit der gleiche Zugang zu medizinischen Leistungen sichergestellt wird.
- Es werden umfassende Anstrengungen unternommen, die Wartezeiten in den Spitalsambulanzen deutlich zu reduzieren und die PatientInnen über unvermeidbare Wartezeiten zu informieren.
- Wien baut die muttersprachliche Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen aus und setzt Maßnahmen zur qualitätsvollen Gesundheitsversorgung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie von AsylwerberInnen. Gleichzeitig wird der niederschwellige Zugang für marginalisierte Personen sichergestellt.
- Im Krankheitsfall erwarten die WienerInnen eine rasche, zeitnahe und möglichst umfassende Erstbehandlung sowie gegebenenfalls die rasche, hürden- und lückenlose Weiterbehandlung. Dafür wird die hausärztliche

Versorgung im Rahmen der Primärversorgung sowohl für die ÄrztInnen attraktiviert, als auch durch eine bessere Vernetzung und neue strukturelle Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe für die PatientInnen leistungsfähiger gemacht.

- Die ambulante fachärztliche Versorgung wird in Abstimmung mit den Spitälern neu organisiert. An Wochenenden und Feiertagen wird eine niederschwellige medizinische kinderfachärztliche (Akut)Versorgung sichergestellt.
- Um nicht notwendige Rettungseinsätze bzw. Krankentransporte zu reduzieren und unnötige Spitalsaufnahmen zu vermeiden, werden Leistungsalternativen z.B. in Form der Schaffung eines mobilen Pflege- und verbesserten Ärztedienstes angeboten.
- Ein telefon- und internetbasierter Beratungsdienst (Teweb) zur besseren Information und Serviceverbesserung für PatientInnen wird eingerichtet.
- PatientInnen mit Behinderungen wird in den kommenden Jahren besonderes Augenmerk gewidmet. Kindergarten- und Schulkinder mit Behinderung benötigen adäquate medizinische und pflegerische Versorgung. Nach der generellen Bund-Länder Einigung im Bereich Kinder- und Jugend Rehabilitation schafft Wien entsprechende Plätze.
- Sämtliche Berufsgruppen im KAV werden geschult, um die Qualität der Versorgung von PatientInnen mit Behinderungen sicher zu stellen und ausreichende Versorgung zu gewährleisten.
- Die psychosoziale und psychiatrische Betreuung inklusive Behandlung und Rehabilitation mit den Schwerpunkten Kinder- und Jugendpsychiatrie und Transitionspsychiatrie wird neu strukturiert.
- Zur Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten von SchmerzpatientInnen werden etwaige wissenschaftliche Studien über den Einsatz von Cannabis im Rahmen der Schmerztherapie unterstützt.
- Aufbauend auf den Nationalen Aktionsplan für Frauengesundheit werden Maßnahmen zur Unterstützung der Frauengesundheit in allen Lebensaltern umgesetzt.

Gut versorgt im Alter: Beste Pflege- und Betreuungsangebote

Wien wächst. Bis zum Jahr 2030 werden rund 120.000 Menschen 80 Jahre oder älter sein. Diese steigende Zahl von älteren und/oder pflegebedürftigen Menschen stellt die Stadt vor mehrfache Herausforderungen: so gibt es einen höheren und komplexeren Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen, sowohl den Umfang, aber auch die Art der Leistungen und das Anspruchsverhalten der KlientInnen betreffend (Stichwort: Diversität). Gleichzeitig stellt die Finanzierbarkeit des Pflegesystems eine immer größere Herausforderung dar.

Daher vereinbaren wir:

- Wien ergreift mehrere Maßnahmen, die eine inhaltliche Weiterentwicklung gewährleisten und die Verfügbarkeit der ambulanten und stationären Pflege- und Betreuungsleistungen der Stadt unabhängig vom Vermögen des/der Einzelnen sicherstellen. Die Grundlage dafür bietet das Konzept „Pflege und Betreuung in Wien 2030“, das von der Geriatriekommission bereits abgenommen wurde.
- Eine Informationsoffensive und ein interaktives Informationsportal sowie individuelle Unterstützung bei der Förderantragsstellung sichern einen besseren und unbürokratischeren Zugang zu den Leistungen der Stadt. Die Weiterentwicklung des Case-Managements sorgt für eine verbesserte und bedarfsgerechte Zuweisung zu den Angeboten.
- Mit einem speziellen Unterstützungspaket schafft Wien die notwendige Hilfe für pflegende und betreuende Angehörige. Neben einer Informationsoffensive bieten Schulungen für Angehörige und ehrenamtliche HospizbegleiterInnen, längere Öffnungszeiten der Tageszentren und die Erweiterung der Urlaubsbetreuung konkrete Entlastungsmöglichkeiten.
- Eine integrierte Versorgung mit individuellen, flexiblen und durchlässigen Pflege- und Betreuungsangeboten wird durch den Ausbau mobiler Angebote und der Ausweitung des Angebots von alternativen Wohnformen sichergestellt.
- Eine stärkere Ausrichtung des Pflege- und Betreuungssystems auf die Wiedererlangung der verlorengegangenen Fähigkeiten der KlientInnen wird angestrebt. Dies erfolgt durch einen besseren Zugang zu Rehabilitations- und Remobilisierungsleistungen, Überarbeitung der Rolle der Akutgeriatrie sowie eine Forcierung von Entlassungsmöglichkeiten aus stationären und teilstationären Einrichtungen.

- Die geriatrische Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Pflege und Betreuung in den Einrichtungen des Wiener Krankenanstaltenverbundes ist eine wesentliche Ressource für eine funktionierende Versorgung von Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf in der Stadt. Daher sollen diese zukünftig auch außerhalb der städtischen Pflegewohnhäuser einsetzbar sein. Zur Erreichung dieses Ziels werden neue Einsatzmöglichkeiten im extramuralen Bereich (stundenweiser Einsatz von MitarbeiterInnen) geschaffen.
- Die zunehmende Heterogenität der Wiener Bevölkerung spiegelt sich in den Pflege- und Betreuungsangeboten der Stadt wider. Die Angebote sind allen gesellschaftlichen Gruppen zugänglich und orientieren sich an den individuellen Bedürfnissen der NutzerInnen. Die Pflege- und Betreuungsdienste bzw. -einrichtungen sind auf Herausforderungen wie etwa den Anstieg von Demenzerkrankungen unter anderem durch einen Demenzplan für Wien vorbereitet. Durch den Ausbau des Palliativangebots wird die Lebensqualität der Betroffenen bis zuletzt erhalten und Angehörige werden gestützt.
- Ein nachhaltiges Finanzierungssystem sowie ein leistbares und transparentes Tarif-/Kostenbeitragssystem tragen zur Finanzier- und Leistbarkeit der Pflege und Betreuung auch in Zukunft bei. Abstimmungen zwischen dem Sozialsystem und dem Gesundheitswesen sorgen für eine verbesserte Durchlässigkeit. Das langfristige Ziel ist der Ausstieg aus der Sozialhilfelogik.

Bewegung in einer wachsenden Stadt

Sport und Bewegung sind wichtige und unverzichtbare Aspekte im Alltag einer modernen Stadt. Sowohl für die individuelle körperliche und seelische Gesundheit als auch für den sozialen Zusammenhalt. In einer wachsenden Stadt wie Wien ist gerade der Platz, den es braucht, um Sport ausüben zu können, das wertvollste Gut. Die Vielfalt der Stadt zeigt sich auch in den über 70 anerkannten und geförderten Sportarten, die in über 3000 Vereinen organisiert sind.

- **Breites Angebot:** Die Herausforderung für die Zukunft liegt darin, bestehende Sportflächen zu erhalten und zu erweitern sowie in neu entstehenden Stadtgebieten sportliche Infrastruktur von Beginn an mitzudenken. Ziel der Stadt ist es, Verbände und Vereine zu unterstützen und zu fördern, aber

auch Angebote bereitzustellen, die unabhängig und abseits des Vereinssports in Anspruch genommen werden können (z.B.: Laufstrecken, Sportmöglichkeiten im Park). Besonderes Augenmerk gilt der Nachwuchsförderung und speziellen Angeboten für Mädchen und Frauen.

- **Verstärkung des Gender-Aspektes im Sportangebot der Stadt Wien:** Die Sportinfrastruktur soll dahingehend verbessert werden, dass sowohl für Mädchen als auch für Frauen ansprechende und attraktive Angebote geschaffen werden. Auch durch die Errichtung von Sport & Fun Hallen wird für Mädchen und Frauen eine niederschwellige und einfache Möglichkeit zur Bewegung angeboten.
- **Mehr Menschen sollen sich gesund bewegen:** Neben der bereits angesprochenen Ausweitung des Angebotes von Sport & Fun Hallen sollen zukünftig auch Kinder und Jugendliche verstärkt für sportliche Angebote begeistert werden und ein Bewusstsein für die Bedeutung von Bewegung entwickeln. Dazu zählt auch der weitere Ausbau von Sportinfrastruktur in Parks. Dieser ermöglicht selbstorganisierten und kostenlosen Zugang zu Trainingsmöglichkeiten und Bewegung an der frischen Luft für alle Generationen.
- **Nachhaltig investieren:** Das Erfolgsmodell Sportcontracting soll fortgeführt werden. Sportcontracting bedeutet, dass im Rahmen der Sanierung und Erhaltung von Sportstätten energiesparende Maßnahmen umgesetzt werden. Die so eingesparten Betriebskosten kommen direkt der Nachwuchsförderung zugute. Dieses Modell ist also gut für die Umwelt und fördert junge SportlerInnen.
- **Optimierung Mehrfachnutzung:** Dank der vielfältigen Sport-Infrastruktur gibt es für die über 70 anerkannten Sportarten in zahlreichen Sportstätten, Mehrzweckhallen, Jugendsportanlagen, aber auch städtischen Turnsälen viele Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung. Die Organisation der Mehrfachnutzung ist sehr komplex, sie wird in dieser Regierungsperiode überprüft und weiterentwickelt werden.

6. WIEN IST SICHER: WIEN WÄCHST, KOOPERATION, INFORMATION

Der Schlüssel einer modernen Sicherheitsarchitektur ist Prävention. Die Bandbreite der möglichen Präventionsarbeit reicht dabei von der Bekämpfung von Eigentums kriminalität, von Maßnahmen gegen Beziehungsgewalt, der Opferhilfe bis hin zur Prävention durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt wird daher im Rahmen ihres Einflussbereiches weiterhin besonderes Augenmerk auf die verschiedenen Bereiche der Kriminalitätsprävention legen und entsprechende Maßnahmen setzen.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt Wien wird sich dafür einsetzen, dass die Wiener Polizei entsprechend der Sicherheitslage und dem Bevölkerungswachstum mit den nötigen Ressourcen ausgestattet ist. Dies umfasst sowohl die Ausstattung mit moderner Ausrüstung als auch mit gut ausgebildetem Exekutivpersonal. Der erforderliche Personalstand der Exekutive ist langfristig abzusichern und im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum weiter aufzustocken.
- Gleichzeitig soll besonders Augenmerk darauf gelegt werden, dass sich die Demografie der Bevölkerung verstärkt im Personal der Exekutive widerspiegelt und die Aufnahme insbesondere von Frauen und zugewanderten Menschen in den Exekutivdienst gefördert wird.
- Information, Transparenz und Wissen hilft, Ängste abzubauen und Unsicherheiten in der Bevölkerung zu beseitigen. Daher sind ein regelmäßiger Informationsaustausch und eine gute Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Exekutive die Basis für Vertrauen und Sicherheit. Das Menschenrechtsbüro wird diese Zusammenarbeit weiterhin fördern und sich regelmäßig mit der polizeilichen Arbeit und den Menschenrechten auseinandersetzen. Zur weiteren Festigung der engen Bindung zwischen Stadt und Polizei soll es daher auch regelmäßige Jour-fixe der politisch Verantwortlichen mit der Polizeispitze und Updates zur aktuellen Sicherheitslage der Stadt geben.
- Ganz wesentlich ist das aktive Vorgehen gegen illegales Glücksspiel und illegale Wettbüros. Dazu ist ein neues Wettgesetz zum Schutz der Jugendlichen, der SpielerInnen und auch in Hinblick auf Straßen/Stadtbild bereits auf dem Weg.

- Die Förderung neuer Geschäfte und Betriebe in ehemaligen Wett-/Glückspiellokalen zur Attraktivierung des Stadtbildes in den Bezirken wird forciert.

Klare Regeln in einer vielfältigen und dynamischen Stadt

Durch die aktive Mitbestimmung und Mitgestaltung der BürgerInnen unter Einbeziehung von NGOs, großen Unternehmen und Organisationen, den Sozialpartnern und Vereinen, ist es im Rahmen des Prozesses zur Erarbeitung der „Wiener Charta - Zukunft gemeinsam leben“ gelungen, eine breite und tragfähige Basis zur Verständigung auf gemeinsame Werte für das zukünftige Zusammenleben in Wien aufzubauen. Der Diskussionsprozess soll fortgesetzt, intensiviert und weiterentwickelt werden.

Gestaltung und Sicherung des öffentlichen Raumes

Jeder Mensch hat eine andere Vorstellung von Sicherheit. Persönliche Erfahrungen und Einstellungen bestimmen dabei mit, wann und wo man sich sicher fühlt. Aber auch die Gestaltung von öffentlichen und halböffentlichen Räumen hat einen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen.

Daher vereinbaren wir:

- Aus diesem Grund ist bei der Gestaltung von Orten, die nicht gemieden werden können, wie bei wichtigen Wegeverbindungen, Eingängen von Gebäuden und Zugängen zu Haltestellen die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten essentiell.
- Daher wird bereits bei der Planung und Gestaltung von öffentlichem Raum darauf geachtet, dass Angsträume vermieden werden und eine hinreichende Beleuchtung installiert wird. Durch Einbeziehung der Zivilgesellschaft können bestehende Angsträume identifiziert und durch entsprechende Maßnahmen beseitigt werden.

Katastrophenschutz

Die Stadt Wien verfügt über ein zeitgemäßes Katastrophenmanagement und ist gemeinsam mit der modern ausgerüsteten Wiener Feuerwehr und Wiener Rettung auf Natur- und Umweltkatastrophen aller Art gut vorbereitet.

Zu sämtlichen möglichen Katastrophenszenarios wurden in Zusammenarbeit mit NGOs und den Einsatzorganisationen Alarm- und Warnpläne ausgearbeitet, die ständig aktuell gehalten werden. Die Durchführung erforderlicher Maßnahmen im Katastrophenfall und besonders das notwendige Zusammenspiel der verschiedenen AkteurInnen wurden im Krisenmanagement unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel vielfach geübt.

Die Stadt Wien baut den Schutz von kritischen Infrastrukturen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung schwerwiegende Folgen für das Gemeinwesen entstehen könnten, wie z.B. Versorgungsengpässe oder -ausfälle wegen eines Blackouts, kontinuierlich weiter aus. Zu diesen kritischen Infrastrukturen zählen der Energie- und Gesundheitsbereich, die Wasserversorgung, der öffentliche Verkehr und die Telekommunikation.

Digitale Welt

In der zunehmend digitalen und vernetzten Informationsgesellschaft hat IT-Sicherheit und der Schutz der Daten der Stadt Wien vor missbräuchlicher Verarbeitung einen hohen Stellenwert. Die verwendeten technischen Systeme der Informations- und Kommunikationstechnologie gewährleisten nicht nur Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verarbeiteten Informationen, sondern müssen auch die einer ständigen Weiterentwicklung unterworfenen Sicherheitsanforderungen erfüllen.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt Wien wird weiter daran arbeiten, dieses Sicherheitsnetz auszubauen und dadurch Auswirkungen von Angriffen auf die Sicherheit von Informations- und Kommunikationssystemen (IKT) der Stadt zu minimieren und mögliche Schäden zu verringern.
- Es muss dabei insbesondere auch darauf geachtet werden, dass in dieser hoch technologisierten Stadt besonders die Grund- und Freiheitsrechte sowie der Schutz der Privatsphäre gesichert werden, und eine entsprechend transparente Informationspolitik Wissen und daher Sicherheit vermittelt.

Sicherheit und Zivilgesellschaft

Die „Helfer Wiens“ sind neben dem Büro für Menschenrechte eine offizielle Präventionseinrichtung der Stadt Wien, die umfassende Dienstleistungen zu Fragen der Sicherheit anbietet. Mit Information, kostenlosen Schulungen, Trainings und Informationsveranstaltungen wird einerseits die mögliche Vorsorge auf mögliche gefährliche Situationen angesprochen und aufgezeigt, andererseits richtiges Verhalten gelehrt und geübt. Im Dialog mit NGOs, Menschenrechtsorganisationen, SozialarbeiterInnen, der Polizei u.a. wird die Aufklärungs- und Informationsarbeit zur Sensibilisierung und Prävention der Bevölkerung weiter ausgebaut.

Aktuelle Entwicklungen zeigen, wie wichtig der Einsatz der Zivilgesellschaft ist. Immer öfter organisieren sich Menschen über Soziale Medien in Gruppen oder als unabhängige Vereinigungen und Initiativen und ergänzen bestehende Vereine, Verbände, Religionsgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Non-Profit-Organisationen (NPO) bei der gesellschaftlichen Bewältigung akuter Probleme.

Daher vereinbaren wir:

- Zukünftig wird die Einbindung spontaner Initiativen der Zivilgesellschaft in das Sicherheitsnetzwerk der Stadt Wien an Bedeutung gewinnen. Das wird von Seiten der Stadt Wien unterstützt werden. Niederschwellige Zusammenarbeit zwischen den einzelnen AkteurInnen hilft dabei, gemeinsame Arbeit gut abzustimmen.
- Die Plattform „Freiwillig für Wien“ ist eine Initiative der Stadt Wien, die Angebot und Nachfrage der Freiwilligentätigkeit zusammenbringt: Freiwilligenorganisationen und Interessierte, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, können miteinander online Kontakt aufnehmen. NeueinsteigerInnen, die einen freiwilligen Beitrag für die Gesellschaft leisten wollen, finden Orientierungs- und Entscheidungshilfen. Die Plattform „Freiwillig für Wien“ im Rahmen der „Helfer Wiens“ soll ausgebaut und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

7. WIEN WÄCHST: SAUBERE MOBILITÄT, INNOVATIVE PLANUNG

Auf dem Weg zur Zwei-Millionen-Stadt: sozial, ökologisch, zukunftsweisend

Wien hat es in der Vergangenheit geschafft, auch unter wechselnden Rahmenbedingungen eine lebenswerte Stadt zu planen und umzusetzen. Wien gehört daher zu jenen erfolgreichen Städten, die an Bevölkerung dazugewinnen und in der Menschen Perspektiven für sich und ihre Familien sehen. Die Stadt wird dadurch jünger, vielfältiger und lebendiger und erhält neue Impulse in der Kultur, in der Wirtschaft und im Stadtleben. Auch in den kommenden Jahren wird Wien die sich bietenden Chancen aktiv nützen. Soziale und ökologische Verantwortung bleibt dabei das Markenzeichen Wiens.

Durch eine langfristige Infrastrukturplanung – vom öffentlichen Verkehr bis zur Energieversorgung – sorgt Wien für eine flächendeckende Versorgung aller BürgerInnen.

Stadtentwicklung, Wohnbau und Gemeinwesenarbeit

Wien bekennt sich als wachsende Stadt zum sozial nachhaltigen Wohnbau. Bei der Inanspruchnahme von Fördermittel bei Neubau und Sanierung steht die Prämisse der Leistbarkeit, die Gewährleistung einer sozial durchmischten Mieterschaft, langfristig sozial gebundener Wohnungsbestände in Verbindung mit hoher baulicher, ökologischer und quartiersübergreifender Qualität im Vordergrund. Lebenszykluskosten, Gesamtenergieperformance und Kostenoptimalität stehen im Wohnbau im Vordergrund.

Die Stadt errichtet auf Basis der bestehenden Strategien des Stadtentwicklungsplans (STEP) 2025 neue Stadtviertel zum Wohnen und Arbeiten, für Einkauf und Freizeit, und zwar für alle Wienerinnen und Wiener. Vorhandene Planungen für Gebiete wie die Seestadt Aspern, Nord- und Nordwestbahnhof, Neu Leopoldau, Hauptbahnhof oder In der Wiesen werden umgesetzt und Planungen für weitere

Entwicklungsgebiete gestartet. Ziel ist die Schaffung lebendiger Quartiere mit architektonischer Vielfalt und einer hohen Qualität des öffentlichen Raumes. In bestehenden Grätzeln wird die Wohnqualität verbessert. Wir wollen die Stadt weiterbauen. Neue Parks und Erholungsgebiete ergänzen das bestehende Freizeitangebot.

Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern arbeitet Rot-Grün daran, die sich bietenden Chancen zu nutzen und jene Stärken auszubauen, die Wien so lebenswert machen.

Daher vereinbaren wir:

- Flächenbereitstellung und Bau von 10.000 neuen Wohnungen jährlich, vor allem Gemeinde- und dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) unterliegende Wohnungen. Fortsetzung des SMART-Wohnungsbaus mit kompakten Grundrissen, 7,50 € Bruttomiete und geringen Eigenmitteln bei einem Drittel aller im Neubau errichteten Wohnungen. Mindestens 2.000 neue Gemeindewohnungen in dieser Legislaturperiode.
- Flächenbereitstellung und Urbanisierung städtischer Liegenschaften.
- Effizienzsteigerung und Kostensenkung im Wohnbau. Bestehende Abläufe für Planungs- und Bauvorhaben werden mit dem Ziel evaluiert, Verfahren und Bauzeiten ohne Qualitätsverlust zeitlich zu straffen sowie Vorschriften und Normen dahingehend zu überprüfen, ob erwünschte Schutzziele kostengünstiger erreicht werden können. Dazu soll eine Arbeitsgruppe mit politischer und ExpertInnenbeteiligung eingerichtet werden. Planung und Wohnbau arbeiten verschränkt, mit dem Ziel, Verfahrensdauern zu verkürzen.
- Im Sinne der Bodenmobilisierung für den nachhaltig sozialen Wohnbau ist die Widmungskategorie geförderter Wohnbau weiter zu entwickeln und die mögliche Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes zu prüfen.
- Grundstücksverkäufe: Städtische Grundstücke sollen Wert erhaltend in öffentlicher Hand bleiben. Im Zuge der Verwertung städtischer Grundstücke durch Verkauf oder Baurecht ist die wirtschaftliche Situation der Stadt ein wichtiges Kriterium. Die Vergabe eines Baurechtes ist vorrangig zu prüfen. Die Struktur des Immobilienmanagements der Stadt ist im Bedarfsfall beizuziehen.
- Überarbeitung der Bauordnung für Wien im Sinne der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung, Ökologisierung, Zwischennutzung, Antispekulationsmaßnahmen und Baulandmobilisierung.
- Städtebauliche Verträge: Strukturierte Einbindung aller am jeweiligen Projekt beteiligten Geschäftsgruppen.

- Zügige Umsetzung von Widmungsverfahren auch für einzelne Liegenschaften insbesondere im geförderten Wohnbau und bei städtischen Liegenschaften.
- Potentialstudie zur Überbauung von Handels- und Gewerbegebieten und Ausarbeitung von Rahmenbedingungen hinsichtlich Wohnqualität.
- Betriebszonenkonzept: Als Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung Wiens soll ein Betriebszonenkonzept unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure und Akteurinnen erarbeitet werden.
- Qualitätssicherung, Stadtteilmanagement und Gebietsbetreuung: Sicherung der städtebaulichen und sozialen Qualitäten, die in den Planungsphasen entwickelt wurden, über die Planungsphase hinaus in die Umsetzungs- und erste Besiedelungsphase. Diese mögliche Aufgabenerweiterung der Gebietsbetreuungen (GB*) zu Stadtteilagenturen (Partizipation, Stadtteilmanagement, Beratung) wird bei Bedarf nach Abstimmung innerhalb der Stadtregierung sowie Klärung der Finanzierung in die Auftragsvergabe aufgenommen.
- Schwerpunkte der Stadterneuerung und Attraktivierung: Gemeinsame Festlegung von Planung und Wohnbau über Schwerpunkte der Stadterneuerung und Attraktivierung im Hinblick auf Themen wie Wohnen, Arbeit, Integration, Bildung und öffentlicher Raum.
- Weiterentwicklung der Gebietsbetreuung: Neudefinition der Stadterneuerungsarbeit und –gebiete entsprechend den aktuellen sozialräumlichen und baulichen Entwicklungen. Installation von Stadtteilbüros als niederschwellige Informations- und Beratungseinrichtung. Förderung von Nachbarschafts- und Grätzler-Initiativen. Ausbau der BewohnerInnenzentren in den Gemeindebauten bzw. im Wohnumfeld.
- Baugruppen stellen eine innovative Ergänzung des geförderten Wohnbaus in Wien dar. Schaffung eines geeigneten, rechtlichen Rahmens für Baugruppen, die für das Wohnumfeld Verbesserungen oder Zusatzleistungen erbringen.
- Räumliche oder sektorale Leitbilder: Prüfung zur Einführung einer verbindlichen Planungsebene zwischen STEP und Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen in Form von Leitbildern. Diese können, in Abstimmung mit den Bezirken, ab einer noch festzulegenden Mindestgröße für funktional zusammenhängende Gebiete definiert werden.
- Offensive Öffentlicher Raum: Als Beitrag zur Umsetzung des im STEP aufgegriffenen Konzeptes der polyzentrischen Stadtentwicklung, sollen, gemeinsam mit den betroffenen Bezirken, Perspektiven betreffend geeigneter Projekte zur Unterstützung lebendiger Zentren und urbaner Orte mit hoher Aufenthaltsqualität entwickelt und priorisiert werden. Ein Fachkonzept Öffentlicher Raum soll durch verbesserte Planungsabläufe die Gestaltungs-

qualität sicherstellen. Die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums spielt dabei eine wesentliche Rolle.

- Verbesserung von Vorplätzen von Bildungs- und Kultureinrichtungen als Orte des Aufenthaltes und des Flanierens in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Institutionen (wie zum Beispiel Hauptuniversität, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Theater, Museen).
- Grünlandsicherung: Ausreichend Spielraum zum Ankauf von Grünland und öffentlichem Raum durch die MA 69 - Immobilienmanagement.

Wohnen in Wien: leistbar, ökologisch, vielfältig

Wien spricht sich für ein neues, faires und transparentes Mietrecht aus und fordert die Bundesregierung auf, eine Novelle dieses Inhalts dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

In Zeiten einer stark wachsenden Stadt sind Gemeindewohnungen ein wichtiges Instrument zur Wohnversorgung der Bevölkerung. Es werden neue Gemeindewohnungen errichtet, bestehende im Eigentum der Stadt erhalten.

Der gesamte Wiener Wohnbau (Wiener Wohnen, Wohnbaugenossenschaften, geförderte und frei finanzierte WohnbauträgerInnen) trägt zukünftig gemeinsam die Verantwortung zur Schaffung eines ausreichenden Wohnungsangebotes auch für Menschen in prekären Wohn- und Einkommensverhältnissen.

Daher vereinbaren wir:

- Festschreibung von verpflichtenden Maßnahmen bei Bauträgerwettbewerben und im Grundstücksbeirat für Hausverwaltungen bzw. BauträgerInnen zur Förderung von Hausgemeinschaften bei der Neubesiedlung eines wohnbaugeförderten Wohnhauses im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit.
- Aufwertung ganzer Stadtteile im Rahmen der sanften Stadterneuerung.
- Ausweitung der „sozialen Schiene der Wohnungsvergabe“ unter Einbeziehung der NGOs auf den geförderten und privaten, gewerblichen Wohnbau. Dazu sollen auch in städtebaulichen Verträgen Vereinbarungen getroffen werden. Optimierungsmaßnahmen sind in diesem Zusammenhang im Rahmen eines Symposiums (u.a. zum Thema Housing First) zu erarbeiten und zu prüfen.

- Ausbau der Delogierungsprävention (Delogierungskonzept) für alle Wohnformen. Evaluierung der gesetzten Maßnahmen.
- Wohnbauförderrichtlinien für Sanierungsförderung werden im Sinne des MieterInnenschutzes überprüft. Dies vor allem im Hinblick auf vorzeitige Mietzinsanhebung oder Zusatzleistungen zum förderrechtlichen Mietzins.
- IBA_Wien: Mit einer Internationalen Bauausstellung in Wien werden neue Ideen und Projekte im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich im Wohnungs- und Städtebau entwickelt. Gleichzeitig präsentiert sich Wien als führende europäische Metropole im sozialen Wohnbau.

Junges Wohnen

- Wien hilft jungen Menschen bei der Gründung eines eigenen Haushalts und erleichtert diesen den Zugang zu geförderten Wohnungen.
- Jungen Menschen wird der Zugang zum geförderten Wohnbau mittels Stundung der Eigenmittel im geförderten Wohnbau erleichtert.
- Ausweitung der Verordnung über die Gewährung von Eigenmittlersatzdarlehen auf Junge Menschen bis 30 und Erhöhung der Fördersumme auf 200 € je m² Nutzfläche.

Wiener Wohnen

- Fortsetzung des Konsolidierungskurses von Wiener Wohnen.
- Evaluierung der Schnittstellen zwischen Wiener Wohnen und den BewohnerInnen mit dem Ziel einer Verbesserung der KundInnenzufriedenheit.
- Ausbau der OrdnungsberaterInnen und bessere Sichtbarkeit.
- Sanierungsoffensive zur Einsparung von Energie und Steigerung der Wohnqualität über die gesamte Legislaturperiode.
- Geschäftslokalinitiativen bei Wiener Wohnen hinsichtlich Vermietungsanreiz und -konditionen.
- Zutritts-Systeme im Gemeindebau betreffend Stiegenhauszugänge verbessern.
- Soziale Durchmischung in Wohnhausanlagen und Stadtvierteln erhalten.

Mieten und Antispekulation

- Informations- und Serviceoffensive zu Mieten in Wien (Information, Beratung und Erhebung von Mieten in Wien. Bessere Vernetzung der dafür zuständigen Stellen.
- Das Angebot an Apps für den MieterInnenschutz (z.B. Wiener Mietenrechner, Betriebskostenrechner oder die Gesund wohnen-App) ausbauen und verbessern.

- Entwicklung eines „Mietenbarometers“; möglichst aktuelle (das Ziel sollte Tagesaktualität sein) automatisierte Auswertung des Mietemarktes getrennt nach Alt- und Neubaumieten.
- Vorgehen gegen Spekulation mit Wohnraum und MieterInnenschutz sind wichtige Anliegen. In diesem Zusammenhang werden Maßnahmen wie der Ausbau von Unterstützung für MieterInnen bei strafrechtlich relevantem Vorgehen von VermieterInnen oder Anträge auf Sanierungsarbeiten in Spekulationshäusern durch die Stadt selbst (§ 6 MRG) geprüft.
- Beschleunigung der Verfahren vor der Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten.
- Ausdehnung der Frist für Anzeigepflicht für Abriss von Gebäuden außerhalb von Schutzzonen in der Bauordnung (BauO).
- Prüfung des Entfalls der technischen und wirtschaftlichen Abbruchreife in der BauO.

Allgemein

- Budgetäre Mittel für arbeitsmarktwirksame Maßnahmen in den Unternehmen und Betrieben der Stadt (nachgeholler Lehrabschluss, Ausbildung zum Facharbeiter und Meister) speziell in handwerklichen Berufen für Menschen ohne vorhandene Berufsausbildung.
- Verbesserung von Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern in Gemeinde-, bei Genossenschafts- und bei freifinanzierten Privatwohnungen ermöglichen (auch in Tiefgaragen)
- Erhöhung des Mitteleinsatzes im Bereich städtischer Amtshäuser zur rascheren Sanierung ehemals dezentral budgetierter Objekte.
 - Straffung der Vergabe bzw. Wiedervermietung von Kontingentwohnungen durch das Wohnservice Wien.

Lebensqualität durch intelligente Mobilität

Wien bekennt sich als wachsende Stadt zu einer zukunftsorientierten, städtischen Mobilitätspolitik. Die in der Smart City Rahmenstrategie, im STEP 2025 und im Fachkonzept Mobilität genannten Ziele und Maßnahmen werden konsequent weiterverfolgt und umgesetzt. Im Fokus steht eine ressourcenschonende Mobilität, die die Umwelt und Gesundheit der WienerInnen – z.B. durch Abgase und Lärm – möglichst gering belastet und für alle leistbar, zugänglich und sicher ist.

Bis 2025 sollen 80% der Wege der WienerInnen zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden. Der Radverkehrsanteil soll auf 10% steigen. Im Sinne einer fairen Aufteilung des öffentlichen Raums auf unterschiedliche NutzerInnen soll der Anteil der Flächen für den Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr bei allen Um- und Neubauprojekten im öffentlichen Raum steigen. Um Multimodalität zu stärken, werden Verleihsysteme für Rad und Auto ausgebaut und unterstützt. Die Mobilität wird für alle – insbesondere für Kinder - noch sicherer. Dazu und zur Erleichterung der Flüssigkeit des Verkehrs und der Vermeidung von unnötiger Staubildung sollen technische Innovationen vermehrt eingesetzt werden.

Um das zu erreichen, sind die Bezirke wichtige Partner und unterstützen die städtische Mobilitätsstrategie. Sie verfügen über lokale Kenntnisse und werden bei der Umsetzung von konkreten Maßnahmen intensiv eingebunden.

Aktive Mobilität – zu Fuß und mit dem Rad unterwegs

Die Attraktivierung des Fuß- und Radverkehrs ist für eine zukunftsorientierte städtische Mobilitätspolitik und der damit verbundenen Zielerreichung zentral. Alle zukünftigen Maßnahmen basieren auf den gemeinsam beschlossenen Grundsatzbeschlüssen zu Fußverkehr und Radverkehr sowie dem Fachkonzept Mobilität.

Daher vereinbaren wir:

- Die Investitionen in die Attraktivierung des öffentlichen Raums – als wichtige Fördermaßnahme für den FußgängerInnenverkehr und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität – und in den Ausbau der Radinfrastruktur werden fortgesetzt. Die dafür erforderlichen Ressourcen werden zur Verfügung gestellt.
- Die Attraktivierung des öffentlichen Raums, die Barrierefreiheit im Verkehr und die Mobilität von Kindern und Jugendlichen sind Themenschwerpunkt.

te der kommenden Legislaturperiode. Zu diesen Themen werden „Schwerpunktjahre“ konzipiert und umgesetzt.

- Für die Neugestaltung von Straßen nach Umbauten werden – mit dem Ziel der Förderung des Umweltverbundes - verbindliche Standards entwickelt. Jedenfalls sollen keine Parkplätze auf Gehsteigen errichtet werden. Bestehende sind bei neuen Planungen rückzubauen.
- Die „Flaniermeilen“ und das „Wiener Stadtwegenetz“ werden – analog zum Hauptradwegenetz – zu einem Hauptgehwegenetz zusammengeführt. Der Ausbau, die Weiterführung und die Umsetzung erfolgt unter maßgeblicher Förderung der Stadt.
- Zur Erleichterung der raschen Öffnung der Einbahnen für den Radverkehr wird eine Überarbeitung der Richtlinie vorgenommen.
- Der Ausbau der technischen Radinfrastruktur wird fortgeführt. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Lückenschluss im Radwegenetz. Die Errichtung von weiteren Radabstellanlagen (auch Radboxen und -garagen), die Einrichtung von Fahrradstraßen und die Umsetzung von Radlangstrecken erfolgt kontinuierlich.
- Das Citybike-Netz wird ausgebaut und modernisiert. Es erfolgt eine Verdichtung der Citybike-Stationen im bestehenden Gebiet.
- Radservicestationen werden bei Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs (inkl. bewachten Garagen) in den Außenbezirken errichtet.
- Die Einführung einer ÖV-Halbjahreskarte, die Erweiterung der Mitnahmezeiten von Fahrrädern in den U-Bahnen und die Mitnahme von Fahrrädern bei Regionalbuslinien sollen geprüft werden.
- Für Hotspots im Fuß- und Radverkehr (z.B. Karlsplatz – Getreidemarkt – Naschmarkt, Zentrum Kagran und Am Spitz) werden Studien und Konzepte erstellt.
- Der Bereich „Kinder und aktive Mobilität“ wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt sein. Vor allem die Freude an Bewegung und die Aspekte der Sicherheit stehen dabei im Vordergrund. Als Unterstützung für ein sicheres Ausüben der aktiven Mobilität werden für Kinder vermehrt Sicherheitstrainings angeboten und begleitende bewusstseinsbildende Maßnahmen durchgeführt. Die Erstellung von Mobilitätskonzepten für Schulen und eine Weiterentwicklung der Schulwegpläne sind dabei unterstützende Elemente.
- Vision Zero – Erhöhung der Verkehrssicherheit: Die „Vision Zero“ wird weiterverfolgt. Für die weitere Erhöhung der Verkehrssicherheit – vor allem für die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen, die Kinder – wird neben den laufenden Aktivitäten ein Maßnahmenbündel ausgearbeitet und in den nächsten fünf Jahren umgesetzt. In diesem Zusammenhang ist auch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raums, die zu einer höheren

Aufmerksamkeit und einer langsameren Fahrgeschwindigkeit führt, zu berücksichtigen.

- Folgende im Fachkonzept Mobilität genannten Maßnahmen sind prioritär umzusetzen: Temporäre Fußgängerzonen, Verkehrsberuhigte Zonen vor Schulen und Kindergärten, Erstellung eines Wiener Kreuzungskatasters, eine Verkürzung der Ampelumlafzeiten, Ausweitung der „Wiener Spielstraße“, Förderung von Lastenfahrrädern
- Eine zentrale Auskunftsstelle für unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse wie z.B. betriebliches Mobilitätsmanagement und Mobilitätsberatung soll konzipiert werden.
- Die Weiterentwicklung der Wiener Mobilitätskarte soll vorangetrieben und um verschiedene Funktionen des Mobilitätsbereichs erweitert werden.

Mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs

Der öffentliche Verkehr ist das Rückgrat der städtischen Verkehrsinfrastruktur. Durch das attraktive Angebot des öffentlichen Verkehrs wird es den BewohnerInnen Wiens ermöglicht, für längere Wege umweltgerecht, rasch und leistungsfähig von A nach B zu kommen. Attraktive öffentliche Verkehrsmittel erleichtern den PendlerInnen den Umstieg auf den Umweltverbund.

Daher vereinbaren wir:

- Im Bereich Verkehrsplanung stimmen die zuständigen Stellen der Stadt, insbesondere die zuständigen Magistratsabteilungen für Stadtentwicklung und Stadtplanung und die zuständigen Abteilungen der Wiener Linien GmbH, die strategische und operative Gestaltung des öffentlichen Verkehrs intensiver ab. Dazu wird eine ständige Steuerungsgruppe eingerichtet.
- Um den grenzüberschreitenden Verkehr stärker auf den Umweltverbund zu verlagern, ist die Abstimmung bzw. Zusammenarbeit mit den Ländern Niederösterreich und Burgenland erforderlich. Die derzeit bestehenden Gremien und Instrumente werden gestärkt.
- Die Verhandlungen zu Verkehrsdiensteverträgen erfolgen in intensiver Abstimmung und unter Einbindung des Verkehrsressorts.
- Die 365-Euro-Jahreskarte hat eine besondere Bedeutung für Wien, die zu einer Rekordzahl von Öffi-NutzerInnen und weltweiter Beachtung geführt hat. Ziel der rot-grünen Stadtregierung ist es, diesen Tarif bis ins Jahr 2020 beizubehalten.
- Beim Bau bzw. der Realisierung von neuen Straßenbahnlinien findet auch immer eine Aufwertung bzw. Attraktivierung des umliegenden öffentlichen

Raumes statt. Der vermehrte Einsatz von linearen Grün- und Rasengleisen - als stadtgestalterisches Element und Beitrag zum Klimaschutz – wird untersucht.

- Die im „Öffipaket 2014“ genannten neuen Straßenbahnlinien werden bis 2020 (außer Donaufeldtangente) in Betrieb genommen.
- Für überlastete Buslinien (z.B. 11A, 48A, 62A) werden in Hinblick auf eine eventuelle Umstellung auf Straßenbahnbetrieb Machbarkeitsstudien erstellt.
- Durch kurze Intervalle in der Hauptverkehrszeit bei U-Bahn, Straßenbahn und Bus wird der öffentliche Verkehr attraktiviert. Prioritär wird in Stadtrandlagen, vorrangig in Bezirken mit Parkraumbewirtschaftung und starkem Bevölkerungswachstum, das Angebot bei Buslinien unter Einbeziehung der Bezirkswünsche attraktiviert.
- Im Bereich der S-Bahn werden Angebotsverbesserungen, Intervallverdichtungen und eine Image-Offensive durchgeführt. Mit der S-Bahn besteht bereits ein hochrangiger Verkehrsträger, dessen Angebot mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz ausgeweitet werden kann. Langfristiges Ziel ist eine massive betriebliche Angebotsverbesserung im Kernbereich des Wiener Schnellbahn-Netzes. Dazu gehört das Angebot eines 15-Minuten-Taktes auf S-Bahn-Außenästen. Folgende Projekte haben Priorität:
 - Der Ausbau der Südbahn von Meidling bis Liesing.
 - Weitere Angebotsverdichtung der S 45 (Vorortelinie) und Ausbau entlang der Donau.
 - Angebotsverdichtungen auf den S-Bahn-Außenästen (insbesondere S 3, S 7, S 50 oder S 10 via Stadlau) und der Wiener Lokalbahn in Abstimmung mit dem Land Niederösterreich.
 - S-Bahn-Verbindung S 80 Stadlau – Hütteldorf (West-Ost-Tangente in Kombination mit dem Ausbau Marchegger Ast der Ostbahn und Attraktivierung der Verbindungsbahn).
 - Infrastrukturelle Maßnahmen werden auf ein Betriebsprogramm mit Verdichtungen des Angebots ausgerichtet, z. B. Verlängerung der neuen S 80 im Westen nach Purkersdorf bzw. im Osten nach Raasdorf.
 - Aktive Teilnahme des Verkehrsressorts an den Verhandlungen zu den Thematiken der S-Bahn
- Um die ÖV-Verbindungen zwischen Wien und dem Wiener Umland zu verbessern, wird zu den regionalen Entwicklungsmöglichkeiten der Wiener Lokalbahnen (WLB) eine Machbarkeitsstudie durchgeführt.
- Die laufenden Verbesserungen im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln für Menschen mit Behinderungen werden fortgeführt.

- Die im Fachkonzept Mobilität beschlossenen Verkehrskonzepte für neue Stadtteile sollen unter Einbeziehung der Bezirke und Einsetzung eines Koordinators durchgeführt und umgesetzt werden.
- Die Belastungen durch den in manchen Zeiträumen intensiven Tourismus- bzw. Reisebusverkehr (z.B. Advent, andere Feiertage) werden reduziert. Dazu wurde bereits ein entsprechendes Buskonzept erarbeitet, das nun rasch umgesetzt wird. In diesem Sinne soll auch ein Detailkonzept für den Regional- und Fernbusverkehr inklusive eines zentralen Busbahnhofs ausgearbeitet werden.
- Der zentrale Wiener Hafen der Personenschiffahrt soll bei der Reichsbrücke sein.
- Förderungsmöglichkeiten von Mikro-ÖV-Angeboten in der Peripherie, wie z.B. Sammeltaxis, werden untersucht.
- Richtlinien für den öffentlichen Verkehr in verkehrsberuhigten Zonen (Fußgängerzone, Begegnungszone, Tempo-30-Zonen, Plätze,...) werden erstellt.
- Für die zweite Hälfte des Tausches der Wiener Linien-Busse soll in den kommenden Jahren in einem Ausschreibungswettbewerb ein möglichst umweltfreundliches, fahrgastgerechtes und nahverkehrstaugliches Bussystem gefunden werden. Besonders berücksichtigt werden die technologischen Möglichkeiten von E-Bussen (analog zur E-Mobility-Strategie).

Motorisierter Individualverkehr

- Zur zusätzlichen Attraktivierung der Bezirks- und Ortskerne werden gemeinsam mit den Bezirken an zentralen Orten in den 23 Bezirken verkehrsberuhigte Zonen (wie z.B. Begegnungszonen) eingerichtet. Die Umsetzung erfolgt unter maßgeblicher Förderung der Stadt. Konkrete Beispiele dafür sind unter anderem die Begegnungszone City, der Bereich Schleifmühlgasse/ Pilgramgasse/ Margaretenstrasse/ Wienzeile, Inner-Favoriten, Inner-Ottakring und die alten Ortskerne der Donaustadt.
- Die erfolgreiche Einführung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten soll zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität weitergeführt werden. Bei stark lärmbelasteten Straßen wird in Abstimmung mit den Bezirken eine Prüfung zur Einführung von Tempo 30 bei Nacht durchgeführt und gegebenenfalls verordnet.
- Verleihsysteme stellen einen wichtigen Faktor bei der Stärkung der Multimodalität dar. In diesem Sinn soll der weitere Ausbau des standortbasierten Carsharings vorangetrieben werden.
- Die Stadtregierung bekennt sich zur Notwendigkeit und raschen Umsetzung der Stadtstraße zur Entlastung der Ortskerne. Unter Bedachtnahme

auf die Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans sollen im Sinne einer ressourcenschonenden und umweltgerechten Ausführung und Gestaltung (Kosteneinsparung, geringere Barrierewirkung, Baumpflanzungen, FußgängerInnen- und radfahrfreundliche Ausgestaltung, etc.) vorhandene und auch neue Planungsvarianten einem raschen Abwägungsprozess unterzogen werden. Dieser Prozess muss gemeinsam mit dem Finanzressort und mit dem Bezirk geführt werden.

- Wien bekennt sich zur Notwendigkeit einer sechsten Donauquerung, die unter bestmöglicher Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes ohne Beeinträchtigung des Nationalparkgebiets geplant werden soll. Deswegen sollen alternative Planungsvarianten geprüft werden.
- Kostenwahrheit für den Güterverkehr in der Stadt ist ein wichtiges Anliegen. Für eine sowohl verlässliche als auch umweltfreundliche Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs wird gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien (WWK) und der Arbeiterkammer (AK) eine Studie über „Intelligente Logistikkonzepte“ erstellt.
- Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sollen technische Innovationen eingesetzt werden. Diese dienen auch der Erleichterung der Flüssigkeit des Verkehrs und der Vermeidung unnötiger Staubbildung. Dazu sollen zum Beispiel Rotlichtradars vermehrt eingesetzt und Fahrverbotkameras eingeführt werden. Auch eine moderne Verkehrs- bzw. Ampelsteuerung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Diese vernetzte Steuerung erfordert Investitionen in Soft- und Hardware. Sofern möglich, soll die Steuerung aus einer Hand erfolgen.
- In Siedlungsgebieten in Stadtrandlagen ist die – auch dort geltende – Gehsteigverpflichtung nicht immer sinnvoll. Die Einführung einer neuen Straßenkategorie („Siedlungsstraße“) könnte den tatsächlichen Bedürfnissen in diesen speziellen Stadtlagen gerecht werden und gleichzeitig hohe finanzielle Belastungen der AnrainerInnen vermeiden.
- Die Stadt Wien unterstützt die Umsetzung der LKW-Maut als bundesweite Maßnahme und schließt sich den österreichweiten Initiativen an, die eine allgemeine LKW-Maut im Hinblick auf rechtliche und technische Machbarkeit, auf mögliche Einnahmen, aber auch auf die volkswirtschaftlichen Auswirkungen hin untersuchen. Die erwarteten Effekte sind, neben den Lenkungseffekten, auch eine Effizienzsteigerung bei LKW-Fahrten und dadurch sinkende Umweltbelastungen.

Ruhender Verkehr

- Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung soll nach Rücksprache mit den Bezirken vorangetrieben werden. In Gebieten, in denen zukünftig die

Parkraumbewirtschaftung eingeführt wird, soll ein entsprechender Rückbau des Straßenraums zur Attraktivierung des öffentlichen Raums fixer Bestandteil der Verkehrsmaßnahme sein. Die Parkraumbewirtschaftung im 18. Bezirk soll nach vorliegendem Bezirksbeschluss im Sommer 2016 eingeführt werden. Weitere Bezirke können ganz oder in Teilen auf Bezirkswunsch folgen. Dabei können Adaptierungen (z.B. Überlappungszonen, Einkaufsstraßen) in bestehenden Gebieten vorgenommen werden.

- Bei der Ausweitung des AnwohnerInnenparkens ist zu berücksichtigen, dass dies nur in parkraumbewirtschafteten Gebieten im Ausmaß von bis zu 20 Prozent der Parkplätze und nur auf Antrag des Bezirks möglich ist. Auf die verschiedenen Nutzungen des öffentlichen Raums (z.B. Schanigärten und Car-Sharing) ist Bedacht zu nehmen. Die Möglichkeit zum Halten für 15 Minuten für Bring- und Holdienste soll überprüft werden.
- Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung sollen primär für den Umweltverbund verwendet werden.
- Neue Park & Ride Anlagen (P&R) sollen prioritär entlang von Schnellbahnlinien im Wiener Umland errichtet werden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Niederösterreich soll fortgeführt werden.
- Im Zuge der Umsetzung des Wiener Garagenkonzepts soll der Garagenbau nur in Kombination mit der Rückgewinnung des Straßenraums für sinnvolle öffentliche Nutzungen fortgeführt werden.
- Für die Möglichkeit, mittels App einen freien Parkplatz zu finden, soll ein Ideenwettbewerb durchgeführt werden.

Energie: innovativ, effizient, nachhaltig

Aus der Verantwortung für zukünftige Generationen bekennt sich die Stadt Wien zu innovativen Lösungen zur Ressourcenschonung durch Energieeffizienz und Reduktion des CO₂-Ausstoßes sowie zur Erhöhung der Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener.

Die Energiepolitik der Stadt beruht auf gleichwertigen Eckpfeilern zwischen den Erfordernissen des Umwelt- und Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit, der Energieeffizienz und der sozialen Gerechtigkeit und orientiert sich an den Zielen der Smart City Wien Rahmenstrategie. Lebenszykluskosten, Gesamtenergieperformance und Kostenoptimalität stehen im Vordergrund.

Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen Städte und deren Energieversorger vor große Herausforderungen:

Daher vereinbaren wir:

- Wien bekennt sich zur Erhaltung wirtschaftlich vitaler Stadtwerke im Eigentum der Stadt für die Energieversorgung in Wien. Die Stadtwerke sind wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsmotor für Wien, daher ist bei sämtlichen Entscheidungen auf die regionale Wertschöpfung Rücksicht zu nehmen.
- Eine diversifizierte Energieaufbringung ist für eine verlässliche Versorgung Wiens unerlässlich. Die Eckpfeiler sind kombinierte Erzeugung von Strom und Wärme durch modernste Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die Nutzung von Energie aus Müllverbrennung, der Einsatz und Ausbau erneuerbarer Energieträger sowie Steigerung der Effizienz und fundierte Beratung für bestmögliche Energielösungen. Die Nutzung bestehender Abwärmesysteme ist prioritär zu berücksichtigen. Die Abhängigkeit der Fernwärme von gasbasierter KWK-Anlagen ist durch Ausbau von erneuerbarer Energie und Abwärme zu reduzieren.
- Die Leistbarkeit von Energie und das Thema Energiearmut sind bei allen Herausforderungen zu berücksichtigen.

Die Versorgungssicherheit in Wien liegt im europäischen Spitzenfeld und ist von grundlegender Bedeutung. Um dieses hohe Niveau halten zu können sind Investitionen in die Netzinfrastruktur, deren nachhaltige Finanzierung und Berücksichtigung durch den Regulator notwendig.

Daher vereinbaren wir:

- Erarbeitung einer Energie-Rahmenstrategie in enger Abstimmung mit Klimaschutzziele und nach den Grundsätzen der SMART City Rahmenstrategie unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, erneuerbarer Energien und Energieeffizienz.
- Verstärkte Nutzung von Abwärme und Geothermie als sinnvolle Energiequellen.
- Im Wärmebereich soll neben dem Fernwärme- und Fernkälteleitungsausbau (bestehende Abwärmepotentiale) die Erschließung bzw. Integration von alternativen Wärmeversorgungsmöglichkeiten vorangetrieben werden. Dies unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz (insbesondere des Wirkungsgrades) und der regionalen Wertschöpfungskette.
- Erkundung von Potentialen von Geothermie im Wiener Stadtgebiet.
- Beratung im Zuge von Genehmigungsverfahren bei energieintensiven Industrie- oder Dienstleistungsprozessen und -anlagen (Nutzung im Betrieb bzw. Zurverfügungstellung an Dritte).

- Der Neubau soll minimale zusätzliche CO₂-Emissionen verursachen. Im Rahmen der Energie Rahmenstrategie sollen maximale CO₂-Werte für die Wärme und Kälteversorgung von Gebäuden bzw. gebäudeübergreifend von Stadtteilen erarbeitet werden.
- Zunehmender sommerlicher Überhitzung entgegenwirken.
- Umsetzung der E-Mobilität-Strategie.
- Smart City-Pilotprojekt „Erneuerbare Energieversorgung“
In einem neu entstehenden Stadtteil sollen besonders innovative Maßnahmen realisiert werden. Für die Energieversorgung sind dazu in erster Linie Abwärmequellen vor Ort und erneuerbare Energie zu verwenden. Zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit und Leistbarkeit sollen innovative Bürgerbeteiligungsmodelle dafür entwickelt werden.
- Pilotgebäude, die mit Wärme und Kälte aus Abwärme bzw. erneuerbarer Energie vor Ort versorgt werden, sollen realisiert werden.
- Mit einem Mix aus Erdwärme, Grundwasser, Abluft sowie Speichern und Nutzung von solaren Energieformen können signifikante Anteile am Energieverbrauch gedeckt werden. Unterstützung durch Informationen über Potenziale in der Stadt, Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen für ProjektentwicklerInnen und PlanerInnen und durch Berücksichtigung bei einer eventuellen Überarbeitung von Förderungen. Ziel ist es, neue Standardlösungen am Markt zu etablieren.

8. WIEN MACHT SICH STARK: STADT DER MENSCHENRECHTE

Stadt der Menschenrechte

Unsere Vision einer weltoffenen Gesellschaft gründet auf Wertschätzung, Anerkennung und gleichen Rechten. Denn Vielfalt und Diversität sind seit vielen Jahren und Jahrzehnten ein wichtiger Teil unserer gemeinsamen Geschichte geworden. Als Menschenrechtsstadt ist es unsere politische Verantwortung diesen weltoffenen Weg auch weiter zu verfolgen und ihn unter den Schirm einer klaren Haltung gegen Populismus, Ausgrenzung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und jede Form der Diskriminierung zu stellen – im Sinne des guten Zusammenlebens und der Zukunft aller.

Wir wollen Wien im Sinne einer nachhaltigen Inklusionspolitik in ihrer Vielfalt und Diversität gestalten und die Teilhabe der Stadtbevölkerung an allen gesellschaftlichen Prozessen fördern. Eine zentrale Rolle spielen dabei Mitsprache und Mitgestaltung (welche der Kern einer demokratischen Gesellschaft sind), der soziale Aufstieg sowie bildungs- und arbeitsmarktpolitische Angebote.

Durch die Deklaration Wiens zur Menschenrechtsstadt im Dezember 2014 hat sich die Stadt zum Ziel gesetzt, die bereits gute menschenrechtliche Situation weiter zu verbessern. Wichtige Partnerinnen auf diesem Weg sind zivilgesellschaftliche Initiativen, die einen unverzichtbaren Beitrag zur Menschenrechtsstadt Wien leisten. Viele Generationen mussten noch um ihre Grund- und Menschenrechte kämpfen. Für uns sind sie heute wichtige Grundlage unserer Gesellschaft.

Schwerpunkte in der Stadt der Menschenrechte

- **Inklusion/Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit:** Ungleichheit beeinträchtigt nicht nur die Wahrnehmung sozialer und wirtschaftlicher Rechte, sondern auch das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit und gehört daher in allen Bereichen bekämpft.
- **Bildung:** Für die Herausbildung und Verankerung einer Menschenrechtskultur nimmt Bildung eine zentrale Rolle ein. Denn nur wer Menschenrechte kennt und versteht, kann diese einfordern und verteidigen.

- **Partizipation:** Sowohl formelle, als auch informelle Formen von Partizipation und die aktive Miteinbeziehung der Bevölkerung in der Gestaltung und (Weiter-)Entwicklung der Stadt Wien müssen gefördert und gestärkt werden.
- **Sicherheit und Menschenrechte:** Die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols bedeutet eine besondere Verantwortung und muss daher mit einem besonderen Maß an menschenrechtlichem Bewusstsein ausgeführt werden (etwa proaktive Aufklärung von Missbrauchsfällen bzw. -vorwürfen).

Das Menschenrechtsbewusstsein und -wissen sollen sowohl in der Stadtverwaltung und als auch in der Bevölkerung gestärkt werden. Dazu werden alle Magistratsabteilungen in die Umsetzung der Deklaration eingebunden. Um Diskriminierung auf allen Ebenen zu bekämpfen, braucht es die Vernetzung und Zusammenarbeit relevanter AkteurInnen sowie den intensiven Austausch und die Zusammenarbeit mit der Wiener Zivilgesellschaft.

Daher vereinbaren wir:

- Die nachhaltige Ausstattung und strukturelle Verankerung des Wiener Menschenrechtsbüros.
- Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Grätzel- als auch auf Landesebene ausbauen (BürgerInnenräte etc.) und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickeln (Mentoring/Buddy-Konzepte).
- Round-Tables mit relevanten AkteurInnen (Themen: Sicherheit, Flucht und Asyl, Kinderrechte, Frauenrechte, Antisemitismus, Deradikalisierung).
- Gezielte Maßnahmen zur Stärkung von sozial marginalisierten Menschen und zielgruppenorientierte Informationen zum Thema Menschenrechte.
- Bewusstseinsbildung zum Thema Menschenrechte, Förderung der Menschenrechtsbildung und Herausbildung einer Menschenrechtskultur (in Bevölkerung, Polizei und Magistrat).

Flüchtlinge und Asyl: Integration von Anfang an

Vielfalt und Diversität prägen Wien, eine Stadt des Zusammenlebens und des Miteinanders. Wien ist Heimat und Zuhause: Für Frauen und Männer, Junge und Alte, hier Geborene und Zugewanderte, für Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen, Lebensformen und Bedürfnissen. Wir alle sind Wien.

Zuzug ist das Fundament einer wachsenden Stadt, sei es Binnen,- EU,- oder Drittstaatszuzug. Die Stadt lebt von der Vielfalt ihrer BewohnerInnen und der Diversität ihrer Kompetenzen, Erfahrungen und Sprachen. Seit jeher kommen Menschen nach Wien und entwickeln diese Stadt mit. Zuwanderung ist längst zum Teil Wiens geworden und reicht von kurzer Verweildauer bis hin zu langfristiger Niederlassung.

Die unterschiedlichen Voraussetzungen, die Menschen in unsere Stadt mitbringen, müssen von einer visionären Stadtpolitik anerkannt und gefördert werden. Dies muss von der ersten Stunde an passieren, denn Integration von Anfang an ist der Schlüssel zum Erfolg. Inklusions- und Integrationsmaßnahmen werden in diesem Sinne all jenen Menschen zur Verfügung gestellt, die Unterstützung brauchen, unabhängig ihres aufenthaltsrechtlichen Status.

Herausforderungen für den Arbeitsmarkt

Nach wie vor bestehen Hürden, um im Ausland erworbene Qualifikationen, Schul- und Universitätsabschlüsse ebenso wie berufliche Ausbildungen und Erfahrungen in Österreich nutzen zu können. Es geht um eine frühzeitige Erfassung dieser Kompetenzen nach der Einwanderung, um Erleichterungen bei der Anerkennung und um flexible Fortbildungsmöglichkeiten, sodass die vorhandene Ausbildung bedarfsorientiert ergänzt werden kann. Vor allem bezüglich schulischer Abschlüsse aus dem Herkunftsland besteht in Österreich derzeit noch Aufholbedarf.

Daher vereinbaren wir:

- Rot-Grün wird die Handlungsspielräume Wiens als Gesetzgeberin und Behörde ausschöpfen: Wien ist in etlichen Bereichen für Anerkennungserfordernisse und -verfahren zuständig und kann eine wegweisende Rolle mit Vorbildwirkung für den Bund und andere Länder einnehmen. Die gesetzlichen Anforderungen und Vollziehungsverfahren sollen mit dem Ziel durchforstet werden, aus den Erfahrungen mit der erleichterten Anerkennung von Abschlüssen aus Ländern der EU auch für Abschlüsse aus Drittstaaten

zu lernen. Ziel ist die Schaffung eines Wiener Berufsamerkenngesetzes in Anlehnung an die EU-Berufsamerkenngsrichtlinie.

Integration ab Tag 1

Asylverfahren dauern oft lange und sind zermürend für die Betroffenen. Deutschkurse für Erwachsene sind während des Asylverfahrens nicht vorgesehen und werden derzeit nicht flächendeckend, sondern lediglich freiwillig von der Stadt Wien und privaten Initiativen angeboten. Dies erschwert die Integration, da der rasche Spracherwerb einen wesentlichen Schlüssel zum Zugang in die österreichische Gesellschaft darstellt. Ebenso bringen viele Flüchtlinge Qualifikationen und Ausbildungen mit nach Österreich. Auch hier wird wertvolle Zeit vergeudet, was die Anerkennung und mögliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt nach einem positiven Asylbescheid betrifft.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind besonders vulnerabel und bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Kindergarten, Schule/Ausbildung und Freizeitgestaltung. Insgesamt können diese Herausforderungen nur durch das Bündeln der Kompetenzen im Flüchtlings- und Integrationsbereich gemeistert werden. Des Weiteren bedarf es neuer, kreativer Ideen und Initiativen, die im Sinne von Integration ab der ersten Stunde die Inklusion von Flüchtlingen unterstützen und fördern.

Grundlage des Zusammenlebens ist die Zustimmung aller zu den Grundwerten unserer Stadt.

Daher vereinbaren wir:

- Ab sofort beginnt Integration mit der Ankunft in Wien, egal ob als (fremdsprachige) ZuwanderIn oder als AsylwerberIn. Der neue Kompetenzbereich soll als Hauptaufgabe die Weiterentwicklung des Konzeptes für eine Willkommensstrategie und langfristige Integrationsbegleitung erarbeiten.
- Hier gilt es auch, ein Anreizsystem auf Basis von Sachleistungen zu implementieren, welches den Start in einen neuen Lebensabschnitt in unserer Gesellschaft unterstützt und begleitet sowie das Engagement von ZuwanderInnen und AsylwerberInnen fördert. Die Möglichkeiten der gemeinnützigen Beschäftigung für AsylwerberInnen sollen erweitert und forciert werden.
- Der neue Kompetenzbereich umfasst insbesondere Spracherwerb, (Aus-)Bildung, Freizeit und Kultur, Arbeit, Wohnen, Existenzsicherung und gesellschaftliche Partizipation.

- Eng damit verzahnt ist die organisatorische Abwicklung der Versorgung von sogenannten hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in Österreich im Rahmen der Grundversorgung. Dazu zählen insbesondere: AsylwerberInnen, Asylberechtigte, Vertriebene und „andere aus rechtlichen und faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen“.
- Schaffung von maßgeschneiderten Beschäftigungsprogrammen für arbeitsfähige BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung – diese können auch maßgeblich zu einer raschen und umfassenden Integration von anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten beitragen. Bei ihnen steht die Erlangung von Deutschkenntnissen im Vordergrund. S
- Unterstützung von Projekten und Initiativen, die im Flüchtlingswesen tätig sind und durch spezifische Angebote die Inklusion von Flüchtlingen fördern und unterstützen.

Spracherwerb

Sprache ist im täglichen Zusammenleben zentral. Der rot-grünen Stadtregierung geht es um die Verbesserung des Angebotes an und die Weiterentwicklung von Sprachförderung. Im Mittelpunkt steht die Förderung des schnellen Deutschlernens. Voraussetzungen für einen raschen und erfolgreichen Spracherwerb sind begrenzte TeilnehmerInnenzahlen und motivierte KursteilnehmerInnen. Um eine hohe Lernbereitschaft zu erzielen, ist es notwendig, auf unterschiedliche Sprachstände Rücksicht zu nehmen. Dies führt in weiterer Folge auch zu einer Verringerung der Drop-Out-Quote.

Für die WienerInnen ist Mehrsprachigkeit eine Bereicherung und ein beruflicher Vorteil. ZuwanderInnen und deren Kinder können Deutsch durch eine bessere Beherrschung der Muttersprache schneller erlernen.

Daher vereinbaren wir:

- Neuorganisation der Sprachfördermaßnahmen (vom Clearing bis zum Abschluss).
- Zentrales Sprachstands-Clearing: Der flächendeckende Ausbau der freiwilligen Einstufungstests im Rahmen des Projekts StartWien soll den passenden Sprachkurs vermitteln.
- Entwicklung von berufsbezogenen bzw. berufsfeldorientierten Deutschkursen und von bedarfsgerechten Modulen, um Nachqualifizierungen sowie

Qualifizierungen von sprachlich ergänzungsbedürftigen Personen in gefragten Berufsfeldern zu ermöglichen.

- Förderung von Mehrsprachigkeit: Mit der Errichtung von Erstsprachenzentren gemeinsam mit den MigrantInnen-Organisationen sollen die Muttersprachen gefördert werden. Am Ende der Volksschule soll jedes Kind in Wien zwei Sprachen sprechen, eine davon soll Deutsch sein.
- Mehr Ressourcen für schnellen Deutscherwerb: Die Stadtregierung fordert von Seiten des Bundes mehr Mittel für den Deutscherwerb und eine österreichweit einheitliche Deutschkurs-Architektur.

Bildung

Bildung ist die Grundlage für soziale Aufstiegsprozesse, gesellschaftliche Teilhabe, Integration und für wirtschaftlichen Erfolg. Es ist eine sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aufgabe, allen Menschen unabhängig vom sozialen Status oder der Herkunft gleichen Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Bildung erhöht die Berufs- und Erwerbschancen und stärkt Demokratiereife, Diskussionskultur und die Fähigkeit, Rechte und Interessen wahrzunehmen und zu vertreten. Während wesentliche Rahmenbedingungen in der Bildungspolitik auf Bundesebene bestimmt werden, kann Wien dennoch wichtige Impulse und Aktivitäten setzen. Das betrifft die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie Schulen und Kindergärten.

Die Jugendarbeitslosigkeit steht international seit vielen Jahrzehnten im Fokus von Sozial- und Beschäftigungspolitik. In den vergangenen Jahren ist ein zweiter Indikator in den Vordergrund gerückt, nämlich jene Jugendlichen, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung oder Training stehen.

Jugendliche, die vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten und nicht mehr schulpflichtig sind, haben es besonders schwer, passende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Oft haben sie in ihrem Herkunftsland fundierte Ausbildungen begonnen oder absolviert, können diese aber in Wien nicht fortsetzen oder verwerten, weil ihnen z.B. Sprachkenntnisse oder die Anschlussfähigkeit an unsere Ausbildungssysteme fehlen. Gleichzeitig brauchen Jugendliche, die bisher keine oder nur eine sehr eingeschränkte schulische Ausbildung erhalten haben, besondere Unterstützung. (Änderungsvorschlag, weil aktiver Satz statt Feststellung)

Daher vereinbaren wir:

- Die Zukunft junger Menschen wird oft von der sozialen Herkunft bestimmt. Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem alle Kinder gleiche Chancen bekommen und optimal gefördert werden. Der Schlüssel dafür ist eine bessere Verteilung der Ressourcen: Schulen mit großen Herausforderungen müssen daher entsprechend besser ausgestattet sein. Finanziell, aber auch im Hinblick auf Personal oder Lehrmethoden. Die Einführung einer solchen österreichweiten Mittel- und Ressourcenverteilung auf Basis eines international erprobten Sozialindex soll den Schulen die Möglichkeit geben, die Potentiale unserer Kinder bestmöglich auf- und auszubauen.
- Ab 2016 soll ein spezielles Jugendcollege mit etwa 1.000 Ausbildungsplätzen eingerichtet werden („Start Wien - das Jugendcollege“). Dieses Angebot ist nicht auf AsylwerberInnen oder Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte beschränkt, sondern steht grundsätzlich auch anderen neu zugewanderten Jugendlichen mit vergleichbaren Problemlagen offen. Mit diesem College etablieren wir ein systematisches, modulares und zur Schule analoges Bildungsangebot, damit diese Jugendlichen möglichst rasch die Chance zum Besuch einer höheren oder berufsbildenden Schule, den Einstieg in eine Lehrausbildung oder auch zur Aufnahme einer Beschäftigung erhalten.

Willkommenskultur

NeuzuwanderInnen brauchen Unterstützung und Orientierung, um die mitgebrachten Fähigkeiten und Fertigkeiten rasch in die Gesellschaft einbringen zu können. Es sind heute vor allem Menschen aus EU-Staaten, die nach Wien kommen, sich einbringen und ihre Zukunft hier gestalten. Eine Herausforderung liegt aber auch in der dynamischen Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Wien lässt Menschen, die aus Krisengebieten fliehen mussten, nicht im Stich. Um ihnen Orientierung zu bieten, braucht es in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt sowie Zusammenleben.

Daher vereinbaren wir:

- Willkommenskultur ausbauen: Erstororientierung („StartWien“-Programme), Sprachförderung, Bildungsmaßnahmen, Berufsqualifizierung werden zusammengeführt, um schnelles Andocken zu ermöglichen. Es braucht die genaue Schnittstellendefinition zu Aufenthaltsrecht und Integration sowie Diversitätsmanagement im Magistrat.
- Kernstück des Programms ist die Kompetenzenbilanz, bei der geklärt wird, woher die Menschen kommen, welche Qualifikationen sie mitbringen und welche Form der Unterstützung sie brauchen.
- Angebote für EU-BürgerInnen sollen im Rahmen des Projekts „StartWien“ verstärkt und um verschiedene Informationsmodule ausgeweitet werden.
- Vermittlung der Inhalte der Wiener Charta, um auch im Feld Zusammenleben die Willkommenskultur und den Integrationsprozess von Beginn an zu unterstützen.

Asyl: Solidarität unterstützen

Wien ist und bleibt Vorbild im menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Wir setzen uns mit einer klaren Haltung für Menschlichkeit ein und leben gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Solidarität.

Rund 66 Prozent aller AsylwerberInnen in Wien leben in Privatwohnungen. Dies bedeutet mehr Selbstständigkeit für AsylwerberInnen von Anfang an, eine faire Verteilung auf die Bezirke und legt den Grundstein für eine bessere Integration auf Grätzelebene.

Aufgrund der steigenden Anzahl von AsylwerberInnen in Wien steigt auch die Anzahl der privat an diese vermieteten Unterkünfte.

Daher vereinbaren wir:

- Um hier private QuartiergeberInnen und -nehmerInnen besser zu unterstützen, werden Leitfäden entwickelt und strukturelle Unterstützungsangebote sichergestellt.

Frauen in Wien: Sicher, selbstbestimmt, unabhängig

Oberstes Ziel einer modernen Gesellschaft muss die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern sein. Die Stadt Wien setzt sich seit vielen Jahren für die Bedürfnisse ihrer Bewohnerinnen ein. Ungleichbehandlungen von Frauen in jeglicher Form und in allen Lebensbereichen haben in Wien keinen Platz. Die Erreichung der Ziele des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes ist ein wichtiges Anliegen. Die Stadt bekennt sich dazu, gerade in Hinblick auf die wachsende Stadt künftige Herausforderungen in Bezug auf die Gleichstellung besonders im Fokus zu haben und dementsprechende Handlungen zu setzen. Wesentlich für eine moderne Stadtverwaltung ist es, Gender Mainstreaming und die Instrumente des Gender Budgeting weiter zu entwickeln und zu vertiefen, um sie auf die nächste Ebene der Verbindlichkeit zu heben.

Die Stadt Wien nimmt ihre Verantwortung in Bereichen der Gleichstellung zur Chancengerechtigkeit aktiv wahr und bietet für Frauen in ihren unterschiedlichen Lebensphasen vielfältige Angebote. Hierfür ist der Wiener Gleichstellungsmonitor das Navigationsinstrument. Mit dieser aktiven Lebenslaufpolitik werden die Wienerinnen dabei unterstützt, ein sicheres, selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Einen wesentlichen Beitrag leisten dabei auch unabhängige Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen sowie feministische Projekte, die weiterhin ausreichend unterstützt und gefördert werden.

Frauen: Arbeitsmarkt und Einkommen

Frauen müssen in Wien sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können. Ein eigenständiges existenzsicherndes Einkommen ist dafür die notwendige Basis. Die Wirtschaftskrise hat die ohnehin bestehenden Ungleichstellungen der Geschlechter am Arbeitsmarkt verschärft. Arbeitsmarktmaßnahmen müssen daher einen speziellen Fokus auf Frauen legen. Die bestehenden Einkommensunterschiede sind dabei die zentrale Herausforderung. Um die Lohnschere ein für alle Mal zu schließen, müssen die Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden. Frauen verdienen ein Einkommen zum Auskommen und faire Arbeitsverhältnisse. Dabei ist Gleichstellung durch Chancengerechtigkeit das Ziel. Frauenquoten sind ein wirksames Instrument zur Frauenförderung, das - wo notwendig - eingeführt und - wo vorhanden - durchgesetzt werden muss.

Daher vereinbaren wir:

- Unternehmen in die Pflicht nehmen: Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein wichtiger Hebel, um in den Wiener Betrieben Gleichstellungsmaßnahmen zu initiieren. Diese Verantwortung muss eine moderne Verwaltung wahrnehmen. Die Implementierung der gekoppelten Vergabe erfolgt in einem Etappenplan und wird in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut.
- Unterstützungsmaßnahmen des Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds für Frauen (waff) speziell für Frauen in Teilzeitarbeitsverhältnissen, ältere Frauen und Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen werden fortgeführt.
- Eine Vernetzungsplattform zur Arbeitsbewertung und -zeit mit KooperationspartnerInnen (ÖGB, AK, IV, WKÖ,...) wird ins Leben gerufen.
- Ein Frauenservice-Zentrum der Stadt Wien als zentrale Beratungsstelle für Frauen in allen sie betreffenden Themenfeldern wird mit einem speziellen Arbeitsmarktfokus entwickelt.

Frauen: Bildung & Aus- und Weiterbildung

Die Entwicklung der Bildungsbeteiligung von Frauen ist seit den 1960er Jahren eine Erfolgsgeschichte. Mittlerweile schließen mehr Frauen ein Hochschulstudium ab als Männer und haben damit höhere Abschlüsse. Trotzdem gibt es noch immer eine geschlechtsspezifische Segregation: Rollenbilder bestimmen die Bildungswege von jungen Frauen. Es ist wesentlich, diesen mittels aktiver Mädchenförderung entschieden entgegen zu treten. Mit der wachsenden Stadt steigt auch die Zahl der Frauen mit niedriger Qualifikation. Diese brauchen Unterstützung dabei, ihren Weg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Daher vereinbaren wir:

- Die Weiterentwicklung des Frauencolleges zur Aus- und Weiterbildung in einem modularen System mit der Eingliederung aller bestehender Angebote von der Alphabetisierung über den Lehrabschluss bis hin zum Wiedereinstieg von Akademikerinnen.
- Flächendeckende gendersensible Pädagogik in den Kindergärten und Schulen der Stadt Wien.

- Ausbau der Elternarbeit zum Abbau von genderspezifischen Rollenbildern.
- Rollenstereotypen und Ungleichbehandlungen wird entschieden entgegen getreten, um Mädchen und junge Frauen bei einem selbstbestimmten Leben zu unterstützen.
- Flächendeckende Verankerung der Sexualpädagogik auch in Hinblick auf respektvollen Umgang miteinander.

Frauen: Stadtentwicklung & Wohnen

Wien wächst! Frauen und Männer haben vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rollenanforderungen und gesellschaftlicher Ausgangspositionen auch unterschiedliche Bedürfnisse an den wachsenden öffentlichen Raum und ihren damit zukünftigen Wohnraum. In einer modernen Stadt wie Wien bedeutet gelebte Gleichstellungspolitik, für Frauen und Männer gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen und sie damit in ihrem Alltag zu unterstützen.

Daher vereinbaren wir:

- Mit „DIE Stadt“ wird ein Projekt für alltagsgerechte Planung und Umsetzung von neuen Stadtteilen entwickelt.
- Die Verfügbarkeit und Leistbarkeit von Wohnraum speziell für Frauen.

Frauen: Gewaltschutz und sexismusfreie Gesellschaft

Gewalt an Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung, deren Bekämpfung oberste Priorität haben muss. Frauen sind unabhängig von Alter, Herkunft, sozialer Stellung und Bildungsstand auf vielfältige Weise von Gewalt betroffen. Die Täter kommen dabei in den allermeisten Fällen aus dem persönlichen Umfeld der Frauen. Daher braucht es ein enges Gewaltschutznetz, das Frauen in Not auffängt. Dieses muss in einer wachsenden Stadt ausgebaut werden. Die Formen von Gewalt sind vielfältig und nicht immer sichtbar. Psychische Gewalt muss als eigener Straftatbestand geahndet werden. Die Sensibilität für diese Form der Gewalt an Frauen muss bei den zuständigen Behörden und Beratungsstellen gesteigert werden. Es kann nicht geduldet werden, dass der Alltag von Frauen und Mädchen im Privaten als auch im öffentlichen Raum durch Sexismen geprägt ist, die sie in ihrer Würde verletzen. Es braucht ein klares Bekenntnis zu einer sexismusfreien und respektvollen Gesellschaft.

Daher vereinbaren wir:

- Das Wiener Gewaltschutznetz wird bei Bedarf ausgebaut: Ausbau und Weiterentwicklung der städtischen Gewaltschutzeinrichtungen wie den Wiener Frauenhäusern und dem Wiener Frauennotruf sowie die Sicherstellung ausreichender Versorgung der Opferschutzeinrichtungen.
- Sensibilisierung der zuständigen Behörden und Beratungsstellen für psychische Gewalt (vor allem im Bereich der Justiz und bei Gesundheitseinrichtungen).
- Einsatz für die Absicherung von TäterInnenarbeit zum nachhaltigen Schutz der Opfer.
- Initiierung einer Kampagne für Sexismusfreie öffentliche Räume, um für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren.
- Vermittlung des respektvollen Umgangs zwischen den Geschlechtern im Rahmen von institutioneller Bildung.
- Fortführung der Wiener Werbewatchgroup, die es zum Ziel hat, gegen Sexismus in der Werbung und somit auch im öffentlichen Raum vorzugehen.
- Selbstbestimmtheit, Selbstständigkeit und die Sicherheit von SexarbeiterInnen vermeidet Abhängigkeiten. Die Neustrukturierung und Erweiterung der Steuerungsgruppe „Sexarbeit“ soll unter Einbeziehung der NGOs, der Betroffenen und der Polizei ein breites Spektrum an Themen und Handlungsfelder umfassen.
- Es werden weiterhin alle Anstrengungen unternommen, um den Psychoterror vor Gesundheitseinrichtungen zu beenden.

Frauen: Armut

Armut und Wohnungslosigkeit von Frauen sind in unserer Gesellschaft oftmals nicht in gleicher Art und Weise sichtbar wie bei Männern. Daher wird dies oft unterschätzt. Dabei sind gerade Frauen häufiger von Armut betroffen und somit in ihrer eigenständigen Existenz gefährdet. Mehr als die Hälfte der MindestsicherungsbezieherInnen sind Frauen. Immer mehr Frauen sind auf diese angewiesen, obwohl sie arbeiten. Grund dafür sind vor allem atypische Arbeitsverhältnisse.

Daher vereinbaren wir:

- Geschlechtsspezifische Analysen zu Ursachen und Bewältigungsstrategien von Armut.
- Schwerpunkt der Frauenberatung für Alleinerzieherinnen.

Frauen sichtbar machen

Frauen repräsentieren mit rund 52 Prozent mehr als die Hälfte der Wiener Bevölkerung, sind in Entscheidungsfunktionen aber oft unterrepräsentiert. Deshalb ist es auf dem Weg zu einer gleichgestellten Gesellschaft wesentlich, Frauen und ihre Leistungen gleichermaßen sichtbar zu machen.

Daher vereinbaren wir:

- Sichtbarmachen von Frauen im öffentlichen Raum: Die Benennung von Straßen und Plätzen nach Frauen ist von großer Wichtigkeit und wird stetig weiterverfolgt.
- Um die Medienpräsenz von Frauen zu erhöhen und die Lebensrealitäten von Frauen aus feministischer Perspektive zu beleuchten, zu diskutieren und medial (TV, Web, etc.) zu dokumentieren, wird die Reihe „FEMINISTISCH diskutiert“ als eigenes Format initiiert.
- Mit dem Wiener Gleichstellungsmonitor werden im 3-Jahres-Rhythmus die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Wien in vielfältigen Themenfeldern sowie Entwicklungen sichtbar. Um Ergebnisse zu visualisieren, sollen die Lebensrealitäten mittels des „Genderatlas“ abgebildet werden.
- Das Ziel einer sichtbaren Erhöhung des Frauenanteils in Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens wird weiterverfolgt.

Wien unterm Regenbogen: Vielfalt und Akzeptanz

Unser Ziel ist es, Wien bis 2020 zur Regenbogenhauptstadt Europas zu machen, die für ihr gesellschaftliches Klima der Offenheit, Solidarität und Akzeptanz geschätzt wird. Vom Bildungsbereich über die Jugendarbeit bis zum Arbeitsplatz und zur Pflege – wir setzen uns für gleiche Rechte in allen Lebensbereichen ein, frei von Diskriminierung. Egal ob lesbisch, schwul, bi, trans, inter oder hetero – Wien steht zu dir!

Regenbogenhauptstadt Wien

Wien soll bis 2020 Regenbogenhauptstadt Europas werden.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt gründet gemeinsam mit SozialpartnerInnen und Unternehmen ein Bündnis gegen Homophobie und Transphobie.
- International wird das „Rainbow Cities Network“ ausgebaut.

Bekämpfung von homophober und transphober Diskriminierung und Gewalt

Die „Queer in Wien“-Studie hat gezeigt, dass immer noch 27,8 % der LGBTIQ-Personen in Wien Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen im öffentlichen Raum erleben. Fast die Hälfte der Lesben, Schwulen, Intersexuellen und Transgender sind nicht out am Arbeitsplatz. Ein angstfreies Leben und ein Sicherheitsgefühl, sowohl im öffentlichen Raum als auch am Arbeitsplatz, müssen für LGBTIQ-Personen gelebte Realität werden.

Daher vereinbaren wir:

- Kooperation mit der Polizei zur Verbesserung der Erhebung und Bekämpfung von Hate Crimes.
- Initiative zur Bekämpfung homophober Gewalt im öffentlichen Raum.

Vielfalt im Alltag

Regenbogenfamilien sind längst Realität in unserer Stadt, aber in unserer Gesellschaft immer noch nicht gleichgestellt. Mit einem Regenbogenfamilienzentrum schaffen wir Raum für Beratung, Austausch, Vernetzung und Unterstützung. Wien setzt damit auch ein gesellschaftspolitisches Zeichen für die Öffnung der Ehe und der gleichberechtigten Möglichkeit der Adoption. Denn Familie ist, wo Liebe ist.

Daher vereinbaren wir:

- Umsetzung Regenbogenfamilienzentrum: Treffpunkt, Beratungs- und Serviceeinrichtung für Regenbogenfamilien und LGBTIQ-Personen mit Kinderwunsch.

Akzeptanz ohne Altersgrenzen

Auch im Alter sollen WienerInnen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität keine Diskriminierungserfahrungen befürchten müssen.

Daher braucht es flächendeckende Schulungen für das Personal von Pflege- und Altersbetreuungseinrichtungen. Pflege- und Altersbetreuungseinrichtungen sollen sichtbare Angebote für Pflege unterm Regenbogen entwickeln und damit auf die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Intersexuellen oder Transgender-Personen eingehen.

Auf besondere Lebensbiografien von älteren Lesben, Schwulen und Transgender-Personen muss auch bei Wohnprojekten Bedacht genommen werden.

Daher vereinbaren wir:

- Pflege unterm Regenbogen: Flächendeckende Schulungen für das Personal von Pflege- und Altersbetreuungseinrichtungen.
- Bedarfsgerechte Wohnprojekte für LGBTIQ-Personen unterstützen.

Mit dem Mahnmalsprojekt für die homosexuellen und transgender NS-Opfer und mit der Förderung von schwul-lesbischer Geschichtsforschung bekennt Wien Farbe. Wir schaffen mit dem neuen NS-Mahnmal einen Ort des Gedenkens, der mittels zeitgemäßer Vermittlungsarbeit auch ein zentraler Erinnerungsort für die Wiener Community wird. Gemeinsam mit bestehenden Initiativen soll in der Wiener Museumslandschaft ein sichtbarer Platz für die lesbisch-schwul-bi-trans Geschichte unserer Stadt geschaffen werden.

Daher vereinbaren wir:

- Ausbau der Gedenkkultur: Fortführung der Umsetzung des permanenten Mahnmals für NS-Opfer und Unterstützung projektbegleitender schwul-lesbischer Geschichtsforschung.
- Sichtbarer Platz für LGBTIQ-Geschichte in der Wiener Museumslandschaft.

9. WIEN LEBT: UMWELT & KLIMA, GRÜNRÄUME UND MÄRKTE

Die rot-grüne Stadtregierung verschreibt sich höchster Lebensqualität für bald zwei Millionen Menschen. Metropolen wie Wien tragen besondere Verantwortung für den globalen Klima- und Umweltschutz. Die ökologischen Herausforderungen bleiben groß, die Chancen sind einzigartig. In den nächsten Jahren intensiviert die Stadt Wien ihre Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen. Wien verpflichtet sich, bei der Entwicklung neuer Stadtteile gleichzeitig großzügige Grünräume zu schaffen sowie bestehende zu bewahren und legt ein klares Bekenntnis zu einer starken, kommunalen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ab.

Groß-Grünräume erhalten und ausbauen

Der Weg zur Zwei-Millionen-Metropole bedeutet auch zusätzlichen Bedarf an Grünraum. Neben der Entwicklung von neuen großen Erholungsgebieten wird sichergestellt, dass für Erholung und Naturschutz bedeutende Flächen im gesamten Stadtgebiet unangetastet bleiben.

Bei der Entwicklung neuer Stadtteile besteht die Verpflichtung, gleichzeitig dazu großzügige Grünräume zu schaffen. Die Begrünung von Dächern, Fassaden und Innenhöfen wird weiterhin gefördert.

Wien folgt dem internationalen Trend, Grünanlagen in „essbare Landschaften“ zu verwandeln und unterstützt Initiativen, die mit eigenem Engagement und Selbstorganisation den Selbstversorgeranteil der Stadt erhöhen, durch die Bereitstellung von stadtwirtschaftlichen Flächen. Ziel ist es, verstärkt Lebensmittel aus dem eigenen Umfeld genießen zu können und zur Bewusstseinsbildung für ökologische Landwirtschaft und Nahversorgung beizutragen.

Daher vereinbaren wir:

- Schaffung großer, zusammenhängender Naherholungsgebiete vor allem in bevölkerungsstarken Bezirken (Norbert-Scheed-Wald, Rendezvousberg, Neue Lobau zwischen Aspern und dem Nationalpark Donauauen, Goldberg, Bisamberg-Vorland etc). Alle diese Erholungsgebiete sind gemeinsam mindestens so groß wie der Grüne Prater und dienen dem Ausbau der Grünen Lunge einer wachsenden Stadt.

- Die Schaffung dieser neuen Gebiete ist ein weiterer Schritt zum Schließen des Grüngürtels rund um Wien.
- Schaffung von natürlichen „Klimaanlagen“ im dicht verbauten Gebiet durch vertikale Grünflächen und Dachbegrünungen.
- Errichtung wohnungsnaher Parks bzw. Modernisierung bestehender.
- Forcierung naturnaher und damit auch kostengünstiger „Stadtwildnis“-Projekte in den Parks und Grünanlagen.
- Mehrfachnutzung von Flächen ausweiten: Grünflächen bei Neubauten von Schulen und Kindergärten nachmittags und an schulfreien Tagen für alle nutzbar machen.
- Nachbarschafts-, Grätzelgärten und Selbsternteprojekte weiter fördern.
- Schwerpunkt Stadtlandwirtschaft: Klares Bekenntnis zu neuen Formen der Stadtlandwirtschaft.
- Ein wichtiges Ziel in Wien ist die weitest gehende Vermeidung von Pestiziden.
- Der rot-grünen Stadtregierung ist Bienenschutz in der Stadt ein wichtiges Anliegen.
- Pilotprojekt „Essbare Stadt“ in einem Bezirk.

Antworten auf den Klimawandel: Forcierung erneuerbarer Energieträger, Energieeffizienz und Ausbau der Öffis

Der globale Klimawandel ist keine entfernte Bedrohung, sondern Realität. Die Zunahme von Starkregenereignissen und Wetterextremen ist auch für die Wienerinnen und Wiener inzwischen spürbar geworden.

Die Stadt Wien hat auf die globalen Entwicklungen frühzeitig reagiert und bereits 1999 das erste, sehr umfassende Wiener Klimaschutzprogramm KliP I beschlossen. Die Stadt Wien intensivierte die Maßnahmen im Rahmen des KliP II und der Smart City Rahmenstrategie und legte folgende Ziele fest:

- bis 2020 – Senkung der Treibhausgas-Emissionen pro Kopf um 21 % gegenüber 1990
- bis 2030 – Senkung der CO₂-Emissionen pro Kopf um 35 % gegenüber 1990
- bis 2050 – Senkung der CO₂-Emissionen pro Kopf um 80 % gegenüber 1990

Daher vereinbaren wir:

- Der Einsatz und Ausbau erneuerbarer Energieträger wird auch künftig vorangetrieben. Das Ziel ist die Verdopplung der durch erneuerbare Energieträger bereitgestellten Menge an Endenergie gegenüber 1990.
- Ganz zentral ist die Steigerung der Effizienz auch bei der Energieerzeugung.
- Der sparsame Einsatz der Endenergie – also Effizienzsteigerungen bei der Verwendung von Energie – wird in allen Bereichen forciert.
- Der umweltfreundliche Verkehr, insbesondere der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrs, wird weiter forciert. Von signifikanter Bedeutung wird in Zukunft der Radverkehr sein. Auch die weitere Attraktivierung des Fußgängerverkehrs wird einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten.
- Wien ist beim Thema Klimawandelanpassung mit einer Studie zu „Urban Heat Islands“ Vorreiterin. Erfolgsversprechende Maßnahmen aus der Studie werden zur Vermeidung von Hitzeinseln in der Stadt umgesetzt.

Moderne Infrastruktur in kommunaler Hand: verlässlich und leistbar für alle

Wien legt ein klares Bekenntnis zu einer starken kommunalen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ab. Die gesamte Ver- und Entsorgungskette und somit die Ver- und Entsorgungssicherheit bleiben auch künftig in den Händen der Stadt Wien. Die Sauberkeit einer Stadt trägt wesentlich zu einem positiven Lebensgefühl für alle Bewohnerinnen und Bewohner bei.

Deshalb vereinbaren wir:

- Die Versorgung aller Wienerinnen und Wiener mit bestem Trinkwasser aus den Bergen wird durch Investitionen in die Wasserversorgungsinfrastruktur sichergestellt.
- Bei der Abwasserentsorgung ist die Entlastung der Kanäle vom Regenwasser durch modernes Regenwassermanagement eine zentrale Herausforderung.
- Die Stadt Wien arbeitet an der ökologischen Weiterentwicklung ihrer modernen Kläranlage und setzt auf Erzeugung alternativer Energien wie Klärgas. Ein umfassendes Energie-Optimierungs-Programm (EOS) macht die Kläranlage ab 2020 energieautark und spart 40.000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein.

- Das Müllaufkommen ist auch in der wachsenden Stadt seit vielen Jahren dank zahlreicher Maßnahmen zur Mülltrennung und –vermeidung stabil. Zur weiteren Erhöhung der Sammelquoten der getrennten Sammlung werden weitere Pilotprojekte mit der ARA durchgeführt.
- Wien baut das hohe Sauberkeitsniveau weiter aus. Die WasteWatcher kontrollieren die Sauberkeitsspielregeln streng und mit Erfolg. Dieser Weg wird konsequent fortgesetzt.
- In Sachen „Sauberkeit in der Stadt“ werden neue Infoschienen zur Bewusstseinsbildung erarbeitet.
- Plastiksackerln sind ein weltweites ökologisches Problem. Wien setzt sich für ein bundesweites Verbot von Plastiksackerln ein und will bis dahin im eigenen Wirkungsbereich die Verwendung von unnötigen Plastiksackerln einschränken.
- Das zentrale Element der Wiener Umwelt- und Abfallwirtschaft ist und bleibt Ressourcen-Schonung. Wesentlicher Punkt bleibt die Abfallvermeidung, die künftig auf allen Ebenen weiter ausgebaut werden soll.

Märkte

Die WienerInnen erwarten sich gesunde, qualitativ hochwertige Lebensmittel mit nachvollziehbarer Herkunft. Die Wiener Märkte bieten das zu jeder Jahreszeit in Vielfalt, Qualität und Frische. Notwendig ist dafür eine transparente Kette vom Feld bis auf den Teller. Die Stadt und ihre Einrichtungen schützen KonsumentInnen durch Maßnahmen für Produkt- und Lebensmittelsicherheit sowie Hygienestandards auf höchstem Niveau.

Die Marktstandvergabe soll gemäß der geltenden Marktordnung unter Vorlage eines Geschäftskonzeptes erfolgen. Um die Attraktivität der Märkte zu sichern, soll weiterhin auf Branchenmix und Angebotsmöglichkeiten für Fairtrade-, Bio- und regionale Produkte geachtet werden. Die Wiener Märkte sollen ihre einzigartige Vielfalt präsentieren. Das Erscheinungsbild soll nicht von Systemgastronomie oder Handelsketten geprägt sein.

Die Standgebühren sollen regelmäßig überprüft werden, ebenso wie eine ökonomische Steuerung in Bezug auf elektrische Heizstrahler.

Regional und biologisch einkaufen

Wer regional kauft, ist gut beraten. Es ist den Wienerinnen und Wienern wichtig, ihre Lebensmittel mit Bedienung und Beratung bei dem Marktstand ihres Vertrauens zu kaufen. Auf den Wiener Märkten gibt es die Lebensmittel noch direkt von den Bäuerinnen und Bauern. Die Märkte bieten regionale und saisonale Produkte in höchster Qualität. Darauf wird die Stadt weiter achten.

Daher vereinbaren wir:

- Vom Feld auf den Teller: Wir wollen das landwirtschaftliche Angebot vergrößern. Mit der Errichtung von Bio-Ecken wird noch stärker sichtbar gemacht, dass die Wiener Märkte bio sind.

Wohlfühloase Wiener Markt

Die Wiener Märkte sind beliebte und belebte Treffpunkte geworden, welche die Vielfalt, Offenheit und Lebendigkeit unserer Stadt widerspiegeln. Damit sind sie Orte des guten Zusammenlebens.

Daher vereinbaren wir:

- Bunte Veranstaltungsreihen und Kulturprojekte bereichern das vielfältige Angebot unserer Wiener Märkte.
- Mit einer Märkte-Offensive werden wir die Attraktivität und Belebung von weniger frequentierten Märkten fördern.
- Auf den Wiener Märkten und im öffentlichen Raum sollen nach Möglichkeit Sitzgelegenheiten und Trinkbrunnen errichtet werden.

Neue Märkte in Stadterweiterungsgebieten

In der Stadt entstehen neue, multifunktionale Stadtteile mit Wohnungen, Büros, Gewerbe-, Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsquartieren sowie großzügigen Grün- und Freiräumen. Hochwertige Infrastruktur und Urbanität sorgen für eine neue Qualität des Wohnens und Arbeitens. Die Angebote regionaler Nahversorgung sollen ebenso mitwachsen wie die Stadt selbst.

Daher vereinbaren wir:

- In den Stadterweiterungsgebieten sollen neue Märkte entstehen und in weiterer Folge Möglichkeiten bzw. alternative Formen für Direktvermarktung entwickelt werden.

Sanierung der Wiener Märkte

Das Investitions- und Belebungsprogramm 2009 bis 2015 für die Wiener Märkte befindet sich in der Abschlussphase. Das Sanierungsprogramm wird fortgesetzt.

Daher vereinbaren wir:

- Generalsanierung Großmarkt.
- Abriss und Neuerrichtung Hannovermarkt.
- Infrastruktursanierung Landparteienplatz und Sanierung der stadteigenen Stände am Naschmarkt.
- Sanierung Viktor Adler Markt.
- Attraktivierung Schlinger-Markt in Absprache mit der Bezirksvorstehung.

10. WIEN HAT KULTUR: FÜR ALLE, MIT ALLEN

Cultural Guidelines

- **Für eine starke öffentliche Kulturfinanzierung.** An Kunst und Kultur besteht öffentliches Interesse. Sie sind daher nicht dem Marktmechanismus, sondern Qualitätskriterien verpflichtet.
- **Für die Freiheit der Kunst.** Wien steht für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks als Basis einer freien Gesellschaft. Kulturpolitik distanziert sich von jeder ästhetischen oder inhaltlichen Normierung in der Kunst.
- **Für eine Kulturpolitik der Gerechtigkeit.** Die Stadt hat offene, für alle zugängliche, inklusive Kulturräume und -angebote.
- **Für Gender- und Migrant-Mainstreaming.** Bei entscheidenden Gremien (Jurys, Kuratorien, Aufsichtsräte, Findungskommissionen und Leitungsorgane) wird Geschlechtergerechtigkeit und eine der Diversität Wiens entsprechende Vertretung angestrebt.
- **Für eine zeitgenössische, lokale Moderne.** Ja zu Internationalität. Nein zu globalisierter Monokultur. Die Weltkulturstadt Wien bleibt unverwechselbar. Das Neue vor Ort wird gefördert.
- **Für ein mutiges Stadtbild.** Wien braucht Kulturbauten, die die Stadt als Kulturstadt des 21. Jahrhunderts definieren. Kulturelle Entwicklung ist fixer Bestandteil der Stadtentwicklung und -erweiterung.
- **Für eine Kultur der Kooperation.** Wien fördert die Zusammenarbeit, Vernetzung und kreative Konfrontation. Ein Netz von Kulturpartnerschaften verbindet die wachsende Stadt. Die Infrastrukturen und das Wissen großer geförderter Kulturinstitutionen stehen auch kleinen Initiativen zur Verfügung.
- **Für Freiräume in der Stadt.** Kreativität braucht Raum, in dem Neues entstehen kann. Wien bietet vielfältige Orte, an denen die Gesellschaft mitgestaltet werden kann. Nicht profitorientierte Aktivitäten haben ausreichend Platz in der Stadt.
- **Für eine Kultur der Partizipation.** Alle Menschen können und sollen am kulturellen Leben in Wien teilhaben.

- **Für die Vermittlung von kultureller Kompetenz.** Wien nimmt den kulturellen Bildungsauftrag ernst. Vom Kindergarten bis ins Alter.
- **Für eine Kultur der Inklusion.** Kunst und Kultur fördern in einer vielfältigen Gesellschaft deren Zusammenhalt. Kleine wie große Institutionen sind Orte des niederschweligen gesellschaftlichen Austausches.
- **Für eine aktivierende Kulturpolitik.** Gesellschaften werden von Konflikten und Bruchlinien durchzogen. Kulturpolitik muss diese thematisieren und sich für eine soziale und liberale Stadt einsetzen.

Wien wächst. Die Kultur wächst mit.

Kulturelle Entwicklung einer wachsenden Stadt.

Wien ist die am schnellsten wachsende Metropole Europas. Im Schnitt wächst die EinwohnerInnenzahl jährlich um rund 30.000 Menschen aus dem In- und Ausland. Wien wird gleichzeitig älter, aber auch jünger und vielfältiger. Außerdem ist zu erwarten, dass auch in den kommenden Jahren eine große Zahl an Menschen vor Krieg und Elend flüchtet und hier Schutz suchen wird.

Das sind große Herausforderungen, denen sich die Stadt in den nächsten Jahren stellen muss: Es gilt, auf diese demographische Entwicklung vorbereitet zu sein. Nicht nur durch den Ausbau von Infrastruktur (wie Wohnungen, Schulen, Kindergärten), sondern auch durch die Bereitstellung eines breiten Kulturangebots. Hier muss eine aktive Kulturpolitik ansetzen.

Daher vereinbaren wir:

- **Kultur und Stadtentwicklung:** Kultur ist ein unverzichtbarer Teil der Stadtentwicklung und wird als Bestandteil großer Bauvorhaben und Planungsprozesse in der Stadt, etwa bei der Erstellung des Stadtentwicklungsplans, von Beginn an mitgedacht und auch verankert.
- **Kultur für neue Stadtteile:** Neue Stadtteile brauchen auch kulturelle Treffpunkte und Orte des kulturellen Austausches. Daher sollen in jedem Stadterweiterungsgebiet Kultureinrichtungen etabliert werden, die für alle zugänglich sind.

- **Lokale Vernetzung:** In Bezirken mit geringem kulturellen Angebot werden der Ausbau bestehender kultureller Infrastruktur vorangetrieben, lokale Initiativen sichtbar gemacht und vernetzt und allen Menschen die Teilhabe am Kulturleben ermöglicht. Ziel ist die Sicherstellung der kulturellen Grundversorgung sowie die Förderung interkultureller Angebote unter Einbeziehung bestehender Initiativen und städtischer/kultureller Infrastruktur wie Volkshochschulen, Büchereien, Bezirksmuseen, Häuser der Begegnung, Märkte usw. Bestehende Kulturangebote in den Außenbezirken werden verstärkt gefördert, sichtbar gemacht, vernetzt und – wo möglich – auch neu geschaffen.
- **Kulturelle Nahversorgung:** Im Zuge eines breiten Diskussions- und Dialogprozesses wird kontinuierlich an der Verbesserung der kulturellen Infrastruktur und dem Angebot für die wachsende Stadt und ihre BewohnerInnen gearbeitet. Als Basis dafür entwickelt eine Task Force aus Kultur- und StadtentwicklungsexpertInnen konzeptionelle Empfehlungen. Teile dieses Prozesses sind u.a. eine Bestandsaufnahme der kulturellen Landschaft in den jeweiligen Stadtentwicklungsgebieten, die aktive Vernetzung mit den Bezirken – sowohl auf politischer Ebene, als auch mit den dort tätigen Kreativen und lokalen Institutionen – sowie die Unterstützung von Partnerschaften zwischen vorhandenen Initiativen.
- **Neue Kulturpartnerschaften:** In den nächsten Jahren werden vermehrt Projektpartnerschaften zwischen Kulturinstitutionen der inneren Bezirke und der Außenbezirke eingeleitet. In dezentralen Pilotprojekten werden Best-Practice-Modelle partizipativer und interaktiver Neugestaltung bestehender Infrastrukturen erprobt. Nach dem Vorbild der Brunnenpassage werden nach einer öffentlichen Ausschreibung soziokulturelle Einrichtungen in dezentralen Bezirken geschaffen.
- **Bezirksmuseen reloaded:** Bezirksmuseen verfügen über ein Potenzial für Kreative und ihre Kunst, das derzeit zu wenig ausgeschöpft wird. Eine zentrale Stelle kümmert sich um die Zusammenarbeit der Bezirksmuseen mit Kreativen und Initiativen.
- Die **Stadtteil- und Interkulturförderung** soll evaluiert und an die genannten Ziele angepasst werden.

Kultur mit allen.

Teilhabe. Dialog. Vermittlung.

Wien verfügt über ein einzigartiges und reichhaltiges Kulturangebot. Dieses wird aus öffentlichen Mitteln finanziert. Daher sollen auch alle WienerInnen die Möglichkeit haben, das kulturelle Angebot zu nutzen und mitzugestalten. Der niederschwellige Zugang zu Kunst und Kultur und die Möglichkeit zur Teilhabe am kulturellen Leben in der Stadt sind Kernelemente der Wiener Kulturpolitik für eine wachsende Stadt.

Daher vereinbaren wir:

- **Bestehendes Angebot stärker kommunizieren:** Durch kostenlose Veranstaltungen und Vermittlungsinitiativen konnten in den letzten Jahren mehr Menschen am kulturellen Leben teilhaben. Hier gilt es, die vorhandenen Angebote noch stärker und zielgruppenorientierter zu kommunizieren (Eltern, LehrerInnen, Sozialeinrichtungen).
- Volkshochschulen, Büchereien, Bezirksmuseen und Häuser der Begegnung bieten allgemein zugängliche und zum Teil kostenlose Kultur- und Bildungsangebote. Die aktive Pflege solcher **dezentraler Kultur- und Bildungseinrichtungen** ist eines der Erfolgsmodelle des Roten Wien der Zwischenkriegszeit. Durch die Schaffung (inter)kultureller, gemeinwesenorientierter Identifikationsangebote sollen durch Herkunft und soziales Milieu bedingte Grenzen und Barrieren aktiv abgebaut werden.
- Durch professionelle Begleitung und verstärkte Förderung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sollen diese Angebote aufgewertet und als Veranstaltungsorte für freie Gruppen, Initiativen und Diskursformate zur Verfügung gestellt werden.
- **Freiräume schaffen:** Der öffentliche Raum wird mit zeitgenössischer Kunst und Kultur aufgeladen: Gratskonzerte, Lesungen, Performances vor Einkaufszentren, in Parks, am Hauptbahnhof. Damit erreicht man auch weniger kulturräffine Menschen.
- **Straßenkunst fördern:** Zur kulturellen Attraktivität Wiens tragen auch die Straßenkunst, Akrobatik und Clownerie bei, denen mit Offenheit und einer Willkommenshaltung begegnet wird.

- **Kulturelle Belebung von Märkten:** Märkte und Markthallen als dezentrale Begegnungszonen können auch kulturell genutzt und aufgewertet werden, etwa durch die Nutzung von Marktständen und Freiflächen durch lokale Initiativen.
- **Altersgerechte Kulturangebote:** Wien boomt und wächst. Auch für ältere Menschen muss es möglich sein, das reichhaltige Kunst- und Kulturangebot der Stadt zu genießen. Die Stadt Wien fördert altersgerechte Kulturangebote.
- **Publikumerschließung:** Geförderte Projekte und Einrichtungen entwickeln Programme, um neue Schichten anzusprechen. Jede/r Wiener SchülerIn, unabhängig von Herkunft und sozialem Status, hat die Möglichkeit, selbst künstlerisch tätig zu werden und die kulturellen Angebote der Stadt kostengünstig zu nutzen. Die kulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen wird aktiv unterstützt.
- **Zugang durch Digitalisierung:** Das Kulturverhalten hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Kulturelle Rezeption und Produktion finden heute auch auf digitalen Plattformen statt. Das Internet ist dabei ein großes Zugangsportale zur Kultur und soll - im Sinne einer erweiterten und veränderten Teilhabe - noch besser genutzt werden. Maßnahmen der Kulturinstitutionen zur Digitalisierung ihrer Angebote und Inhalte werden vorangetrieben.

Wiens Positionierung als Kulturstadt.

Hochwertig und International.

Wien gilt weltweit als Kulturmetropole. Die Stadt bezieht ihre hohe Attraktivität für BewohnerInnen und Gäste zu einem guten Teil aus dem kulturellen Umfeld. Wien hat hervorragende Kulturangebote als Lebensgrundlage, als Ausdruck der Urbanität und als Wirtschaftsfaktor. Um den internationalen Ruf Wiens als Weltkulturstadt auch für die Zukunft sicherzustellen und auszubauen, braucht es neben der Pflege hochqualitativer bestehender Angebote die aktive Unterstützung neuer künstlerischer Ideen, Formate und Initiativen.

- **Vielfalt und Breite:** Wien bietet ein breites Spektrum an kulturellem Angebot. Die Stadt bekennt sich zur Förderung innovativer Ansätze ebenso wie etablierter Kunstformen. In Wien haben Hoch-, Populär- und Subkultur gleichberechtigt Platz.
- **Filmstadt Wien:** Wien hat durch seine differenzierte Filmförderung maßgeblich dazu beigetragen, dass der österreichische Film international wahrgenommen wird. Auch als Drehort wird Wien für internationale Filmfirmen immer attraktiver. Diese Positionierung bringt große wirtschaftliche und standortpolitische Erträge und muss weiter gestärkt werden.
- **Internationale Musikstadt:** Wien ist auf der ganzen Welt für seine klassische Musik bekannt. Diese Marke gilt es auch im Bereich der zeitgenössischen Musik zu festigen. Darüber hinaus braucht es eine gezielte Förderung innovativer Musikproduktionen aus Wien.
- **Bildende Kunst:** Die aktuelle Ankaufspolitik der Stadt Wien wird auf skulpturale Kunst im öffentlichen Raum ausgeweitet. Kunst im öffentlichen Raum erhält die Aufgabe, zusätzliche temporäre Flächen/Räume (Pop-ups) vor allem für junge Kunst zu schaffen. Die Agentur für Zwischennutzung vermittelt günstige Räume als temporäre Ateliers.
- **Inklusion und Diversität:** Wien als Zuwanderungsstadt begreift kulturelle Vielfalt als Reichtum und versteht Kunst und Kultur auch als einen Weg der Inklusion weniger privilegierter Gruppen und eines emanzipatorischen, kritischen und aktivistischen Umgangs mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen.
- **Digital Footprint:** Der digitale Fußabdruck Wiens entspricht nicht seiner tatsächlichen Bedeutung in kultureller Hinsicht. So wie Wien eine kulturelle Metropole von Weltrang ist, muss sie auch zu einem Hot Spot auf der digitalen Weltkarte werden.
- **Auslandskultur:** Die Auslandskulturaktivitäten des Bundes und der Stadt Wien sollen gebündelt werden. Dadurch können Synergien genutzt sowie Präsenz, Frequenz und Glaubwürdigkeit im Außenauftritt Österreichs erhöht werden.
- **Erinnerungskultur.** Die Stadt Wien legt Wert auf eine bewusste und offene Auseinandersetzung und einen differenzierten Umgang mit ihrer Vergangenheit. Sie bekennt sich klar zum antifaschistischen „Niemals vergessen“. In Erinnerung an die Opfer und Verfolgten, als Mahnung und zur politischen

Aufklärung unterstützt bzw. trägt sie Veranstaltungen zu wesentlichen historischen Daten, wie beispielsweise dem „Fest der Freude“ am 8. Mai. Der Zugang zu den so wichtigen Orten der Erinnerung in Wien wird durch zeitgemäße und aktive Vermittlungsarbeit erleichtert und durch multimediale Instrumente unterstützt. Geplante Projekte werden verwirklicht.

Das Potenzial der kulturellen Verdichtung.

Synergien nützen. Strukturen ordnen. Netzwerke knüpfen.

Wien verfügt über eine reiche kulturelle Infrastruktur und ein dichtes und vielfältiges Kulturangebot. In den kommenden Jahren soll daher der Fokus stärker auf Verdichtung und bessere Nutzung vorhandener Ressourcen in allen Bereichen der Kunst und Kultur gerichtet werden. Parallelstrukturen und Doppelungen sind auf ihr Synergie-Potenzial hin zu untersuchen. Durch eine effizientere Nutzung bestehender Strukturen kann ein noch größerer Teil der Förderungen in die direkte Kunstarbeit fließen.

Daher vereinbaren wir:

- **Kooperative Nutzung künstlerischer Infrastruktur:** Bühnen, Probebühnen und Proberäume, technisches Equipment oder auch Kostüme vor allem großer Kulturinstitutionen sollen nach Maßgabe der Möglichkeiten zum Selbstkostenpreis kleineren Gruppen und Kulturschaffenden zur Verfügung gestellt werden. Dafür werden die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen entwickelt.

Zeitgemäße Infrastruktur und Finanzierung.

Bauen. Sanieren. Investieren.

Eine Kulturstadt von Weltrang braucht eine zeitgemäße und funktionierende Infrastruktur für Kultur. Wien verfügt über einen Reichtum an kultureller Infrastruktur mit vielen baulich und architektonisch bedeutsamen Kulturhäusern. Die

Herausforderung besteht darin, dieses einzigartige kulturelle Erbe zu erhalten und weiterzuentwickeln sowie neue architektonische Akzente zu setzen.

Daher vereinbaren wir:

- **Öffentliche Kulturförderung:** Die Kulturpolitik der Stadt Wien bekennt sich zu einer öffentlichen Kultur, die nicht dem Markt und Quotendenken, sondern der Qualität, der Innovation und dem Dialog verpflichtet ist. Private Mittel sind ein erwünschter Beitrag zur öffentlichen Finanzierung. Zuwendungen für Kunst und Kultur sollen steuerlich absetzbar sein.
- **EU-Kofinanzierung:** Die Stadt Wien unterstützt Kofinanzierungen für EU-Projekte, die im Rahmen von „Creative Europe“ gefördert werden. Damit werden die administrativen Kosten für bereits zugesagte Projekte gesenkt und der Fördereffekt europäischer Gelder erhöht.

11. WIEN MISCHT SICH EIN: DEMOKRATISCH, TRANSPARENT, DIGITAL

In Wien leben einerseits BürgerInnen mit dem steigendem Anliegen, das Lebensumfeld sinnstiftend mitzugestalten und Herausforderungen gemeinsam mit der Stadt zu lösen. Andererseits lebt in unserer Stadt eine wachsende Anzahl an Menschen, die auf Grund der Gesetzeslage nicht mitbestimmen darf. Und es gibt auch jene, die den Anschluss an unsere Gesellschaft verlieren, weil sie nicht wissen, wie sie teilhaben können, da sie es entweder nicht mehr schaffen oder sich bewusst abwenden. Daraus ergeben sich Spannungsfelder.

Diese Rahmenbedingungen machen es umso wichtiger, dem Wert der Gerechtigkeit folgend für Chancengleichheit für alle einzutreten. Nicht durch paternalistische Nivellierungspolitik von oben, sondern getragen von einer Politik, die Eigenverantwortung, Rücksichtnahme und Engagement – sei es für die Gesellschaft, im beruflichen Umfeld oder im Privaten – wertschätzt und fördert. Jenen, die den Anschluss an unsere Gesellschaft zu verlieren drohen, reichen wir partnerschaftlich die Hand und stützen sie.

Unser Anspruch ist, allen zu ermöglichen, unsere Stadt gemeinsam zu gestalten.

BürgerInnenbeteiligung auf neue Beine stellen:

Es soll künftig weniger „Oben-Unten-Denken“ und dafür mehr Dialog geben. Gehört werden müssen auch die weniger Lauten, die aufgrund ihrer StaatsbürgerInnenschaft nicht politisch mitgestalten können, die wenig Zeit haben und sich nicht in Detaildiskussionen einbringen können und jene, die noch gar nicht vor Ort leben, etwa als Wohnungssuchende.

Daher vereinbaren wir:

- **Wiener Kooperative:**
 - Vermehrte Einbindung von „BürgerInnen-Räten“ in gesellschafts- und sachpolitische Fragestellungen.
 - Ausbau der digitalen Beteiligungsmöglichkeiten, wie sie bei der „Wiener Charta“ oder bei der „Digitalen Agenda“ schon angewandt wurden.

- Bewährte Instrumente wie beispielsweise Petitionswesen, Kooperative oder Planungsverfahren ausbauen.
- Vermehrte Beteiligung auf Bezirks- und Grätzelebene auf Basis standardisierter Regelungen (siehe Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung - BMLFUW, Praxishandbuch Partizipation - MA 18 oder Prinzipien des Masterplans für eine partizipative Stadtentwicklung).
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Transparenz, BürgerInnenbeteiligung und Demokratie“, die auf Basis des „Masterplans Partizipation“ Maßnahmen auf Bezirksebene erarbeitet.

Demokratie weiterentwickeln

Der hohe Anspruch, die Stadt auf allen Ebenen mit Demokratie zu durchfluten, bedingt auch, das Verhältnis zwischen repräsentativer und plebiszitärer Demokratie zu evaluieren und die direktdemokratischen Werkzeuge weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus wird im parlamentarischen Bereich konsequent an der Weiterentwicklung der Minderheitsrechte gearbeitet.

Daher vereinbaren wir:

- Runder Tisch zur Demokratiereform: Zur Weiterentwicklung der Demokratie in Wien soll ein großer, vielfältig besetzter „Runder Tisch“ einberufen werden (Auftakt mit Enquete). Dabei sollen Fragen von der Schuldemokratie bis zur Mitbestimmung der älteren Generation in Wien behandelt werden. Im Vorfeld sollen alle BürgerInnen Wiens Vorschläge zur Demokratiereform machen können.
- „Demokratiewerkstatt“ für politische Bildung und Mediennutzung: Die Stadt Wien schafft für mehr politische Bildung und Sensibilisierung im Bereich Mediennutzung ein zusätzliches Angebot für Jugendliche als Ergänzung zum Angebot des Parlaments (Demokratiewerkstatt).
- Gemeinsame Weiterentwicklung der Minderheitsrechte. Die Einsetzung von Untersuchungskommissionen des Gemeinderates und Untersuchungsausschüssen des Landtages ist in der Wiener Stadtverfassung bereits als Minderheitsrecht verankert. Eine Arbeitsgruppe (Klubebene) wird nach Ende des HYPO Untersuchungsausschusses eingerichtet, die prüft, wie die Weiterentwicklung ausgestaltet werden kann.
- Die Geschäftsordnungen von Landtag und Gemeinderat sollen überarbeitet werden mit dem Ziel, den Parlamentarismus zu stärken, das Interesse und

die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Geschehen zu erhöhen und moderne Mittel der Information und Kommunikation besser zu nutzen.

Ein faires Wahlrecht für alle.

Die Weiterentwicklung eines fairen Verhältniswahlrechts ist ein zentrales Ziel der rot-grünen Regierung. Ein Viertel der Menschen, die in Wien leben, sind derzeit in unserer Stadt nicht wahlberechtigt. Insbesondere auf der Ebene der Kommunalpolitik ist es notwendig, allen Wienerinnen und Wienern Möglichkeiten zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung zu bieten.

Daher vereinbaren wir:

- Rot-Grün setzt sich beim Bundgesetzgeber für ein Wahlrecht ein, durch das EU-BürgerInnen zusätzlich zur Bezirksebene auch auf Gemeinderats- und Landtagsebene wählen können. Ziel ist es weiters, das Wahlrecht für in Wien hauptwohnsitzgemeldete Drittstaatsangehörige (nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von fünf Jahren) auf Bezirks-, Gemeinde- beziehungsweise auf Landesebene einzuführen.
- Rot-Grün wird das Wiener Wahlrecht dahingehend weiterentwickeln, dass der bisher mehrheitsfördernde Faktor halbiert wird. (§83 Wiener Gemeinderatswahlordnung)
- Rot-Grün spricht sich für die Abschaffung der nicht amtsführenden StadträtlInnen aus. Wien wird sich beim Bundesgesetzgeber dafür einsetzen, dass die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Digitale Demokratie

Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung, die so gut wie alle Lebensbereiche umfasst. Dieser technologische Wandel erweitert auch die Möglichkeiten im Bereich der Mitbestimmung.

Basierend auf den Prinzipien der digitalen Demokratie, nämlich Transparenz, Nutzbarkeit und freier Zugang für alle, schafft Open Government Data (OGD) mehr Information und Partizipation.

Mit der Open Data Strategie hat Wien bewiesen, dass Transparenz der Stadtverwaltung nicht nur von den BürgerInnen genutzt wird, sondern der Stadt auch Vorteile bringt. Zahlreiche kreative Anwendungen sind aus diesen Daten bereits entstanden.

Die Stadt Wien hat eine offene Datenkultur in der Wiener Stadtverwaltung etabliert. Potential besteht durchaus noch bei Daten, die das unmittelbare Lebensumfeld (Wohnen, Gesundheit,...) der WienerInnen betreffen oder bei Daten zur Darstellung von politischen Entscheidungen und Handlungen. Die Wiener Stadtverwaltung setzt basierend auf der Digitalen Agenda Wien einen weiteren Schritt in Richtung Open Government. Dabei dürfen Datenschutz und Datensicherheit nicht aus den Augen verloren werden. Eine Vielzahl von technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie die Stärkung des Bewusstseins für einen sicheren Umgang mit Daten müssen vorangetrieben werden.

Daher vereinbaren wir:

- Ideenfindung und -entwicklung dynamisieren und als Innovationsfaktor nutzen (Partizipationsplattform für alle nutzbar machen).
- Digitale Beteiligungstools stehen für Grätzel-, Bezirks- und stadtweite Themen zur Verfügung.
- Digitale Darstellung von politischen Entscheidungs- und Handlungsprozessen.
- Digitale Mobilität und Infrastruktur: Basis für mobile Menschen, moderne Stadtverwaltung und erfolgreiche Wirtschaft ausbauen:
 - WLAN-Hotspots Ausbau
 - Flächendeckendes Breitband
 - Ausweitung des Einsatzes von Open-Source-Software
- Wiener Digitale Agenda: Wien macht eine aktive Netzpolitik und setzt die Projekte aus der Wiener Digitalen Agenda um:
 - OGD-Strategie Wien fortsetzen und vermarkten sowie offene Datenkultur in der Stadt und der Stadtverwaltung etablieren (Schulungen, Create Camps, Hackathons,...).
 - E-Government Dienste werden zu Open Government Diensten weiterentwickelt.
 - Digital City Wien als Partizipationsprojekt mit der Wiener IT-Community wird fortgesetzt.

Partizipationsmöglichkeit für alle

Eine zentrale Herausforderung ist, belebte Strukturen für kommunale/lokale Entwicklung vor Ort im gesamten Stadtgebiet zu schaffen und zu gestalten. Menschen, die betreffend ihres Lebensumfelds Anliegen haben, müssen wissen, dass man sich um sie kümmert. Dafür müssen Service, Information, Vertrauensräume und Teilhabemöglichkeiten geschaffen werden. Nicht von Seiten der Stadt alleine, sondern gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Die Unübersichtlichkeit und Unsicherheit unserer medial vermittelten Welt führen zu Vertrauensverlust in klassische Kommunikationskanäle. Lokale Netzwerke und Ansprechpersonen bieten die Möglichkeit, dieses Vertrauen zurückzugewinnen, „kleine“ Probleme im kurzen Weg zu lösen und Sicherheit zu fördern.

Daher vereinbaren wir:

- Die Stadt Wien schafft Strukturen, in denen zivilgesellschaftliche Freiwilligenarbeit außerhalb der klassischen Hilfsorganisationen stattfinden kann.
- Ausbau der Stadtteilarbeit: Ansprechstrukturen vor Ort schaffen, die bei Anliegen und Problemen im eigenen Lebensumfeld weiterhelfen:
 - Ideenforen in Grätzeln
 - Nutzung regionaler Online-Communities
 - Einsatz von Informationsdrehkreisläufen und MultiplikatorInnen in Grätzelnstrukturen, die kompetente Informationen zu den Themen Arbeit, Wohnen, Weiterbildung, Soziales, Mitbestimmung etc. vermitteln können.
 - Regelmäßige Vor-Ort-Aktivitäten: Hausbesuche und lokale Grätzeln-Beratungsangebote von professionellen VermittlerInnen.
 - Crowdfunding im Grätzeln für Sozial- und Kulturinitiativen.

Mehr Information und mehr Transparenz

Eine demokratische Stadt ist transparent. Eine gute Verwaltung stellt Informationen zur Verfügung. Wien hat eine Rolle als Vorreiterin und möchte diese ausbauen. Insofern stellt die Aufhebung des Amtsgeheimnisses als Prinzip einen weiteren Schritt in Richtung digitale Demokratie dar.

Die Stadt Wien bekennt sich zu einer transparenten Verwaltung. Jeder Person soll gegenüber der Verwaltung das Recht auf Zugang zu Informationen zukommen, soweit deren Geheimhaltung nicht aus zwingenden Gründen ausdrücklich gesetzlich angeordnet ist. Die Rechtsgrundlagen für den Informationszugang

sollen möglichst einfach und einheitlich sein und einen raschen und kostenfreien Zugang sowie einen effektiven Rechtsschutz gewährleisten.

Wien begrüßt die Bestrebungen, einen einheitlichen bundesrechtlichen Rahmen für Informationsfreiheit zu schaffen. Sollte eine bundeseinheitliche Regelung im Jahr 2016 nicht zustande kommen, überprüft Wien eine etwaige landesgesetzliche Erweiterung der Transparenz- und Auskunftsbestimmungen.

Daher vereinbaren wir:

- Abbau des Amtsgeheimnisses bei Wahrung der Rechte Dritter und Vermeidung von unvertretbarem Mehraufwand für die Verwaltung.
- Übertragungen von Gemeinderats- und Landtagssitzungen on demand.
- Regelmäßige BürgerInnenversammlungen: BezirksvorsteherInnen informieren regelmäßig über Entwicklungen, Planungen und Vorhaben, und zwar durch Medien und regelmäßige BürgerInnenversammlungen mit beigezogenen ExpertInnen.
- Erprobung und Etablierung von neuen Medien und sozialen Netzwerken im Krisenmanagement.
- Proaktive, lebenslagenorientierte Kommunikation und Servicierung durch die Verwaltung:
 - Bürgerdienst-App,
 - Ausbau von E-Government,
 - Personalisiertes wien.at: vereinfachtes Organisieren der Verwaltungsangelegenheiten,
 - Reform der magistratsinternen Information und Kommunikation.

Stadtrechnungshof weiterentwickeln

In einer modernen Demokratie sind Kontrolle und Transparenz wichtige Bestandteile. Der Stadtrechnungshof kontrolliert Politik und Verwaltung, und sorgt dafür, dass die wirtschaftliche Gebarung der Gemeinde in Ordnung gehalten und mit Steuergeldern sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig umgegangen wird.

Die durch die Reformnovelle 2013 gestärkten Rechte und Möglichkeiten des Stadtrechnungshofes (SRW) werden evaluiert. Damit soll festgestellt werden, wo Nachjustierungsmöglichkeiten in der Organisation und Entwicklungspotentiale bestehen.

Transparenz, eine unabhängige Kontrolle und starke Oppositionsrechte gewährleisten die zukunftsorientierte Handhabung einer modernen Fehlerkultur. Gleichzeitig wird damit das Vertrauen in die Demokratie gestärkt.

Daher vereinbaren wir:

- Eine Evaluierung der Stadtrechnungshof-Wien-Novelle 2013: Diese startet mit der Vorlage des Tätigkeitsberichtes 2015 und soll nach ca. einem Jahr abgeschlossen sein. Ergebnisse dieser Evaluierung werden als Basis für mögliche Erweiterungen der Kontrollrechte herangezogen.
- Es wird eine Arbeitsgruppe „Kontrolle/Transparenz“ eingesetzt, in der mit Unterstützung von magistratsinternen bzw. externen ExpertInnen geprüft wird, welche Maßnahmen aufgrund des SRW-Evaluierungsergebnisses ziel führend sind. Dabei sollen auch Fragen der SRW-Unabhängigkeit, des Ausbaus von Minderheitsrechten, Möglichkeiten von Partizipationsformen, Stärkung des Berichtswesens bzw. vergaberechtliche Optimierungspotentiale erarbeitet werden. Die Arbeitsgruppe soll sich bis spätestens Frühjahr 2016 konstituieren und einen Entwurf für die legislative Umsetzung erarbeiten. Die endgültige Umsetzung soll bis Ende 2017 erfolgen.

Bezirksdemokratie stärken

Wien ist neben Graz die einzige Stadt Österreichs und das einzige Bundesland, das demokratisch gewählte Bezirksvertretungen hat. Durch die Dezentralisierung der Stadtverwaltung wurden den Bezirken in den letzten Jahrzehnten verschiedenste Aufgabenbereiche und Finanzmittel zur Entscheidung übertragen.

Daher vereinbaren wir:

- Bei der Bewältigung der wachsenden Herausforderungen an die Stadt haben die Bezirke eine wichtige Rolle. Deshalb soll zur besseren Abwicklung dieser Aufgaben und Zusammenarbeit der Bezirke mit der Gemeinde eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden. Diese soll bis Mitte 2017 Vorschläge erarbeiten für die Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Gemeinde sowie über das Verhältnis und die Aufgabenverteilung zwischen Bezirksvertretungen und BezirksvorsteherInnen sowie der Bevölkerung, die einer zeitgemäßen Formulierung bedarf. Allenfalls ist auch eine Evaluierung der Dezentralisierung vorzunehmen. Insbesondere sollen in dieser Arbeits-

gruppe auch die Punkte Transparenz, Informationsflüsse, Organe sowie die Rahmenbedingungen von BürgerInnenbefragungen erörtert werden.

Für die SPÖ Wien

Für die GRÜNEN Wien

Dr. Michael Häupl

Mag.^a Maria Vassilakou

Wien, am November 2015

#rotgrün2

